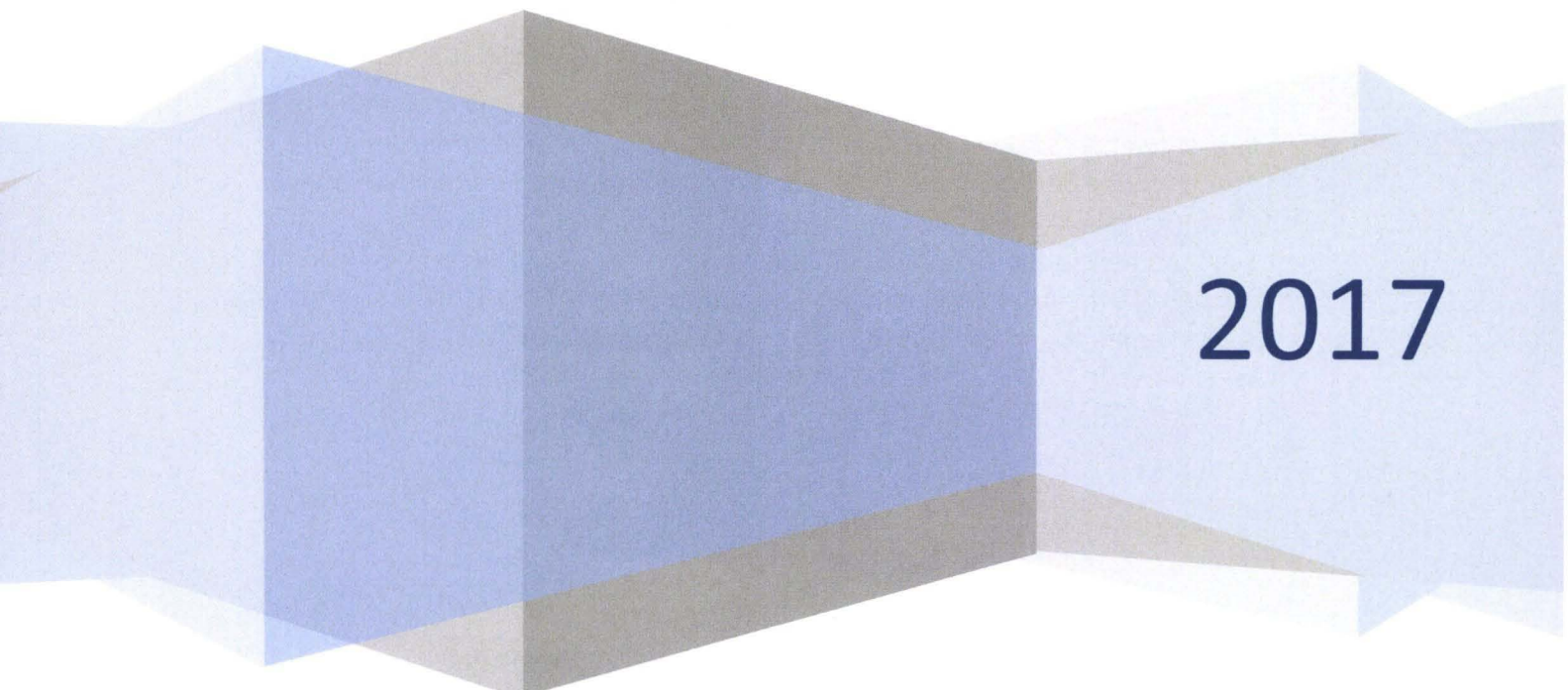


Nationales Reformprogramm

Österreich
Bundeskanzleramt



2017

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	2
2.	Gesamtwirtschaftliches Umfeld.....	4
3.	Länderspezifische Empfehlungen	5
3.1.	Länderspezifische Empfehlung No.1	5
3.2.	Länderspezifische Empfehlung No.2	9
3.3.	Länderspezifische Empfehlung No.3	14
4.	Europa 2020 Ziele: Fortschritte und Maßnahmen	17
4.1.	Arbeitsmarkt und Beschäftigung	18
4.2.	Forschung und Entwicklung.....	20
4.3.	Klimaschutz und Energie	22
4.4.	Bildung	25
4.5.	Armut und soziale Ausgrenzung.....	28
5.	ESI-Fonds: Kohärenz zwischen den Finanzierungs-prioritäten 2014 bis 2020 und den auf nationaler Ebene gesetzten Europa 2020-Zielen sowie den Länder-spezifischen Empfehlungen	30
6.	Institutionelle Aspekte	31

Annex 1

Tabelle 1	Reporting table for the assessment of CSRs and key macro-structural reforms
Tabelle 2	Reporting table on national Europe 2020 targets
Tabelle 3	Reporting on main reform plans for the next 12 months
Tabelle 4	Reporting table for the assessment of Euro Area Recommendations

Annex 2

Tabelle 1	Umsetzung der Länderspezifischen Empfehlungen auf Ebene der Länder: Beschreibung der ergriffenen Maßnahmen und Angaben zu ihren qualitativen Auswirkungen
Tabelle 2	Maßnahmen zur Erreichung der nationalen Europa 2020-Ziele auf Ebene der Länder, Städte und Gemeinden
Tabelle 3	Maßnahmen zur Erreichung der nationalen Europa 2020-Ziele auf Ebene der Sozialpartner

1. Einleitung

Österreich hat im April des vergangenen Jahres das Nationale Reformprogramm und das Stabilitätsprogramm an die Europäische Kommission übermittelt. Diese beiden Dokumente wurden einer umfassenden Bewertung durch die Europäische Kommission unterzogen. Auf Basis dieser Analyse hat die Europäische Kommission für Österreich insgesamt drei Länderspezifische Empfehlungen vorgeschlagen, welche nach intensiven Erörterungen in den Ausschüssen und Fachministerräten vom Europäischen Rat am 28./29. Juni 2016 gebilligt und am 12. Juli vom Rat formal verabschiedet wurden.

Am 22. Februar hat die Europäische Kommission für alle Mitgliedstaaten, mit Ausnahme von Griechenland¹, einen umfassenden Länderbericht² vorgelegt, in welchem die wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen sowie die Umsetzungsfortschritte bewertet und Zwischenbilanz bei den nationalen Europa 2020-Zielen gezogen werden. Die Europäische Kommission kommt in ihrer Analyse zum Schluss, dass Österreich bei der Umsetzung der Länderspezifischen Empfehlungen des Jahres 2016 einige Fortschritte erzielt hat. Die Europäische Kommission führt aus, dass im Hinblick auf die erste Empfehlung betreffend die Gewährleistung der Tragfähigkeit des Pensions- und Gesundheitssystems sowie der Straffung des haushaltspolitischen Rahmens einige Fortschritte erzielt wurden. Auch bei der zweiten Länderspezifischen Empfehlung bestätigt die Europäische Kommission Fortschritte bei der Verbesserung der Frauenerwerbsbeteiligung als auch bei der Verbesserung der Bildungsergebnisse für benachteiligte junge Menschen. Bei der dritten Länderspezifischen Empfehlung, welche Österreich auffordert bestehende regulatorische Hürden für Investitionen im Dienstleistungsbereich zu beseitigen, sind aus Sicht der Europäischen Kommission nur begrenzte Fortschritte erzielt worden. Zu einer ähnlichen Einschätzung gelangt im Übrigen auch der OECD Bericht „Going for Growth“, wo ebenfalls Fortschritte bei den empfohlenen Strukturreformen bestätigt werden³.

In der Bilanz der Europäischen Kommission zu den nationalen Europa 2020-Zielen wird hervorgehoben, dass Österreich seine Ziele im Bereich der Bildung bereits erreicht hat. Positiv bewertet wird auch die Dynamik im Bereich Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Trotz der Fortschritte und der guten Performance bei der F&E-Quote, der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung sind weitere Anstrengungen erforderlich, um das Ziel zu erreichen. Dies trifft auch auf die Ziele Erhöhung der Beschäftigungsquote und die Verringerung der Treibhausgasemissionen zu.

Das vorliegende Nationale Reformprogramm folgt der Struktur der Leitlinien vom September 2016 und diskutiert bereits die Kernbotschaften des Länderberichts der Europäischen Kommission vom 22. Februar 2017. Dem Nationalen Reformprogramm sind auch zwei Annexe angeschlossen, die eine tabellarische Übersicht über die Reformmaßnahmen betreffend die Länderspezifischen Empfehlungen sowie hinsichtlich der Erreichung der nationalen Europa 2020-Ziele auf Ebene des Bundes, der Länder, Gemeinden und Städte

¹ Griechenland ist ein sogenanntes „Programmland“ und erhält keine Länderspezifischen Empfehlungen, da die Einhaltung der wirtschafts- und haushaltspolitischen Ziele im Rahmen des Anpassungsprogramms überwacht wird.

² cf. Europäische Kommission 2017, Länderbericht Österreich. Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen, Brüssel, SWD(2017)85 final (https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/2017-european-semester-country-report-austria-de_0.pdf)

³ cf. OECD 2017, Economic Policy Reforms 2017. Going for Growth, Paris

sowie der Sozialpartner geben. Erstmals wird heuer auch der spezifische Beitrag Österreichs zu den Empfehlungen der Eurozone dargestellt (Annex 1, Tabelle 4).

2. Gesamtwirtschaftliches Umfeld

Im Jahr 2016 beschleunigte sich das Wachstum der österreichischen Wirtschaft auf 1,5%, nachdem das reale Bruttoinlandsprodukt vier Jahre in Folge um weniger als bzw. knapp um 1% gewachsen ist. Für das Jahr 2017 wird das Wachstum gemäß der aktuellsten Prognose des WIFO⁴ bei 2,0% liegen⁵. Die Hauptstütze für den soliden Aufschwung ist der Konsum der privaten Haushalte. Die Gesamtbeschäftigung wird auch in den kommenden Monaten weiter ansteigen, vor allem im Dienstleistungssektor. Gleichzeitig wird erwartet, dass trotz des starken Beschäftigungswachstums die Arbeitslosenquote nahezu unverändert bleibt, da das Arbeitskräfteangebot auch im Jahr 2017 den Beschäftigungsaufbau übertreffen wird. Neben der Zuwanderung ausländischer Erwerbspersonen (erhöhte Anzahl ausländischer Arbeitskräfte aus den EU-Beitrittsländern 2004/2007) tragen die steigende Erwerbsquote von älteren ArbeitnehmerInnen und die zunehmende Erwerbsbeteiligung von Frauen zum Anstieg des Arbeitskräfteangebots bei.

Die Ausrüstungsinvestitionen österreichischer Unternehmen haben seit Beginn des Jahres 2015 kräftig zugelegt, der Zuwachs dürfte sich aber ab Jahresbeginn 2017 etwas abschwächen. Allerdings wird erwartet, dass das von der Bundesregierung im Oktober 2016 vorgestellte Investitionspaket⁶ das Investitionswachstum im Jahr 2017 um 0,3 Prozentpunkte und im Jahr 2018 um 0,1 Prozentpunkte erhöhen wird⁷.

Die Dynamik der österreichischen Exportentwicklung (reale Exporte von Gütern und Dienstleistungen) hat sich im Jahr 2016 gegenüber 2015 von +3,6% auf +1,7% verlangsamt. Hinter dieser Entwicklung steht vor allem der Rückgang der Exporte in die USA, nach Russland und die Türkei. Für das Jahr 2017 wird mit einer erneuten Beschleunigung des Exportwachstums auf +3,6% gerechnet. Der Leistungsbilanzüberschuss bleibt mit +1,6% (2016 und 2017) stabil.

Für die kommenden Jahre ist zudem mit einer leichten Beschleunigung der Dynamik im Wohnbau zu rechnen. Zudem wird erwartet, dass die im Jahr 2015 von der Bundesregierung beschlossene Wohnbauinitiative⁸ zusätzliche Impulse liefert.

Für das Jahr 2016 wird die Inflationsrate im Jahresverlauf mit 1,0% nur geringfügig über dem Vorjahresniveau von 0,8% liegen. Insgesamt wird sie damit aber weiterhin höher als im Euroraum sein. Der Anstieg der Rohstoff- und Energiepreise wird im laufenden und in den kommenden beiden Jahren zu einem Anstieg der HVPI-Inflation führen.

⁴ cf. WIFO 2017, Konjunkturprognose März 2017, Hauptergebnisse (<http://konjunktur.wifo.ac.at/fileadmin/documents/pdf/he.pdf>)

⁵ Eine detaillierte Darstellung des gesamtwirtschaftlichen Umfelds findet sich im Österreichischen Stabilitätsprogramm. Fortschreibung für die Jahre 2016-2021, Wien: Bundesministerium für Finanzen, April 2017

⁶ cf. Vortrag an den Ministerrat betreffend ein Maßnahmenpaket der Arbeitsgruppe 1: Wirtschaft und Arbeitsmarkt, vom 25. Oktober 2016 (<http://archiv.bundeskanzleramt.at/DocView.axd?CobId=64119>)

⁷ cf. OeNB 2016, Gesamtwirtschaftliche Prognose der OeNB für Österreich 2016 bis 2019, p. 13f.

⁸ cf. Vortrag an den Ministerrat Wohnpaket – Konjunkturpaket zur Schaffung von leistbarem Wohnraum, vom 24. März 2015 und BGBl I No. 157/2015 (Bundesgesetz zur Einrichtung einer Wohnbauinvestitionsbank)

3. Länderspezifische Empfehlungen

Im Rahmen des Europäischen Semesters hat die Kommission die Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten umfassend analysiert und auf Basis dieser Analyse an jeden Mitgliedstaat spezifische Empfehlungen gerichtet, die in den nächsten 12 bis 18 Monaten in der nationalen Politikgestaltung berücksichtigt werden sollen. Der Europäische Rat hat diese Empfehlungen auf seiner Tagung am 28./29. Juni gebilligt und die Mitgliedstaaten aufgefordert, die Empfehlungen umzusetzen. Österreich hat 2016 drei Länderspezifische Empfehlungen erhalten.

3.1. Länderspezifische Empfehlung No.1

„Der Rat empfiehlt, dass Österreich 2016 und 2017 sicherstellt, dass die Abweichung vom mittelfristigen Haushaltsziel in den Jahren 2016 und 2017 nicht über die aufgrund der Budgetauswirkungen des außergewöhnlichen Flüchtlingszustroms 2015 zugestandene Abweichung hinausgeht und zu diesem Zweck 2017 eine jährliche Budgetanpassung von 0,3% des BIP erreicht, es sei denn, das mittelfristige Haushaltsziel kann mit geringerem Aufwand eingehalten werden; die Tragfähigkeit des Gesundheitssystems gewährleistet und ebenso jene des Pensionssystems, indem das gesetzliche Pensionsantrittsalter an die Lebenserwartung gekoppelt wird; die budgetären Beziehungen und Zuständigkeiten der verschiedenen Regierungsebenen vereinfacht, rationalisiert und strafft;“

Einhaltung des mittelfristigen Haushaltsziels⁹

Im Oktober 2016 wurde dem Nationalrat der Bundesvoranschlag für das Jahr 2017 zur Genehmigung vorgelegt. Der vorgelegte Budgetentwurf entspricht weitgehend der im Frühjahr im Bundesfinanzrahmengesetz 2017 - 2020 beschlossenen Rahmenplanung. Das mittelfristige Haushaltsziel von 0,5% des BIP wird unter Berücksichtigung der Mehrausgaben für Flüchtlinge/Asyl und Terrorbekämpfung eingehalten.

Das Bundesfinanzgesetz 2017¹⁰ sieht Änderungen bzw. Anpassungen des Bundesfinanzrahmens vor. Damit wird aktuellen Entwicklungen Rechnung getragen, indem für einzelne Bereiche, insbesondere Bildung, zusätzliche Budgetmittel bereitgestellt werden. Trotz dieser Zusatzausgaben bleibt aber die Auszahlungsobergrenze für das Jahr 2017 unter dem im Bundesfinanzrahmengesetz 2017-2020 verankerten Limit. Die budget- und wirtschaftspolitischen Schwerpunkte der Bundesregierung für die kommenden 18 Monate wurden im Jänner 2017 im Arbeitsprogramm der Bundesregierung neu definiert und werden im Bundesfinanzrahmengesetz 2018 – 2021 (BFRG), welches im Herbst dem Parlament zur Beschlussfassung vorgelegt wird, abgebildet.

Fiskalische Nachhaltigkeit des Gesundheitssystems

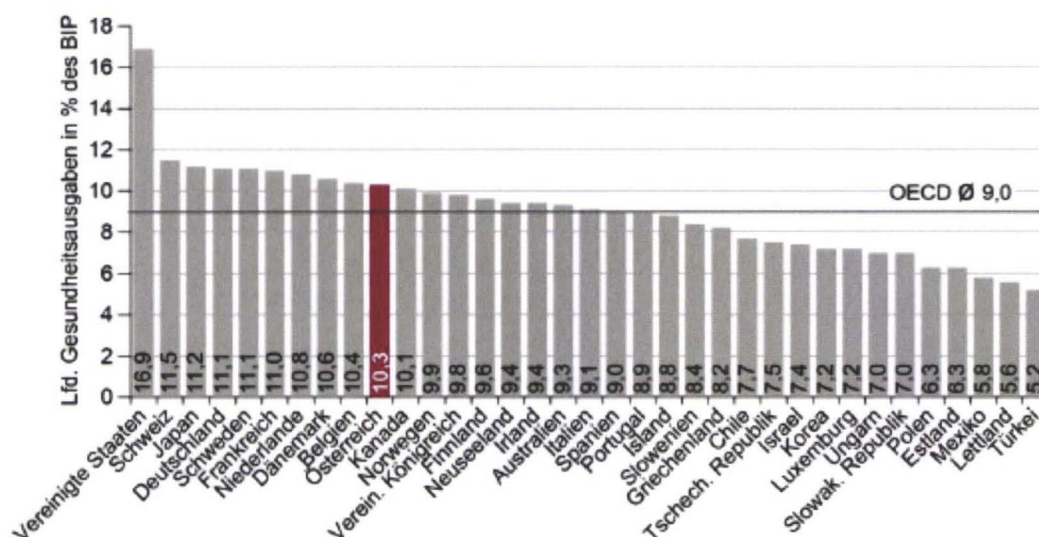
Die Europäische Kommission misst dem Gesundheitssektor bei der Analyse der Tragfähigkeit der Öffentlichen Finanzen eine Schlüsselrolle bei und bewertet daher in regelmäßigen Abständen die voraussichtliche Entwicklung der Gesundheitsausgaben vor dem Hintergrund

⁹ Eine detaillierte Darstellung der Haushaltsentwicklung findet sich im Österreichischen Stabilitätsprogramm. Fortschreibung für die Jahre 2016-2021, Wien: Bundesministerium für Finanzen

¹⁰ cf. Bundesfinanzgesetz 2017, BGBl I No. 101/2016

des demografischen Wandels. Gestützt auf die Daten und Analysen des Ageing Reports 2015¹¹, sieht die EK für Österreich mittel- bis langfristig ein mittleres Risiko für die finanzielle Tragfähigkeit. Auch mit Blick auf die Gesundheitsreform 2013 empfiehlt die EK weitere Maßnahmen, um einerseits dem Kostendruck standhalten zu können und gleichzeitig die medizinische Versorgung zu optimieren. Mit Hilfe des Zielsteuerungssystems, auf welches sich Bund, Länder und Sozialversicherungsträger 2013 geeinigt haben, soll die Abstimmung zwischen einzelnen Versorgungsbereichen und die sektorenübergreifende Planung und Organisation verbessert werden. Gleichzeitig wurde der Anstieg der öffentlichen Gesundheitsausgaben bis 2016 mit 3,6% p.a. gedeckelt. Jüngste Daten von Statistik Austria bestätigen, dass das jährliche Wachstum der laufenden Ausgaben für Gesundheit in den letzten Jahren unter der vereinbarten Ausgabenobergrenze liegt¹². 26,5 Mrd. Euro (ohne Investitionen) wurden 2015 von der öffentlichen Hand für Gesundheitsausgaben aufgewendet, das entspricht rund 75% der laufenden Gesundheitsausgaben. Der Anteil der öffentlichen Hand ist somit seit den 1990er Jahren weitgehend stabil. Gemessen am BIP liegt Österreich mit 10,3 % im OECD-Vergleich an 10. Stelle; der OECD-Durchschnitt liegt bei 9%.

Grafik 1: Laufende Gesundheitsausgaben als Anteil am BIP (OECD-Staaten) 2015



Quelle: Statistik Austria, OECD Health Statistics 2016

Gemäß der im November 2016 abgeschlossenen Vereinbarung zum Finanzausgleich 2017 bis 2021 wird der Ausgabendämpfungspfad fortgeführt. Bis zum Jahr 2021 sollen die jährlichen Wachstumsraten für die öffentlichen Gesundheitsausgaben auf 3,2% abgesenkt werden. Im Bereich der Pflege werden die Ausgabensteigerungen auf 4,6% pro Jahr begrenzt.

Gleichzeitig mit dem Abschluss des Finanzausgleichs wurden auch die beiden Vereinbarungen gemäß Art 15a B-VG vorgelegt und vom Parlament verabschiedet. Die Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG über die Organisation und Finanzierung des

¹¹ European Commission (2015), The 2015 Ageing Report. Economic and budgetary projections for the 28 EU Member States (2013-2060), in: European Economy 3/2015

¹² cf. Statistik Austria, Laufende Gesundheitsausgaben (Stand: 15.02.2017)

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/gesundheit/gesundheitsausgaben/index.html

Gesundheitswesens¹³ verfolgt als zentrale Zielsetzung die Verlagerung von Leistungen vom kostenintensiven vollstationären Bereich auf den tagesklinischen oder in den ambulanten Bereich. Im Bereich der Primärversorgung wird angestrebt, den ambulanten Bereich auszubauen und bis zum Jahr 2021 (Ende der Laufzeit der Finanzausgleichsperiode) zumindest 75 multiprofessionelle und/oder interdisziplinäre Primärversorgungseinheiten zu realisieren. Um dieses Ziel zu erreichen sind Bund, Länder und Sozialversicherung übereingekommen, 200 Mio. Euro zweckgewidmet für den Ausbau der Primärversorgung zu verwenden. Vor dem Hintergrund der spezifischen Zuständigkeiten von Bund, Ländern und Sozialversicherung regelt die Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG Zielsteuerung-Gesundheit¹⁴ die Weiterentwicklung des Zielsteuerungssystems Gesundheit, mit dem Fokus auf Verbesserung der Abstimmung zwischen den verschiedenen Sektoren des Gesundheitswesens und die Weiterentwicklung von Organisations- und Steuerungsmechanismen auf Bundes- und Landesebene nach dem Prinzip der Wirkungsorientierung.

Im Rahmen der Zielsteuerung wird die Erreichung der Ziele einem regelmäßigen Monitoring, basierend auf klar definierten Messgrößen und Zielwerten, unterzogen.

Fiskalische Nachhaltigkeit des Pensionssystems

Die Europäische Kommission rät Österreich zu weiteren Reformen des Pensionssystems, um die langfristige Tragfähigkeit abzusichern. Vor dem Hintergrund einer steigenden Lebenserwartung wird empfohlen, das gesetzliche Pensionsantrittsalter an die Lebenserwartung zu koppeln. Gemäß *Ageing Report 2015*¹⁵ wird der Anteil der Pensionen am BIP von 13,9% (2013) auf 14,4% (2060) ansteigen.

In Hinblick auf die langfristige Sicherung des gesetzlichen, auf dem Umlageverfahren beruhenden Pensionssystems, hat die Bundesregierung in den letzten Jahren zahlreiche Maßnahmen beschlossen, mit dem Ziel der Erhöhung des faktischen Pensionsantrittsalters, der steigenden Erwerbs- und Beschäftigungsquoten in den höheren Altersgruppen und einem Rückgang der zugeschossenen Steuermittel. So betragen die Bundesmittel im Jahr 2014 noch 10.067,7 Mio Euro was 3,05 % des BIP ausmachte, 2015 sank dieser Wert absolut und relativ auf 9.941,0 Mio Euro oder 2,92 % des BIP, um 2016 nochmals auf 9.855,8 Mio Euro oder 2,82 % des BIP abzusinken.

Der Grundsatz „Rehabilitation vor Pension“ steht weiterhin im Mittelpunkt und ein längerer Verbleib im Erwerbsleben soll durch gezielte Maßnahmen gefördert werden.

Mit dem 2. Stabilitätsgesetz 2012 sowie dem Sozialrechts-Änderungsgesetz 2012 wurden die Zugangsvoraussetzungen deutlich verschärft. Am deutlichsten sind die Rückgänge bei der Invaliditätspension, wo durch die schrittweise Anhebung des Zugangsalters auf 60 Jahre (ab

¹³ cf. Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens (http://www.bmgf.gv.at/cms/home/attachments/7/8/5/CH1443/CMS1485517984989/15a_vereinbarung_organisation_und_finanzierung_text.pdf) sowie http://www.bmgf.gv.at/cms/home/attachments/7/8/5/CH1443/CMS1485517984989/15a_vereinbarung_organisation_und_finanzierung_materialien.pdf

¹⁴ cf. Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG Zielsteuerung-Gesundheit (http://www.bmgf.gv.at/cms/home/attachments/7/8/5/CH1443/CMS1485517984989/15a_vereinbarung_zielsteuerung-gesundheit_text.pdf); http://www.bmgf.gv.at/cms/home/attachments/7/8/5/CH1443/CMS1485517984989/15a_vereinbarung_zielsteuerung-gesundheit_materialien.pdf)

¹⁵ cf. European Commission (2015), The 2015 Ageing Report. Economic and budgetary projections for the 28 EU Member States (2013-2060), in: European Economy 3/2015, p. 74

1. Jänner 2017) beim Tätigkeitsschutz, Verschärfungen beim Berufsschutz sowie der Einführung eines Rechtsanspruches auf berufliche Rehabilitation Wirkung zeigen. Dieser Trend sollte sich gemäß dem Gutachten der Pensionskommission¹⁶ auch in den Folgejahren fortsetzen. Auch bei den Alterspensionen und vorzeitigen Alterspensionen zeigen die Maßnahmen des 2. Stabilitätsgesetzes 2012 in den Jahren 2015 und 2016 die gewünschte Wirkung. Trotz der prognostizierten Steigerungen bei den Alterspensionen und den vorzeitigen Alterspensionen bis zum Jahr 2021 – die auf die demografische Entwicklung zurückzuführen ist – zeigt sich deutlich die dämpfende Wirkung der Maßnahmen des 2. Stabilitätsgesetzes 2012.

Weitere Maßnahmen sind mit 1. Jänner 2017 in Kraft getreten¹⁷. Beispielsweise kann eine erhöhte Alterspension erworben werden, wenn über das gesetzliche Pensionsantrittsalter hinaus weitergearbeitet wird. Mit Hinblick auf die Bezieher von Mindestpensionen, die mindestens 30 Jahre Pensionsbeiträge einbezahlt haben, wurde beschlossen den Ausgleichszulagenrichtsatz auf 1.000 Euro zu erhöhen.

Damit erhalten jene Personen mit langer Beitragszahlung und einem eigenen Pensionsanspruch von unter 1.000 Euro diesen Betrag als Mindestpension. Prioritäres Ziel der Bundesregierung bleibt auch weiterhin die Anhebung des faktischen Pensionsantrittsalters. Mit dem Sozialversicherungsänderungsgesetz (SVÄG) 2016 und dem SVÄG 2017, die beide mit 1.1.2017 in Kraft getreten sind, wurden die Bereiche Prävention (early intervention), Rehabilitation (bereits bei drohender Invalidität, auch für nicht berufsgeschützte Personen, gleichzeitige Durchführung von medizinischen und beruflichen Maßnahmen) und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt (Arbeitstraining und Berufsorientierung durch die Pensionsversicherung, auch für Rehabilitationsgeldbezieher) grundlegend neu geordnet.

Bewährte Programme, wie zB *fit2work*, beraten und unterstützen und erarbeiten individuell abgestimmte Lösungen, um die Erwerbsfähigkeit bis zum Regelpensionsalter zu erhalten. Mit dem im Juli 2017 in Kraft tretenden Wiedereingliederungsteilzeitgesetz¹⁸ wurde ein arbeits- und sozialrechtliches Modell normiert, das Personen nach einer längeren Erkrankung den „sanften“ Wiedereinstieg in das Berufsleben ermöglicht. Mit dem Gesetz wurde die Möglichkeit geschaffen, die Arbeitszeit vorübergehend zu reduzieren. In dieser Zeit wird das Gehalt entsprechend reduziert, aber die Krankenversicherung zahlt dem/der ArbeitnehmerIn während der Teilzeitphase ein Wiedereingliederungsgeld. Daraus ergibt sich ein finanzieller Anreiz für die Rückkehr und den längeren Verbleib im Arbeitsprozess.

Im Jänner 2017 vereinbarte die Bundesregierung im Frühjahr 2017 eine Bund/Länder-Arbeitsgruppe einzusetzen, die sich mit der noch nicht vollständig vollzogenen Harmonisierung der Pensionssysteme von einzelnen Beamtengruppen und der gesetzlichen Pensionsversicherung befassen wird. Die Entwicklung im Pensionsbereich wird insbesondere mit Blick auf die Nachhaltigkeit des österreichischen Pensionssystems sowie der öffentlichen Finanzen regelmäßig eingehend überprüft und analysiert, um gegebenenfalls rechtzeitig Maßnahmen zur Gegensteuerung setzen zu können.

¹⁶ cf. Gutachten der Kommission zur langfristigen Pensionssicherung über die voraussichtliche Gebarung der Träger der gesetzlichen Pensionsversicherung in den Jahren 2016 bis 2021. Teil II (vom 27.10.2016), https://www.sozialministerium.at/cms/site/attachments/6/5/5/CH3434/CMS1478178195122/gutachten_2017_teil_ii.pdf

¹⁷ cf. Bundeskanzleramt Wien (2016), Nationales Reformprogramm 2016, p. 8f. und BGBl I No. 29/2017 vom 18. Jänner 2017.

¹⁸ cf. Wiedereingliederungsteilzeitgesetz, BGBl I No. 20/2017

Vereinfachung, Rationalisierung und Straffung der einzelnen Regierungsebenen

Mit dem Finanzausgleichsgesetz 2017¹⁹ wurden erste Schritte in Richtung Aufgabenorientierung im Finanzausgleich gesetzt. Weitere Schritte wurden im Rahmen der Vereinbarung zwischen den Gebietskörperschaften ab dem Jahr 2020/2021 angekündigt. Beginnend mit 1. Jänner 2018 wird die aufgabenorientierte Verteilung der Ertragsanteile der Gemeinden im Rahmen von zwei Pilotprojekten gestartet. Im Bereich der Elementarbildung (0- bis 6-Jährige) wird die Mittelaufteilung anhand genau festgelegter quantitativer und qualitativer Kenngrößen vorgenommen. Damit soll sichergestellt werden, dass öffentliche Mittel genau dort zur Verfügung stehen, wo sie tatsächlich gebraucht werden. In einem nächsten Schritt wird, beginnend mit 1. Jänner 2019, die aufgabenorientierte Verteilung der Ertragsanteile als weiteres Pilotprojekt auf den Pflichtschulbereich (6- bis 15-Jährige) ausgeweitet. Um den gegenwärtig eher geringen steuerrechtlichen Spielraum der Länder auszubauen, sollen in Zukunft die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten stärker zusammengeführt werden, wodurch in der Folge auch die Abgabenaufonomie der Länder gestärkt wird. Dazu wurde ein Pilotprojekt aufgesetzt, das beginnend mit 1. Jänner 2018 den Wohnbauförderungsbeitrag als ausschließliche Landesabgabe festlegt. Die Länder können dann die Höhe des Tarifs selbständig festlegen und sind an keine bundesgesetzliche Vorgabe einer Ober- oder Untergrenze gebunden. Für den weiteren Ausbau der subnationalen Steuerautonomie werden von den Finanzausgleichspartnern gemeinsam mit internationalen Experten weitere Optionen geprüft.

Eine gemeinsame Arbeitsgruppe „Abgabenaufonomie“ der Finanzausgleichspartner wird unter Beiziehung internationaler Experten die Zweckmäßigkeit einer verstärkten Abgabenaufonomie und Optionen dafür prüfen. Angestrebt wird zudem die Transparenz und Vergleichbarkeit zu erhöhen. Bis Jahresende 2018 soll ein Benchmarking-Modell ausgearbeitet werden, welches mit 1. Jänner 2019 in Kraft treten soll. Auf Basis dieses Benchmarkings wird es möglich sein, Leistungen der öffentlichen Hand untereinander zu vergleichen. Ergänzend zu dieser Maßnahme werden als laufender Prozess Spending Reviews eingeführt. Diese sollen Ansatzpunkte für etwaige Aufgabenumverteilungen und entsprechende Ausgabenumschichtungen liefern.

3.2. Länderspezifische Empfehlung No. 2

„Der Rat empfiehlt, dass Österreich die Erwerbsbeteiligung von Frauen verbessert; Maßnahmen trifft, um die Bildungsergebnisse benachteiligter junger Menschen, insbesondere jener mit Migrationshintergrund, zu verbessern;“

Erwerbsbeteiligung von Frauen

Die Europäische Kommission merkt im Länderbericht zu Österreich kritisch an, dass das Arbeitsmarktpotenzial von Frauen nur unzureichend genutzt wird. Besonders kritisch ist die im EU-Vergleich hohe Teilzeitquote von Frauen, die ursächlich mit Betreuungspflichten zusammenhängt. Immerhin nennen 36,8% (2015) der Frauen Betreuungspflichten für Kinder oder pflegebedürftige Angehörige als Grund für ihre Teilzeitbeschäftigung. Laut Daten der Statistik Austria waren 2015 rund vier von fünf teilzeitbeschäftigten Personen Frauen, die Teilzeitquote bei Frauen beträgt 47,4%, und liegt damit deutlich über dem EU-Durchschnitt

¹⁹ cf. BGBl I No. 116/2016

von 32,7%²⁰. Die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf spielt deshalb eine bedeutende Rolle. Die neuen Regelungen rund um das Kinderbetreuungsgeld (Konto, Partnerschaftsbonus, Familienzeitbonus für Väter) für Geburten ab 1. März 2017 sollen Väter verstärkt in die Kinderbetreuung einbeziehen bzw. eine partnerschaftliche Gestaltung des Familienlebens mit den entsprechenden Auswirkungen auf die individuelle Lebens-, Berufs- und Einkommenssituation beider Elternteile fördern. Im Bereich der gesellschaftspolitischen und bewusstseinsbildenden Maßnahmen wurden vorbildhafte bestehende Projekte ausgebaut und erweitert – dazu zählen u.a. das Audit *berufundfamilie*, das Audit *hochschuleundfamilie* und der Staatspreis „*Unternehmen für Familien*“. Ziel der Audits ist eine familienbewusste Personalpolitik. Denn Schlüsselthema in der Vereinbarkeitsdebatte ist die familienfreundliche Arbeitswelt. Die Initiative „*Unternehmen für Familien*“ ist ein Netzwerk, dem sich Unternehmen und Gemeinden anschließen können, die aktiv einen familienfreundlichen Arbeits- und Lebensraum im eigenen Wirkungsbereich schaffen. Vernetzung, Informationen, Erfahrungsberichte und Best Practices werden hier angeboten. Deutlich mehr Frauen als Männer gehen in der Haupttätigkeit einer atypischen Beschäftigung nach (2015: Frauen 52%, Männer 16%) oder sind zu Niedriglöhnen beschäftigt. Hinzu kommt die geschlechtsspezifische Segregation zwischen den Branchen, wobei Frauen 2015 überwiegend im Dienstleistungssektor, mit den höchsten Anteilen im Handel (18,4%) und im Gesundheits- und Sozialwesen (17,1%), beschäftigt waren. Diese geschlechtsspezifische Teilung des Arbeitsmarktes spiegelt sich auch in den jeweiligen Lohnniveaus wider und ist damit auch einer der Hauptgründe für den hohen Gender Pay Gap in Österreich. Gemäß den Berechnungen von Eurostat betrug der Gender Pay Gap 2015 21,7%. Es werden daher Initiativen zum Abbau der strukturellen Unterschiede zwischen Frauen und Männern am österreichischen Arbeitsmarkt gesetzt: Zum Überwinden von Geschlechterstereotypen und zur Diversifizierung von Ausbildungs- und Berufswahl dient die Online-Informationenplattform *meine Technik*²¹. Ein Instrument zur Förderung der partnerschaftlichen Aufteilung von unbezahlter Betreuungs- und Pflegearbeit ist der Online-Rechner für das gemeinsame Haushaltseinkommen *gleich=berechnet*²². Auch wurde bereits im Jahr 2014 die Möglichkeit einer Pflegekarenz/Pflegezeitzeit für 1 – 3 Monate eingeführt. Die betroffenen ArbeitnehmerInnen können mit dieser Maßnahme die Doppelbelastung von Pflege und Beruf vermeiden und insbesondere bei Auftreten des Pflegebedarfs die Pflegesituation organisieren ohne ihren Arbeitsplatz aufgeben zu müssen. Zur finanziellen Unterstützung besteht für die Dauer der Pflegekarenz/- teilzeit ein Rechtsanspruch auf (einkommensabhängiges) Pflegekarenzgeld. Um insbesondere auch die Inanspruchnahme der Pflegekarenz/- teilzeit durch Männer zu erhöhen, gebührt das Pflegekarenzgeld pro pflegebedürftiger Person für bis zu 6 Monate wobei ein Angehöriger/eine Angehörige bis zu 3 Monaten in Pflegekarenz/- teilzeit gehen kann. Um die Beschäftigungsperspektiven von Frauen zu verbessern, verfolgt die Arbeitsmarktpolitik das Ziel, die geschlechtsspezifische Segregation zu überwinden, die höhere berufliche Qualifizierung zu fördern und den beruflichen Wiedereinstieg bestmöglich zu unterstützen. Im Rahmen des Programms *Wiedereinstieg unterstützen* erhalten Frauen Informationen und gezielte Beratung, um den individuellen Wiedereinstieg zu planen. Im Jahr 2016 haben über 6.000 Frauen daran

²⁰ cf. Statistik Austria, Erwerbstätige und unselbständig Erwerbstätige nach Vollzeit/Teilzeit und Geschlecht seit 1994 (https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/gender-statistik/erwerbstaetigkeit/index.html) Stand: 9.3.2017

²¹ siehe <https://www.meine-technik.at/>

²² siehe <https://www.gleich-berechnet.gv.at/>

teilgenommen und rund ein Drittel der Teilnehmerinnen war im Schnitt drei Monate nach Abschluss der Teilnahme entweder in Beschäftigung oder in einer (weiteren) Ausbildung²³. Ein weiteres wichtiges Instrument ist das Programm *Kompetenz mit System*, das gezielt die Qualifikationsverbesserung von Frauen anstrebt. Drei, zeitlich voneinander unabhängige Module ermöglichen den Abschluss einer Lehrausbildung. Die Stärke des Programms liegt darin, dass wiederkehrende Phasen von Arbeitslosigkeit (zB saisonal bedingt) dazu genutzt werden, Kompetenzen zu erwerben und das Berufsfeld weiterzuentwickeln bzw sich auch völlig neu umzuorientieren. Im Jahr 2016 haben 770 Frauen von dieser Maßnahme profitiert. Mit Hinblick auf die Förderung von Qualifizierung sowie die Entwicklung von Laufbahnperspektiven hat sich mit den *Frauenberufszentren* in den letzten drei Jahren ein effektives arbeitsmarktpolitisches Frauenprogramm etabliert. Das Programm umfasst neben Information und Clearing auch Kompetenzbilanzierung, Karriere-Coaching und Laufbahnplanung. Im vergangenen Jahr haben rund 12.440 Frauen ein Frauenberufszentrum besucht und rund 44% der Teilnehmerinnen waren drei Monate nach Abschluss der Teilnahme entweder in Beschäftigung oder in einer (weiteren) Ausbildung²⁴. Darüber hinaus soll die Einführung einer Frauenquote von 30% in Aufsichtsräten von börsennotierten Unternehmen sowie von Unternehmen mit mehr als 1.000 MitarbeiterInnen einen Beitrag leisten, den Anteil von Frauen in Führungspositionen deutlich zu erhöhen.

Verbesserung der Bildungsergebnisse für benachteiligte junge Menschen

Das österreichische Bildungssystem misst der Chancengerechtigkeit, Inklusion und Integration große Bedeutung bei. In den letzten Monaten wurden umfassende Maßnahmenpakete verabschiedet und neue Initiativen gestartet, um sowohl den Zugang zu Bildung und Ausbildung, den Verbleib im Bildungssystem als auch die Bildungsergebnisse zu verbessern. Für Investitionen in hochqualitative frühkindliche Bildung sind im Zeitraum 2014 bis 2017 insgesamt 305 Mio. Euro vorgesehen. Die Länder beteiligen sich mit weiteren 134 Mio. Euro am Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen. Der Fokus dieser Maßnahme liegt auf der Verbesserung des Betreuungsangebots für Kinder unter 3 Jahren. Eine jüngst an der Wirtschaftsuniversität Wien abgeschlossene Studie²⁵ zeigt zudem, dass vom Ausbau der frühkindlichen Bildung benachteiligte Gruppen, wie MigrantInnen der zweiten Generation und Kinder mit gering gebildeten Eltern, stärker profitieren. Neben den unmittelbaren positiven Effekten für die Erwerbsbeteiligung von Frauen, wirkt sich der Kindergartenbesuch auch mittel- bis langfristig positiv auf die spätere Bildungslaufbahn, die Berufstätigkeit und das Einkommen aus.

Laut der Kindertagesheimstatistik 2015/16²⁶ erreicht die Betreuungsquote der 3- bis 5-Jährigen im Jahr 2015 93%. Hier hat Österreich das Barcelona-Ziel von 90% bereits erreicht. Nachholbedarf gibt es bei den Unter-Dreijährigen Kindern, wo die Betreuungsquote gerade 25,5% erreicht und damit deutlich unter der Zielvorgabe von 33% liegt. Berücksichtigt man auch die Betreuung von Unter-Dreijährigen Kindern durch qualifizierte Tageseltern, steigt die

²³ cf. AMS, Die Arbeitsmarktsituation von Frauen, Spezialthema, Februar 2017 (http://www.ams.at/docs/001_spezialthema_aktuell.pdf)

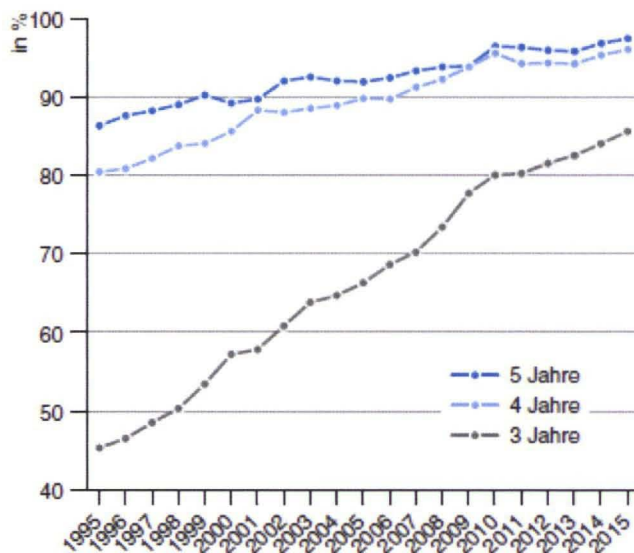
²⁴ cf. AMS, Die Arbeitsmarktsituation von Frauen, Spezialthema, Februar 2017 (http://www.ams.at/docs/001_spezialthema_aktuell.pdf)

²⁵ cf. Fessler, Pirmin/Schneebaum, Alyssa (2016), The Returns to Preschool Attendance, Vienna University of Economics and Business, Department of Economics, Working Paper No. 233

²⁶ cf. Statistik Austria (2016), Kindertagesheimstatistik 2015/16 (http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bildung_und_kultur/formales_bildungswesen/kindertagesheime_kinderbetreuung/index.html)

Betreuungsquote um knapp 2 Prozentpunkte auf 27,4%²⁷. Betrachtet man die Entwicklung der Betreuungsquoten über die letzten zehn Jahre, zeigen sich bei allen drei Alterskategorien deutliche Anstiege. Die Betreuungsquote der 3-Jährigen erhöhte sich von 66,3% im Jahr 2005 auf 85,6%. Bei dem 4-Jährigen stieg die Betreuungsquote von 89,8 auf 96,0% und bei den 5-Jährigen von 91,9% auf 97,4%²⁸. Das kostenlose, verpflichtende Kindergartenjahr für alle 5-jährigen Kinder ist eine wichtige Maßnahme, die insbesondere Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache hilft, ihre Sprachkenntnisse bis zum Schuleintritt zu verbessern. Im Rahmen des Pilotprojekts zum aufgabenorientierten Finanzausgleich wird unter Einbindung der Länder sowie des Städte- und Gemeindebundes angestrebt, ein zweites verpflichtendes Gratiskindergartenjahr umzusetzen.

Grafik 3: Betreuungsquoten der 3-, 4- und 5-Jährigen / Zeitreihe von 1995 bis 2015



Quelle: Statistik Austria; Kindertagesheimstatistik 2015/16; Wohnbevölkerung lt. Bevölkerungsfortschreibung (ab 2002: Bevölkerungsregister)

Knapp 17% der Kinder in Kindertagesheimen haben nicht die österreichische Staatsbürgerschaft und knapp drei von zehn Kindern sprechen nicht Deutsch als Muttersprache. Damit die Stärken der Kinder von 3,5 Jahren bis zum Ende der Schulpflicht beobachtet und dokumentiert werden, soll das Instrument „Bildungskompass“ umgesetzt werden. Im elementarpädagogischen Bildungsbereich startet ab Herbst 2017 an 50 Standorten in Oberösterreich eine Pilotphase, die Weiterführung bis zum Ende der Pflichtschule ist in Vorbereitung. Die Bundesregierung setzt sich das Ziel, die noch zu großen Risikogruppen in Lesen, Mathematik und Naturwissenschaft an österreichischen Schulen zu halbieren sowie die noch zu kleinen Spitzengruppen zu verdoppeln. Dazu werden Maßnahmen zur Individualisierung und differenzierten Förderung gesetzt, um sowohl

²⁷ cf. Statistik Austria Kindertagesheimstatistik 2015/16, Tabelle Tageselternbetreuung und Kindergruppen im Jahr 2015, p.21

(http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bildung_und_kultur/formales_bildungswesen/kindertagesheime_kinderbetreuung/index.html)

²⁸ Berücksichtigt man auch die vorzeitig eingeschulten 5-jährigen Kinder beträgt die Betreuungsquote der 5-Jährigen 98,4%, cf. Statistik Austria Kindertagesheimstatistik 2015/16

(http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bildung_und_kultur/formales_bildungswesen/kindertagesheime_kinderbetreuung/index.html)

Lernprobleme als auch Interessen und Begabungen früher zu erkennen und in der Vermittlung der Grundkompetenzen Lernerfolge zu ermöglichen. Zur Erweiterung des Bildungs- und Informationszugangs für Schülerinnen und Schüler soll die Digitalisierung einen entscheidenden Beitrag leisten und einen breitflächigen Eingang in Österreichs Schulen finden. Mit dem Schulrechtsänderungsgesetz 2016²⁹ wird unter anderem die Schuleingangsphase neu gestaltet und Lernen und Lehren in Richtung Individualisierung und Kompetenzorientierung weiterentwickelt. Mit der SchülerInnen einschreibung NEU ist erstmals bundesweit ein förderbezogener Datenaustausch zwischen Kindergarten und Schule vorgesehen. Weiters können in Ergänzung zu den integrativ geführten Sprachförderkursen für außerordentliche SchülerInnen auch „Sprachstartgruppen“ an Stelle der in der Grundschule vorgesehenen Pflichtgegenstände eingerichtet werden. Im Bereich der Ausbildung der ElementarpädagogInnen wurden die bisherigen Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik in Bildungsanstalten für Elementarpädagogik als Berufsbildende Höhere Schulen umgewandelt und aufgewertet.

Österreich hat in den vergangenen Jahren erhebliche Anstrengungen zur Integration von MigrantInnen und Flüchtlingen in Bildung und Ausbildung unternommen. Für den Bildungsbereich werden 2016-2018 aus den beiden Integrationstöpfen insgesamt 223,75 Mio. Euro für den zusätzlichen LehrerInnenaufwand und zusätzliche Integrationsmaßnahmen verwendet.

Mit Hinblick auf die Verbesserung der Bildungsergebnisse von niedrigqualifizierten jungen Menschen und zur Reduktion der Anzahl frühzeitiger Ausbildungs- und Bildungsabbrüche wurde 2016 eine strategische Neuausrichtung im Bereich der Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik vorgenommen. Die Ausbildungspflicht³⁰ für Jugendliche bis 18 Jahre tritt mit 1. Juli 2017 erstmals für jene Jugendlichen in Kraft, deren Schulpflicht 2017 endet. Sie zielt darauf ab, dass alle Unter-18-Jährigen eine über die Pflichtschule hinausgehende Ausbildung abschließen. Damit sollen die Chancen auf eine nachhaltige und umfassende Teilhabe am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben erhöht und den zunehmenden Qualifizierungsanforderungen am Arbeitsmarkt entsprochen werden. Die Verpflichtung zur Ausbildung kann sowohl durch den Besuch einer weiterführenden allgemein bildenden höheren, einer berufsbildenden mittleren oder einer höheren Schule als auch in der dualen Ausbildung erfüllt werden. Für die *Ausbildung bis 18* stehen im Vollausbau (ab 2020) jährlich 69,4 Mio. Euro zur Verfügung. Ausgehend von Berechnungen der Statistik Austria werden rund 12.000 potenzielle frühzeitige AusbildungsabbrecherInnen bis zum Vollausbau im Ausbildungsjahr 2018/19 von dieser Maßnahme profitieren. An diese Maßnahme anknüpfend wurde im Oktober 2016 vom Ministerrat die *Ausbildungsgarantie bis 25* für arbeitslose junge Erwachsene beschlossen. Damit werden beginnend mit 1. Jänner 2017 zusätzliche Nachqualifizierungsangebote für unqualifizierte 19- bis 24-jährige Arbeitslose geschaffen. Für diese Maßnahme, die vorerst auf zwei Jahre befristet ist, sind für das laufende Jahr 37 Mio. Euro vorgesehen.

Die in diesem Abschnitt beschriebenen Maßnahmen ergänzen und vervollständigen bereits bestehende Instrumente, wie z.B. der Ausbau ganztägiger Schulformen. Für Jugendliche mit Behinderungen bestehen im Bereich des Übergangs/Schnittstelle von Schule und Beruf durch die sogenannten NEBA-Maßnahmen (Netzwerk Berufliche Assistenz; z.B. Jugendcoaching, etc.) umfassende weiterführende Unterstützungsformen zum Erwerb von Wissen und Ausbildung und damit zur beruflichen Inklusion und Vermeidung sozialer

²⁹ cf. Schulrechtsänderungsgesetz 2016, BGBl I No. 56/2016

³⁰ cf. Ausbildungspflichtgesetz (APfIG), BGBl I No. 62/2016

Ausgrenzung. Durch das im Dezember 2016 beschlossene Bildungsinvestitionsgesetz³¹ fließen bis 2025 750 Mio. Euro aus der Bankenabgabe in den Ausbau ganztägiger Schulformen. Ziel ist es, das ganztägige Schulangebot von rund 22% im Schuljahr 2015/16 auf 40% bis 2025 auszubauen. In Summe sollen dadurch die zur Verfügung stehenden Plätze um rund 88.000 erhöht werden. Mit dem Schulautonomiepaket im Rahmen der Bildungsreform (geplanter Start: Herbst 2018) wird verschiedenen Anforderungen der Schulen Rechnung getragen und der Handlungsspielraum an den einzelnen Schulstandorten entscheidend gestärkt. Die Ausrichtung des Bildungsangebots kann dadurch besser mit der spezifischen Bedarfslage des Schulstandortes abgestimmt werden, was die Chancengerechtigkeit der Schülerinnen und Schüler maßgeblich vorantreiben wird. Die Ressourcenzuteilung an die einzelnen Schulen erfolgt nach transparenten und gesetzlich festgelegten Kriterien: die Zahl der Schülerinnen und Schüler, das Bildungsangebot, der sozio-ökonomische Hintergrund, der Förderbedarf der Schüler/innen, die im Alltag gebrauchte Sprache und die regionalen Bedürfnisse. Die Ressourcenzuteilung an die einzelnen Schulen hat sich jedenfalls an der Zahl der Schülerinnen und Schüler, am Bildungsangebot, am sozio-ökonomischen Hintergrund und am Förderbedarf der Schülerinnen und Schüler sowie an deren im Alltag gebrauchte Sprache und an den regionalen Bedürfnissen zu orientieren. Das zuständige Regierungsmitglied kann zur Berücksichtigung des sozio-ökonomischen Hintergrunds der Schülerinnen und Schüler durch Verordnung entsprechende Kriterien festlegen. Die Ressourcenzuteilung auf Basis eines Chancenindex bedeutet Ressourcenverteilung anhand von sozialen Merkmalen in der Schülerpopulation, die auf eine Bildungsbenachteiligung hinweisen. Solche Merkmale sind z.B. die Alltagssprache der Schülerinnen und Schüler, der Bildungsstand und die berufliche Position der Eltern, der Bezug von Sozialhilfe usw.

3.3. Länderspezifische Empfehlung No.3

„Der Rat empfiehlt, dass Österreich im Dienstleistungsbereich administrative und regulatorische Hürden für Investitionen abbaut, etwa restriktive Zulassungsanforderungen und Einschränkungen hinsichtlich der Rechtsform und der Beteiligungsverhältnisse sowie Hindernisse für die Gründung interdisziplinärer Unternehmen.“

Die Europäische Kommission fordert Österreich in den Länderspezifischen Empfehlungen regelmäßig auf, die hohen administrativen und regulatorischen Hindernisse im Dienstleistungssektor abzubauen sowie die Finanzierungsmöglichkeiten zu verbessern.

Um Verkrustungen auf den Dienstleistungsmärkten aufzubrechen und die Rahmenbedingungen für UnternehmerInnen zu verbessern, hat die Bundesregierung im Sommer 2016 eine Reform der Gewerbeordnung eingeleitet. Die Regierungsvorlage befindet sich seit Februar 2017 in parlamentarischer Behandlung. Der Gesetzesvorschlag verfolgt vier konkrete Ziele. Erstens wird angestrebt, die Verfahren für Betriebsanlagengenehmigungen zu vereinfachen und die Anwendungsquote des vereinfachten Betriebsanlagengenehmigungsverfahrens von derzeit ca. 20% auf 50% zu steigern. Der zweite Punkt sieht eine finanzielle Entlastung der Wirtschaftstreibenden vor. Da Unternehmensgründungen und Gewerbeverfahren auch immer mit Gebühren und Bundesverwaltungsabgaben verbunden sind, ist für Gewerbeverfahren die durchgehende Befreiung von Bundesgebühren und -verwaltungsabgaben vorgesehen. Die Entlastung für

³¹ cf. Bildungsinvestitionsgesetz, BGBl I No. 8/2017

Unternehmen beträgt rund 10,5 Mio. Euro jährlich. Es wurden auch Schritte zur Liberalisierung von reglementierten Gewerben unternommen. Von den insgesamt 21 Teilgewerben werden 19 gestrichen und zu freien Gewerben. Weiters werden die Nebenrechte ausgeweitet. In der Praxis bedeutet das, dass Betriebe in einem größeren Umfang Tätigkeiten verrichten dürfen, für die sie keine eigene Gewerbeberechtigung besitzen. Das vierte Ziel verfolgt die Weiterentwicklung der unternehmensbezogenen beruflichen Bildung. Damit soll einerseits die Durchlässigkeit im Bildungssystem ausgebaut sowie andererseits die Höherqualifizierung forciert werden.

Mit dem Regierungsbeschluss zur Entbürokratisierung und Deregulierung, dem Deregulierungsgesetz 2017 und dem DeregulierungsgrundsätzeGesetz hat die Bundesregierung weitere Maßnahmen zur Entbürokratisierung auf den Weg gebracht. Durch die Einführung horizontaler Prinzipien wie dem *One-In One-Out Prinzip* für neue regulatorische Belastungen sowie konkreten Maßnahmen zur Reduktion von Eich- und Meldepflichten soll der Wirtschaftsstandort attraktiver werden. Mit einer Offensive im E-Government wurden neue Impulse für die Digitalisierung der Wirtschaft gesetzt, vor allem durch das Recht auf elektronische Kommunikation, die verpflichtende elektronische Zustellung für Unternehmen sowie dem elektronischen Vergabewesen. Deutliche Vereinfachungen ergeben sich durch Änderungen bei der Unternehmensgründung, etwa durch die elektronische Gründung bestimmter Einpersonen-GmbHs ohne Notar ab 1. Jänner 2018 sowie der rascheren Ausstellung der UID-Nummer durch Steuerbehörden. Ein öffentliches digitales Monitoring (entlastungsmonitor.gv.at³²) dieser Projekte ermöglicht der breiten Öffentlichkeit einen klaren und transparenten Einblick in die Umsetzung.

Um die Gründung interdisziplinärer Unternehmen zu erleichtern und Optionen zur Beseitigung bestehender Hindernisse auszulasten, wurde Ende 2015 ein ergebnisoffener Diskussionsprozess mit allen betroffenen Stakeholdern gestartet. Es kam zu keiner Einigung zwischen den Betroffenen, weshalb man die Diskussion 2016 aussetzte.

Was die von der Europäischen Kommission geäußerte Empfehlung zur Beseitigung bestehender Einschränkungen hinsichtlich Rechtsform und Beteiligungsverhältnisse angeht, so hat es etwa im Bereich der Rechtsanwälte in den letzten Jahren verschiedentliche Anpassungen gegeben, um den tatsächlichen Bedürfnissen der Praxis entsprechend Rechnung zu tragen; zulässige Rechtsformen in diesem Bereich sind derzeit Einzelunternehmen, Gesellschaft bürgerlichen Rechts, Personengesellschaft (OG, KG), GmbH sowie GmbH & Co KG. Hervorzuheben ist für den Bereich der Rechtsanwaltschaft ferner, dass europäische Rechtsanwälte uneingeschränkt Gesellschafter einer österreichischen Rechtsanwalts-Gesellschaft sein können; im Übrigen ist der Kreis der zulässigen Gesellschafter aber beschränkt, weil nur solcherart das Prinzip der persönlichen Berufsausübung und die Wahrung der strengen beruflichen Verschwiegenheitspflichten sichergestellt und persönliche Abhängigkeiten und externe Einflussnahmen weitgehend vermieden werden können. Ebenso sind die Berufspflichten der Rechtsanwälte mit jenen anderer Berufsgruppen, insbesondere mit jenen ohne Standes- und Disziplinarrecht, nicht vergleichbar. Nicht möglich ist aus diesem Grund auch die Gründung von interdisziplinären Rechtsanwalts-Gesellschaften, wobei zu betonen ist, dass in Österreich nur eine interdisziplinäre „Vergesellschaftung“ unzulässig ist; sehr wohl erlaubt und auch gängige und bewährte Praxis ist eine interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Berufen auf vertraglicher Basis. Die von der Europäischen Kommission ebenfalls angesprochenen Zulassungsanforderungen ergeben sich im Fall der Rechtsanwälte aus dem

³² Siehe auch Website www.entlastungsmonitor.gv.at

übergeordneten Interesse, einerseits der Justiz, der an einem hohen qualitativen Niveau der Rechtsanwälte gelegen sein muss, andererseits und vor allem aber auch im Interesse der Unternehmen und Verbraucher, die Rechtsdienstleistungen in Anspruch nehmen. Entsprechende übergeordnete Interessen sind auch der Grund für die im Bereich anderer reglementierter/freier Berufe bestehenden Berufszugangs- und Berufsausübungsanforderungen.

Um KMUs den Zugang zu einfachen und kostengünstigen Unternehmensfinanzierungen zu erleichtern, wurde bereits im Herbst 2015 mit dem Alternativfinanzierungsgesetz (AltFG)³³ ein spezieller Rechtsrahmen geschaffen, der gezielt auf die Bedürfnisse von neu gegründeten und innovativen Unternehmen abstellt. Gleichzeitig werden die Emittenten alternativer Finanzierungsinstrumente einheitlichen Informations- und Veröffentlichungspflichten unterworfen und der Anlegerschutz gestärkt.

³³ cf. Alternativfinanzierungsgesetz (AltFG) BGBl I No. 114/2015; siehe auch Nationales Reformprogramm 2016, Bundeskanzleramt, Wien

4. Europa 2020 Ziele: Fortschritte und Maßnahmen

Die nationalen Europa 2020 Ziele wurden im Oktober 2010 von der Bundesregierung festgelegt und sind seitdem maßgebliche Orientierungsgrößen in der Politikgestaltung. Die Europäische Kommission bestätigt im Länderbericht³⁴, dass die Fortschritte in allen Bereichen sichtbar sind. Das nationale Ziel, die Anzahl der AbsolventInnen mit tertiärem Bildungsabschluss zu erhöhen und die Quote der SchulabbrecherInnen zu senken wurde bereits erreicht. Auch bei den erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz ist das angestrebte Ziel in Reichweite. Trotz der Fortschritte und der positiven Entwicklung bei der F&E-Quote, der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung sind weitere Anstrengungen erforderlich, um die ambitionierten nationalen Ziele zu erreichen. Dies trifft auch auf die Erhöhung der Beschäftigungsquote und die Verringerung der Treibhausgasemissionen zu.

Tabelle 1: Übersicht Europa 2020-Ziele

	Nationales Ziel		EU-Gesamtziel	
	2020	Stand 2015	2020	Stand 2015
Beschäftigungsquote in % (20-64-Jährige)	77	74,3	75	70,1
F&E-Investitionen in% des BIP	3,76	3,07	3	2,03
Emissionsziel Reduktion in den Nicht-Emissions-Handels- sektoren (gegenüber 2005)	-16%	-13,1%	-10%	-12%
Anteil erneuerbarer Energie am Bruttoend- energieverbrauch	34%	33,1% ⁽¹⁾	20%	16% ⁽¹⁾
Energieeffizienz bzw. Stabilisierung des End- energieverbrauchs (in Mtoe)	25,1	27,4	1.086	1.082,2
Frühzeitige Schul –und Ausbildungsabgänger- Innen (18-24-Jährige)	9,5%	7,0% ⁽²⁾	10%	10,8% ⁽²⁾
Tertiärer Bildungsabschluss	38%	39,7% ⁽²⁾	40%	39,0% ⁽²⁾
Senkung des Anteils der von Armut/sozialer Ausgrenzung bedrohten Bevölkerung in Personen (Basisjahr 2008)	-235.000	-147.000	-20.000.000	-1.696.000 ⁽³⁾

⁽¹⁾ Wert für 2014

⁽²⁾ (vorl.) Wert für 2016

⁽³⁾ EU-27

³⁴ cf. Europäische Kommission 2017, Länderbericht Österreich. Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen, Brüssel, SWD(2017)85 final, p.2 und pp. 53ff. (https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/2017-european-semester-country-report-austria-de_0.pdf)

4.1. Arbeitsmarkt und Beschäftigung

Die konjunkturelle Erholung seit dem Jahr 2015 spiegelt sich auch in einem steigenden Beschäftigungswachstum (unselbständig und selbständig Beschäftigte) wider. Trotz des Beschäftigungswachstums von 1,5% im Jahresverlauf 2016 ist die Arbeitslosenquote unverändert auf dem Vorjahresniveau von 9,1% (nationale Berechnung) geblieben. Prognosen gehen davon aus, dass das Arbeitskräfteangebot auch in den kommenden Jahren bis 2020 um durchschnittlich 1,3% p.a. weiterhin zunehmen wird³⁵. Mehrere Faktoren sind für den Anstieg des Arbeitskräfteangebot maßgeblich: Zum einen erhöht sich das Arbeitskräfteangebot durch die Zuwanderung ausländischer Erwerbspersonen (einschließlich anerkannter Flüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigter), zum anderen steigt die Erwerbsquote von älteren ArbeitnehmerInnen aufgrund der Reformen im Bereich der Früh- und Invaliditätspensionen (siehe auch Kapitel 3.1.) und als dritter Punkt wirkt sich auch der Anstieg der Frauenerwerbsbeteiligung auf das Arbeitskräfteangebot aus. Vor dem Hintergrund der jüngsten Prognosen, die auf eine Belebung der Konjunktur hindeuten, zeichnet sich auch ein Sinken bzw eine Stabilisierung der Arbeitslosenquote ab.

Tabelle 2: Arbeitsmarktdaten 2016 im Überblick (nationale Berechnung)³⁶

	Bestand Quote	Veränderung zum Vorjahr	
		absolut	relativ
Unselbständig Beschäftigte	3.586.872	+52.018	+1,5%
Frauen	1.677.849	+21.153	+1,3%
Männer	1.909.022	+30.864	+1,6%
Arbeitslose Personen	357.313	+2.981	+0,8%
Frauen	152.855	+3.594	+2,4%
Männer	204.458	-613	-0,3%
Arbeitslosenquote (Registerquote)	9,1%	+/-0-Punkte	
Frauen	8,3%	-0,0%-Punkte	
Männer	9,7%	-0,1%-Punkte	

Quelle: Sozialministerium, Bali

Im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit und das weiterhin steigende Arbeitskräfteangebot bleibt die österreichische Arbeitsmarktpolitik auch weiterhin gefordert. Dies spiegelt sich auch im Bundesvoranschlag 2017 wider. Mit Hinblick auf ältere ArbeitnehmerInnen, Frauen und Personen mit Migrationshintergrund werden die Mittel der aktiven Arbeitsmarktpolitik im Jahr 2017 erneut deutlich erhöht. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Gruppe der Langzeitarbeitslosen. Da mit zunehmender Verweildauer in der Arbeitslosigkeit die Vermittlung immer schwieriger wird, stehen ab 2017 für langzeitbeschäftigungslose Personen (Geschäftsfall AMS) jährlich Mittel bis zu 120 Mio. Euro zur Verfügung. Um ältere Personen länger im Erwerbsleben zu halten wird die bereits im Jahr 2014 gestartete *Initiative 50+* weitergeführt. Für die Eingliederung arbeitsloser Personen über 50 Jahren, die länger als 180 Tage beim AMS arbeitslos vorgemerkt sind, werden die Mittel für das laufende Jahr auf 175 Mio. Euro erhöht. Davon sind jeweils bis zu 60 % für Eingliederungsbeihilfen und Kombilohn sowie bis zu 40 % für sozialökonomische Betriebe

³⁵ cf. Baumgartner, Josef/Kaniovski, Serguei (2016), Update der mittelfristigen Prognose der österreichischen Wirtschaft 2016 bis 2020, in: WIFO Monatsberichte 89(4), pp.219-225

³⁶ cf. Sozialministerium (<http://www.arbeitsmarktpolitik.at/bali/>)

und gemeinnützige Beschäftigungsprojekte zu verwenden. Im letzten Jahr haben rd. 23.000 Personen von diesem Förderprogramm profitiert, für das Jahr 2017 wird erwartet, dass rd. 25.000 Personen eine neue Beschäftigungschance erhalten. Im Rahmen des aktualisierten Arbeitsprogramms der Bundesregierung 2017/18³⁷ wurden zudem spezifische Maßnahmen für ältere ArbeitnehmerInnen und ältere Arbeitslose beschlossen, die in den nächsten Monaten umgesetzt werden: Damit ArbeitnehmerInnen, die älter als 50 Jahre sind, leichter eingestellt werden, wird ab Juli 2017 der *Kündigungsschutz* für diese Personengruppe gelockert³⁸. Die Umsetzung ist bis zum Sommer 2017 vorgesehen. Ebenfalls im Sommer 2017 soll die *Beschäftigungsaktion 20.000* anlaufen. Die mit 200 Mio. Euro dotierte Beschäftigungsaktion 20.000 ist für langzeitarbeitslose ältere ArbeitnehmerInnen gedacht, und wird vorerst als Pilot in je einem Bezirk pro Bundesland gestartet. Die Idee ist, dass bei Gemeinden, gemeinnützigen Trägervereinen und Unternehmen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden, wobei bei der Ausgestaltung der Pilotprojekte darauf zu achten ist, dass keine Verdrängung regulärer Beschäftigungsverhältnisse stattfindet. Mittel- und langfristiges Ziel der *Beschäftigungsaktion 20.000* ist eine nachhaltige Integration in den ersten Arbeitsmarkt. Mittels des begleitenden Arbeitsmarktmonitorings der Beschäftigungsquoten älterer ArbeitnehmerInnen³⁹ steht der Bundesregierung eine Grundlage zur Verfügung, auf deren Basis rechtzeitig weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigung der Personengruppe 50+ entwickelt werden können.

Mit der befristeten Wiedereinführung des *Fachkräftestipendiums* per 1. Jänner 2017 sollen einerseits das Qualifikationsangebot besser auf die Qualifikationsnachfrage abgestimmt und andererseits Arbeitsmarktengpässe beseitigt werden. Mit der bis Ende 2018 befristeten Maßnahme werden Höherqualifizierungen, Ausbildungen in Mangelberufen und das Nachholen von Ausbildungsabschlüssen gefördert. Insgesamt sollen davon 6.500 Personen profitieren. Eine ähnliche Zielsetzung verfolgt auch das Projekt *AQUA, Arbeitsplatznahe Ausbildung*. Auch hier liegt der Fokus auf Qualifikationsangebot/Qualifikationsnachfrage. Das heißt, Unternehmen, die mangels qualifizierter BewerberInnen ihren Fachkräftebedarf nicht abdecken können, erhalten die Möglichkeit gesuchte Fachkräfte gezielt ausbilden lassen zu können. Arbeitsuchende Personen, die über keine bzw. auch über keine verwertbare Ausbildung verfügen, erhalten im Rahmen dieses Programms die Möglichkeit einer Qualifizierung mit gesichertem Einstieg in ein Arbeitsverhältnis nach Abschluss der Ausbildung. Insgesamt werden 2017 und 2018 rund 6.500 Personen die Möglichkeit einer Höherqualifizierung erhalten.

Um das Arbeitsmarktpotenzial von Personen mit Migrationshintergrund besser zu nutzen und Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte rascher in den Arbeitsmarkt zu integrieren, wurde im Sommer 2016 das Anerkennungs- und Bewertungsgesetz vom österreichischen Parlament verabschiedet⁴⁰. Ziel dieses Gesetzes ist, die im Ausland erworbenen Qualifikationen und Bildungsabschlüsse mit dem österreichischen Referenzsystemen vergleichbar zu machen, sodass eine qualifikationsadäquate Integration in den Arbeitsmarkt erfolgen kann. Damit auch Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte, die oftmals über keine entsprechenden Qualifikationsnachweise mehr verfügen, von den vereinfachten Anerkennungsverfahren profitieren können, wurden besondere

³⁷ cf. Für Österreich. Arbeitsprogramm der Bundesregierung 2017/2018, Wien, Jänner 2017 (<http://archiv.bundeskanzleramt.at/DocView.axd?CobId=65201>)

³⁸ cf. Beschluss im NR im März 2017, Änderung des Arbeitsverfassungsgesetzes §115, Abs 3b

³⁹ cf. Arbeitsprogramm der österreichischen Bundesregierung 2013-2018, Wien Dezember 2013, pp. 63

⁴⁰ cf. Anerkennungs- und Bewertungsgesetz (AuBG), BGBl I No. 55/2016

Verfahrensbestimmungen zur Feststellung der Berufsqualifikation vorgesehen. Zur detaillierteren Erfassung der Qualifikationen von Asylberechtigten hat das AMS im Herbst 2015 in Wien ein Pilotprojekt *Kompetenzcheck* gestartet. Seit Anfang 2016 werden mittels Kompetenzchecks die Qualifikationen von Asylberechtigten in allen Bundesländern erhoben. Österreichweit haben im Vorjahr knapp 6.000 Asylberechtigte einen Kompetenzcheck abgeschlossen. Die Auswertung zeigt, dass die teilnehmenden Personen aus Syrien, dem Iran und Irak mehrheitlich über eine die Pflichtschule hinausgehende Ausbildung verfügen, und entweder die Matura haben oder sogar über ein abgeschlossenes Studium verfügen⁴¹. Österreichweit hat das AMS 2016 rund 98 Mio. Euro für Maßnahmen zur Integration Asylberechtigter in den Arbeitsmarkt ausgegeben. Neben den Kompetenzchecks wurden Deutschkurse für Asylberechtigte auf Jobsuche zur Verfügung gestellt, Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen finanziert. Für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen oder Beihilfen des AMS stehen für 2017 zusätzliche 80 Mio. Euro zur Verfügung⁴². Ein weiterer zentraler Punkt für die erfolgreiche Integration von Asylberechtigten und subsidiär Schutzberechtigten sowie von AsylwerberInnen mit hoher Anerkennungswahrscheinlichkeit ist das verpflichtende Integrationsjahr, welches mit dem Arbeitsmarktintegrationsgesetz umgesetzt werden soll. Ziel dieser Maßnahme, die vom Integrationsgesetz flankiert wird, ist die möglichst frühe Integration von Asylberechtigten in den Arbeitsmarkt. Kernpunkte des Integrationsjahres sind Erwerb von Deutschkenntnissen, Unterstützung bei der Berufsorientierung, Erwerb von Kenntnissen und Fertigkeiten im Rahmen von Arbeitstrainings im gemeinnützigen Bereich.

Weitere, wichtige Projekte die von der Bundesregierung zur Belebung des österreichischen Arbeitsmarktes vereinbart wurden und in den kommenden 12 bis 18 Monaten umgesetzt werden haben die Flexibilisierung der Arbeitszeit, unter Berücksichtigung der Interessen der ArbeitnehmerInnen sowie der ArbeitgeberInnen, zum Ziel. Weiters werden Anreize geschaffen, um die Mobilität am Arbeitsmarkt zu erhöhen. Durch Anpassungen beim *Kombilohn* und der *Entfernungsbeihilfe* erhalten Personen finanzielle Unterstützung, die bereit sind, eine entfernte Arbeitsstelle (bei Vollzeit > 1 Std. in eine Richtung) anzunehmen. Für schwer bzw. kaum vermittelbare Personen soll beginnend mit Jänner 2018 ein eigenes Case-Management eingerichtet werden, um individuelle Problemlagen lösen zu können. Mit Beschluss des Ministerrates vom 21. Februar 2017⁴³ wurde als weiteres Instrument der aktiven Arbeitsmarktpolitik die Einführung eines Beschäftigungsbonus beschlossen. Ziel dieser Maßnahme ist, durch die Senkung der Lohnnebenkosten weitere Impulse für Beschäftigung zu schaffen und die Standortqualität zu verbessern. Beginnend mit Juli 2017 soll Unternehmen für einen zusätzlich geschaffenen vollversicherungspflichtigen Arbeitsplatz in den nächsten drei Jahren 50% der Lohnnebenkosten erstattet werden.

4.2. *Forschung und Entwicklung*

In Österreich wurden laut Globalschätzung von Statistik Austria im Jahr 2016 insgesamt 10,7 Mrd. Euro für Forschung und experimentelle Entwicklung (F&E) prognostiziert.

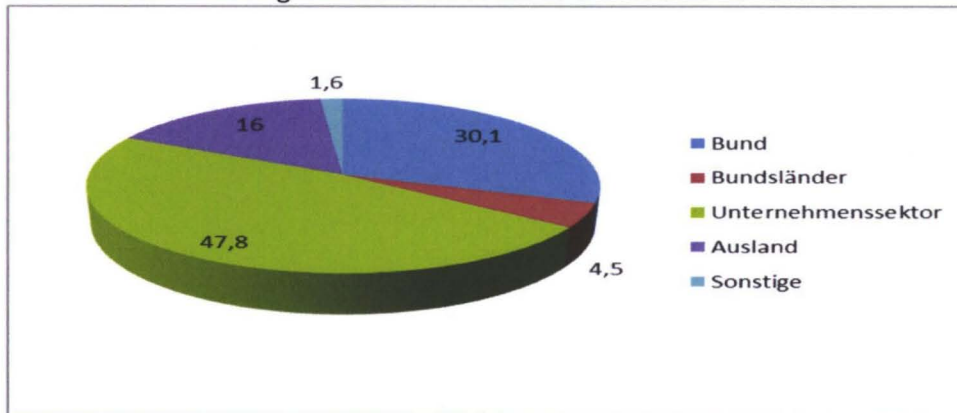
⁴¹ cf. AMS Arbeitsmarktintegration geflüchteter Menschen: Bilanz und Ausblick, (<http://www.ams.at/ueber-ams/medien/ams-oesterreich-news/arbeitsmarktintegration-gefluechteter-menschen-bilanz-ausblick>)

⁴² cf. Budgetbegleitgesetz 2016, BGBl I No. 144/2015

⁴³ cf. Vortrag an den Ministerrat betreffend Umsetzung „Beschäftigungsbonus“, vom 21. Februar 2017 (<http://archiv.bundeskanzleramt.at/DocView.axd?CobId=65407>)

Gegenüber 2015 stieg damit die prognostizierte Gesamtsumme der österreichischen F&E-Ausgaben um 2,9% und erreichte 3,07% des BIP⁴⁴.

Grafik 4: Finanzierungssektoren von F&E in Österreich 2016 in %



Quelle: Statistik Austria

Der Unternehmenssektor ist mit 47,8% (rund 5,1 Mrd. Euro) der quantitativ wichtigste Sektor für Forschung und Entwicklung. Berücksichtigt man auch die Finanzierung durch ausländische Unternehmen (hauptsächlich multinationale Konzerne, deren Tochterunternehmen in Österreich Forschung betreiben), erreicht der Anteil des Privatsektors rund 63,9%⁴⁵. Damit nähert sich Österreich kontinuierlich dem in der österreichischen FTI-Strategie verankerten Ziel der Verteilung der Forschungsfinanzierung auf zwei Drittel privat und ein Drittel öffentlich an. Insgesamt betrachtet ist bei allen Finanzierungssektoren seit 2013 ein deutlicher Zuwachs der F&E-Ausgaben erkennbar. Die F&E-Quote ist zwar ein wichtiger Indikator, sagt aber per se wenig über die Qualität des Outputs und des Strukturwandels aus.

In diesem Kontext ist zu erwähnen, dass die FTI-Strategie der Bundesregierung seit ihrem Bestehen im Jahr 2011 in einigen Bereichen wichtige Impulse zur Veränderung gesetzt hat und auch einige Fortschritte vorweisen kann⁴⁶. Die große Herausforderung mit Bezug auf die Erreichung des Quotenziels liegt in der Steigerung der F&E-Intensität des privaten Sektors. Viele der Maßnahmen der Bundesregierung sind daher als Anreiz und Unterstützung für den privaten Sektor konzipiert. Zur Stärkung der F&E-Investitionstätigkeit wurde bereits im Rahmen der Steuerreform 2015/16 die Forschungsprämie von 10% auf 12% erhöht. Mit Wirksamkeit 2018 ist eine weitere Erhöhung der Forschungsprämie auf 14% vorgesehen. Um die Voraussetzungen für private Investitionen zu verbessern hat der Ministerrat im Juli 2016 ein Maßnahmenpaket zur Stärkung der Start-Ups verabschiedet. Dafür sollen insgesamt 185 Mio. Euro (32,2 Mio. Euro im Jahr 2017) und weitere 100 Mio. Euro an Garantien für die Startphase von innovativen neuen Unternehmen eingesetzt werden. Der größte Teil des Maßnahmenpakets fließt in die *Förderung der Lohnnebenkosten* für

⁴⁴ cf. Statistik Austria, Globalschätzung 2016,

(http://www.statistik.at/web_de/statistiken/energie_umwelt_innovation_mobilitaet/forschung_und_innovation/globalschaetzung_forschungsquote_jaehrlich/index.html), Stand: 10. März 2017

⁴⁵ Im Sektor Auslandsfinanzierung sind auch die Rückflüsse aus EU-Forschungsprogrammen enthalten.

⁴⁶ Siehe auch den Mid-term-Report zur FTI-Strategie, Österreichischer Forschungs- und Technologiebericht 2016. Lagebericht gem. § 8(1) FOG über die aus Bundesmitteln geförderte Forschung, Technologie und Innovation in Österreich

(https://www.bmvit.gv.at/innovation/publikationen/technologieberichte/downloads/ftbericht2016_barrierefrei.pdf)

innovative Start-Ups. Vor dem Hintergrund, dass Start-Ups bereits im ersten Jahr ihrer Gründung mehr als zwei Jobs schaffen und damit deutlich beschäftigungsintensiver als die Masse der Neugründungen sind, werden seit 1. Jänner 2017 die Lohnnebenkosten für drei Mitarbeiter für die Dauer von drei Jahren mit einem Gesamtvolumen von 100 Mio. Euro gefördert. Die Förderung verringert sich dabei jährlich um ein Drittel. Um Gelder für Investoren zu bündeln und innovativen, technologieorientierten Start-Ups den Zugang zu Risikokapital zu erleichtern, wird seit 1. Jänner 2017 ein Zuschuss für Beteiligungen an innovativen Start-Ups gewährt. Mit der *Risikokapitalprämie* werden kumulierte Investitionsbeträge bis maximal 250.000 Euro pro Jahr unterstützt, wobei maximal 20% des Beteiligungsbetrags an Investoren rückerstattet werden. Als Beteiligungen gelten Investitionen in das Eigenkapital. Die Maßnahme gilt befristet für drei Jahre. Ergänzend dazu sind für den Zeitraum 2016 bis 2018 zusätzlich 20 Mio. Euro für die Gründung und den Unternehmensaufbau von wissens- und technologieorientierten Start-Ups (*Seedfinancing*) vorgesehen. Spezielle *Gründungs-Fellowships* (Akademische Spin-Offs) sollen WissenschaftlerInnen aber auch StudentInnen mit innovativen Ideen die Gründung aus Universitäten erleichtern. Mit dem Programm sollen einerseits Gehaltskosten finanziert und andererseits auch der Zugang zu akademischen Infrastrukturen ermöglicht werden. Insgesamt stehen für das Programm 15 Mio. Euro zur Verfügung.

Zur Förderung der Grundlagenforschung sowie für die Förderung der angewandten Forschung und der Technologie- und Innovationsentwicklung werden der Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung einmalig 100 Mio. Euro aus Mitteln der Stabilitätsabgabe für Kreditinstitute zur Verfügung gestellt. Um Innovationsprozesse und die Reichweite der Wissensdiffusion voranzutreiben, wird auch die Verfügbarkeit der technischen Infrastruktur verbessert. Das Breitbandnetz wird derzeit in Österreich ausgebaut, um insbesondere auch Informations- und Kommunikationstechnologien bestmöglich nutzen zu können. Im Rahmen der Breitbandstrategie 2020 ist das Ziel definiert, ultraschnelle Breitbandzugänge mit Datenraten von mindestens 100Mbit/s bis 2020 flächendeckend verfügbar zu machen.

Außerdem wurde im aktualisierten Arbeitsprogramm der Bundesregierung vom Jänner 2017 vereinbart, die Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung in den nächsten drei Jahren mit je 100 Mio. Euro pro Jahr zu dotieren. An der Schaffung einer gesetzlichen Grundlage zur jährlichen Dotierung aus dem Jubiläumsfonds der Nationalbank wird gegenwärtig gearbeitet.

4.3. Klimaschutz und Energie

Die Klima- und Energiepolitik der Europäischen Union verfolgt mehrere Ziele: Sie will klimaschädliche Treibhausgasemissionen reduzieren, eine sichere Energieversorgung zu bezahlbaren Preisen gewährleisten sowie zu Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit beitragen. Langfristig gesehen strebt die EU an, zu einem CO₂-armen Wirtschaftssystem (Dekarbonisierung) überzugehen. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen bis 2020 drei strategische Kernziele verwirklicht werden: Bis zum Jahr 2020 sollen die Treibhausgasemissionen um 20% gegenüber dem Jahr 1990 reduziert werden, der Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch soll auf 20% gesteigert werden und der prognostizierte Energieverbrauch soll durch eine höhere Energieeffizienz um 20% sinken. Die 20% Ziele für die CO₂-Emissionen und die Erneuerbaren Energieträger wurden mit dem Beschluss des Klima- und Energiepakets auch rechtlich verankert. Ein gemeinsamer Rahmen

zur Sicherstellung der Erreichung des Energieeffizienzziels wurde mit der Energieeffizienzrichtlinie geschaffen.

Basierend auf den Rechtsakten der EU wurden für Österreich für das Jahr 2020 folgende Ziele festgelegt:

- » 16% Reduktion (Basis 2005) von Treibhausgasemissionen in Sektoren außerhalb des EU-Emissionshandels („Effort-Sharing“)
- » 34% Anteil erneuerbarer Energieträger am Bruttoendenergieverbrauch
- » 25,1 Mtoe RÖE Endenergieverbrauch Höchstwert im Jahr 2020 (indikativ)

Reduktion der Treibhausgase

Obwohl im Zeitraum 2014 bis 2015 die Treibhausgasemissionen in Österreich um 3,2% gestiegen sind, hatte Österreich im Jahr 2015 die im Klimaschutzgesetz⁴⁷ definierte Obergrenze um 2,2 Mio. Tonnen unterschritten. Der Anstieg von insgesamt 2,5 Mio. Tonnen, ist zum Großteil auf die Stromerzeugung (+1,2 Mio. Tonnen) zurückzuführen, wo es witterungsbedingt zu einer Verschiebung der inländischen Stromproduktion von Wasserkraft zu kalorischen Kraftwerken kam. Der Mehrverbrauch im Gebäudebereich (+0,3 Mio. Tonnen) ist ebenfalls witterungsbedingt auf den höheren Heizbedarf (Erdgas und Heizöl) zurückzuführen. Im Verkehrsbereich stieg der Absatz von fossilen Treibstoffen (+ 0,3 Mio. Tonnen); der Bereich Industrie und Energie (außerhalb des Emissionshandels) legte ebenfalls um 0,5 Mio. Tonnen zu. Auf nationalstaatlicher Ebene legt das Klimaschutzgesetz die quantitativen Ziele für Emissionen fest, die nicht dem Emissionshandel unterliegen. Die entsprechende Obergrenze für das Jahr 2015 beträgt 51,5 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalent, die tatsächlichen Emissionen im Nicht-Emissionshandelsbereich erreichten 49,3 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalent⁴⁸.

Aufbauend auf dem Grünbuch für eine integrierte Energie- und Klimastrategie vom Frühjahr 2016 soll bis zum Sommer 2017 die integrierte Energie- und Klimastrategie fertig gestellt werden. Ziel ist eine Strategie, die aus volkswirtschaftlicher Sicht das Optimum für Österreich bringt, indem sie Rahmenbedingungen für Wachstum und Arbeitsplätze schafft. Die Schwerpunkte sind neben Erneuerbarer Energie, Energieeffizienz und Infrastruktur deshalb auch Innovation und Forschung, sowie die Forcierung von Umwelt- und Energietechnologien. Im Finanzausgleichsgesetz 2017⁴⁹ ist eine neue Regelung zur Koordinierung von Klimaschutzmaßnahmen und zur Kostentragung bei Ankäufen von Emissionszertifikaten vorgesehen. Vor dem Hintergrund des im November 2016 in Kraft getretenen Klimaabkommens von Paris verpflichten sich Bund und Länder zur regelmäßigen Erarbeitung und Umsetzung von wirksamen Klimaschutz-Maßnahmen („Klimaschutz-Koordinationsmechanismus“). Sollte aufgrund einer Überschreitung der unions- oder völkerrechtlich vorgegebenen Höchstmengen von Treibhausgasemissionen ein Ankauf von Emissionszertifikaten notwendig werden, so werden die Kosten auf Bund und Länder im Verhältnis 80:20 aufgeteilt („Klimaschutz-Verantwortlichkeitsmechanismus“).

⁴⁷ cf. Klimaschutzgesetz BGBl I. No. 106/2011 i.d.g.F.

⁴⁸ cf. Umweltbundesamt, 2017, Austria's Annual Greenhouse Gas Inventory 1990-2015, Wien (<http://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/REPO598.pdf>)

⁴⁹ cf. Finanzausgleichsgesetz 2017, BGBl I No. 116/2016

Steigerung des Anteils Erneuerbare Energieträger

Der Anteil der erneuerbaren Energiequellen am Bruttoendenergieverbrauch ist EU-weit auf 20% zu erhöhen. Für Österreich ist in der EU Richtlinie für Erneuerbare Energien⁵⁰ ein Wert von 34% bis zum Jahr 2020 festgelegt. Im Jahr 2015 betrug der Anteil erneuerbarer Energiequellen laut Angaben der EK im Länderbericht zu Österreich⁵¹ bereits 32,8%. Damit zählt Österreich zu den Vorreitern innerhalb der EU-28. Die Bundesregierung beabsichtigt, den Ausbau von Erneuerbaren Energien weiter voranzutreiben. Das aktualisierte Arbeitsprogramm der Bundesregierung vom Jänner sieht für das laufende Jahr eine kleine und eine große Ökostromnovelle vor⁵². Sie sollen zusätzliche Investitionen in den Ausbau der erneuerbaren Stromerzeugung auslösen und damit auch einen wesentlichen Beitrag zur Senkung der CO₂-Emissionen leisten. Die kleine Ökostromnovelle soll unter anderem die Einrichtung von Photovoltaikanlagen auf Mehrfamilienhäusern ermöglichen und mehr Geldmittel für den Ausbau von Kleinwasserkraftwerken bereitstellen. Zudem soll bis zum Jahresende eine große Ökostromnovelle vorgelegt werden, mit der die Neugestaltung der gesamten Ökostromförderung erfolgen soll.

Steigerung der Energieeffizienz

Österreich hat sich ein ehrgeiziges Ziel im Bereich der Energieeffizienz gesetzt, das eine Verringerung des Energieverbrauchs um 20% vorsieht.

Im Energieeffizienzgesetz (EEff-G)⁵³ ist festgelegt, dass beginnend mit dem Jahr 2014 bis 2020 Endenergie in Höhe von 310 PJ kumuliert eingespart werden soll. Dieses Ziel soll durch eine Kombination von strategischen Maßnahmen und eines Verpflichtungssystems für Energielieferanten erreicht werden. Durch das Verpflichtungssystem für Lieferanten sollen kumuliert 159 PJ eingespart werden, auf die strategischen Maßnahmen entfallen kumuliert 151 PJ.

Die individuelle Verpflichtung der Energielieferanten richtet sich nach der jeweiligen Höhe des Energieabsatzes an Endverbraucher in Österreich: Jeder Lieferant, der im Vorjahr mindestens 25 GWh an Endenergieverbraucher abgesetzt hat, muss im darauf folgenden Jahr Energieeffizienzmaßnahmen im Ausmaß von 0,6% des letztjährigen Energieabsatzes nachweisen. Als strategische Maßnahmen definiert das EEff-G Maßnahmen der öffentlichen Hand (Bund, Länder, Gemeinden) zur Schaffung eines unterstützenden Rahmens sowie von Anreizen, die zu einer Verbesserung der Energieeffizienz beitragen. Solche Maßnahmen umfassen beispielsweise Steuern (z.B. MöSt, Elektrizitätsabgabe) und staatliche Förderprogramme (z.B. Umweltförderung im Inland, Wohnbauförderung, Programm für die thermische Sanierung). Laut Bericht der Monitoringstelle Energieeffizienz⁵⁴ wurden in der ersten Berichtsperiode 2014/2015 156,9 PJ an Energieeinsparungen erreicht, welche mit 51% zum österreichischen Gesamtziel von 310 PJ beitragen. Dabei entfallen auf die

⁵⁰ cf. RL 2009/28/EG vom 23. April 2009, (<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32009L0028&from=DE>)

⁵¹ cf. Europäische Kommission, 2017, Länderbericht Österreich. Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen, Brüssel, SWD(2017)85 final (https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/2017-european-semester-country-report-austria-de_0.pdf)

⁵² cf. Für Österreich. Arbeitsprogramm der Bundesregierung 2017/2018, Wien, Jänner 2017, pp. 20 (<http://archiv.bundeskanzleramt.at/DocView.axd?CobId=65201>)

⁵³ cf. Energieeffizienzgesetz (EEff-G), BGBl I No. 72/2014

⁵⁴ cf. Monitoringstelle Energieeffizienz, 2016, Stand der Umsetzung des Energieeffizienzgesetzes (EEffG) in Österreich – Bericht gemäß § 30 Abs.3 EEffG, Wien (https://www.monitoringstelle.at/fileadmin/i_m_at/pdf/Herbstbericht_NEEM_30_final_2016-11-21.pdf)

strategischen Maßnahmen 70,2 PJ und auf die Energieeffizienzmaßnahmen der Energielieferanten 86,7 PJ.

4.4. Bildung

Anteil der frühen SchulabgängerInnen senken

Österreich steht im Vergleich zur EU-28 aber auch in Bezug auf das national definierte Europa 2020-Ziel sehr gut da: Gemäß den vorläufigen Zahlen für 2016⁵⁵ erreicht die Quote der frühen SchulabgängerInnen in Österreich 7,0%. Die nationale Strategie zur Verhinderung von frühzeitigem (Aus-)Bildungsabbruch wurde 2016 aktualisiert. Das relativ gute Ergebnis für Österreich ist u.a. darauf zurückzuführen, dass in den letzten Jahren der Prävention mit Maßnahmen wie z.B. Ausbau der Ganztagsbetreuung, intensivere Berufsorientierung, Kompetenzorientierung, Einführung der Neuen Oberstufe, der Reform der BMS und dem Einsatz von Diagnoseinstrumenten verstärkt Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Auch Maßnahmen im Bereich Intervention wie Jugendcoaching und die verbesserte Koordination der psychosozialen Beratungssysteme zeigen positive Auswirkungen auf die Behalte- und Abschlussquoten⁵⁶. Als kompensatorische Maßnahmen stehen Produktionsschulen und andere niederschwellige Angebote zum Nachholen von Abschlüssen zur Verfügung.

Das Risiko, zur Gruppe der frühen SchulabgängerInnen (ESL – Early School Leavers) zu zählen, ist für Jugendliche mit Migrationshintergrund sowie für Jugendliche, deren Eltern über ein niedriges Bildungsniveau (maximal Pflichtschulabschluss) verfügen, besonders hoch.

Tabelle 3: Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgänger (ESL)

	Jahr in %							
	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Gesamt	10,2	8,8	8,3	8,5	7,8	7,5	7,0	7,3
Ohne Migrationshintergrund	6,4	5,5	5,3	5,9	5,2	4,7	4,6	4,3
Erste Generation	25,7	22,9	21,4	20,7	18,5	19,6	16,0	19,6
Zweite Generation	25,0	20,4	16,3	14,9	18,5	17,1	14,7	16,0

Quelle: BMB⁵⁷

Es zeigt sich, dass zwischen 2008 und 2014 kontinuierlich Verbesserungen bei den ESL mit Migrationshintergrund erzielt werden konnten, zuletzt ist aber sowohl bei Migranten der ersten als auch bei Migranten der zweiten Generation wieder ein geringer Anstieg zu verzeichnen. Als wichtige Maßnahme im Präventionsbereich wird auf die Förderung sowohl der Erst- als auch der Zweitsprache gesetzt. Der Beherrschung der Unterrichtssprache sowie der Förderung der Lesekompetenzen kommt daher ein besonderes Augenmerk zu. Das

⁵⁵ cf. Eurostat Europa 2020 (<http://ec.europa.eu/eurostat/de/web/europe-2020-indicators/europe-2020-strategy/main-tables>)

⁵⁶ siehe auch Nationales Reformprogramm Österreich 2016, Wien

⁵⁷ Gemessen wird die Anzahl der 18- bis 24-Jährigen, die keinen Schulabschluss der Sekundarstufe II erreicht haben und sich aktuell nicht im Ausland befinden. Von Personen mit Migrationshintergrund wurden beide Elternteile im Ausland geboren, wobei Angehörige der ersten Generation selbst im Ausland geboren wurden und Personen der zweiten Generation in Österreich zur Welt gekommen sind, cf. BMB, 2016, Nationale Strategie zur Verhinderung frühzeitigen (Aus-) Bildungsabbruchs, p. 19

(https://www.bmb.gv.at/schulen/unterricht/ba/NationaleStrategieSchulabbruch2016_final_Webversion.pdf?5te7cs)

Schulrechtsänderungsgesetz 2016⁵⁸ sieht deshalb u.a. auch eine Ausweitung der Sprachstartgruppen bzw. Sprachförderkurse für außerordentliche SchülerInnen auf alle Schultypen vor.

Österreich setzt auch mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) zahlreiche erfolgreiche Projekte zur Verhinderung von Schulabbruch um. Beispielsweise laufen im Bereich der kaufmännischen Schulen Projekte, die ganz gezielt bei der sogenannten Nahtstellenproblematik (= Dropout Rate in der 9. Schulstufe) ansetzen und eine Höherqualifizierung der Jugendlichen und eine Verbesserung der Arbeitsmarktchancen anstreben. Aber auch die in der Programmperiode des ESF 2014-2020 gestarteten Projekte zur Schulsozialarbeit (verfolgen das Ziel, durch niederschweligen Zugang zu Beratung und Betreuung Dropout zu verringern).

Im Rahmen der Umsetzung der Strategie für Lebensbegleitendes Lernen wird die zwischen Bund und Ländern bereits im Jahr 2012 gestartete „Initiative Erwachsenenbildung“ fortgesetzt. Derzeit wird über eine dritte Programmperiode 2018-2021 verhandelt. Gegenstand einer solchen Art. 15a B-VG Vereinbarung ist die Förderung von Bildungsmaßnahmen im Bereich der Basisbildung sowie von Bildungsmaßnahmen zum Nachholen des Pflichtschulabschlusses. Damit sollen Jugendlichen und Erwachsenen ohne ausreichende Mindestqualifikationen bessere Zugangschancen zum Arbeitsmarkt und zu weiterführenden Bildungswegen eröffnet werden.

Im Länderbericht zu Österreich hebt die Europäische Kommission hervor, dass österreichische Lehrkräfte in ihrem Unterricht noch nicht hinreichend digitale Lehrmethoden verwenden, obwohl sie nahezu alle digitale Medien und das Internet für die Vorbereitung der Unterrichtsstunden nützen. Im aktualisierten Arbeitsprogramm der Bundesregierung⁵⁹ werden die nächsten Schritte in Richtung *Schule 4.0* konkretisiert. Dabei steht im pädagogischen Bereich die Verankerung von digitaler Grundbildung und inklusiver Medienbildung in den Lehrplänen der Volksschule und der Sekundarstufe I im Vordergrund. Der Notwendigkeit von in digitalen Kompetenzen gut qualifizierten PädagogInnen wird durch eine besondere Initiative im Rahmen der LehrerInnenaus-, fort- und –weiterbildung Rechnung getragen. Darüber hinaus werden digitale Lehr-/Lernmaterialien über ein zentrales Portal gebündelt zur Verfügung gestellt. Bei der IT-Infrastruktur der Schulen ist unter anderem vorgesehen, dass bis zum Schuljahr 2020/21 alle Schulen mit Breitband und einem leistungsstarken WLAN ausgestattet werden. Die stufenweise Umsetzung startet im Schuljahr 2017/18 mit einem Pilotprojekt an innovativen Schulen des eEducation-Netzwerks. Zusätzlich wurde zur Förderung von Innovation im Bildungsbereich die „Innovationsstiftung für Bildung“ mit einem Vermögen von 50 Millionen Euro errichtet. Die Stiftung ist gemeinnützig. Ziel ist es neue Ideen und Projekte im Bildungsbereich zu befördern, wodurch innovative Neuerungen direkt im Klassenzimmer, im Kindergarten, an der Hochschule oder im Bereich der Erwachsenenbildung erprobt und zum Einsatz kommen sollen. Dadurch soll auch ein Beitrag zur Anhebung des Bildungsniveaus und der Innovationskompetenz aller geleistet werden. (Start der ersten Ausschreibungen im Herbst 2017). Zur Erreichung des Stiftungszweckes hat die Stiftung insbesondere Förderungen zu vergeben, jährlich eine Landkarte der Bildungsinnovationen zu erstellen, Gütesiegel für Bildungsinnovationen zu vergeben sowie strategische Studien zur Verbesserung der Effektivität, Effizienz und Wirkungsorientierung durchzuführen. Weitere Zielsetzung ist es,

⁵⁸ cf. BGBl I No. 56/2016

⁵⁹ cf. Für Österreich. Arbeitsprogramm der Bundesregierung 2017/2018, Wien, Jänner 2017, pp. 16f (<http://archiv.bundeskanzleramt.at/DocView.axd?CobId=65201>)

private Mittel einzuwerben. Daher kann die Stiftung zur Erreichung des Stiftungszweckes gemeinsam mit Dritten Substiftungen nach den Bestimmungen des Bundes-Stiftungs- und Fondsgesetzes 2015 gründen. Zuwendungen Privater an die Innovationsstiftung sowie an die Substiftungen sind steuerbegünstigt.

Anteil der tertiären Bildungsabschlüsse steigern

Laut vorläufigen Daten von Eurostat für das Jahr 2016 verfügen 39,7%⁶⁰ der 30- bis 34-Jährigen über einen Bildungsabschluss im Tertiärbereich⁶¹. Damit hat Österreich sein nationales Europa 2020-Ziel im Bereich der tertiären Bildung bereits erreicht. In Österreich liegt der Anteil der HochschulabsolventInnen lt. Eurostat in den MINT-Fächern bei 21,8%, was aus Sicht der Europäischen Kommission die österreichischen Bemühungen zum Innovation Leader aufzusteigen, gefährden könnte. Österreich setzt daher seit einiger Zeit entsprechende Maßnahmen, um Abschlussquoten und AbsolventInnen- und Absolventenzahlen zu erhöhen (z.B. Qualitätspaket für die hochschulische Lehre, Ausbau der Studienplätze an Fachhochschulen). Weitere Maßnahmen im Hochschulbereich sind entlang einer beauftragten Studie zu den Entwicklungen von Studierenden und AbsolventInnen im MINT-Bereich an Universitäten, Fachhochschulen und am Arbeitsmarkt sowie als Ergebnis eines derzeit laufenden Strategieprojekts (Zukunft Hochschule-Aktionsfeld Informatik) zu erwarten. Kritisch sieht die Europäische Kommission die Finanzierung des Hochschulsektors, da Österreich seinem Exzellenzanspruch nur dann entsprechen kann, wenn neben einer angemessenen Finanzierung auch das Verhältnis zwischen Studierenden und Lehrpersonal ausgewogen ist. Die Bundesregierung wird daher bis zum Sommer ein konkretes Konzept ausarbeiten, mit welchem ein Studienplatzfinanzierungsmodell umgesetzt werden soll⁶². Der Beginn der Umsetzung ist mit 1. Jänner 2019 vorgesehen.

Für die aktuelle Leistungsvereinbarungsperiode 2016-2018 wurden die Globalbudgets der Universitäten im Vergleich zur Vorperiode um 615 Mio. Euro erhöht. Davon fließen 300 Mio. Euro in die Hochschulraum-Strukturmittel, sodass hierfür in den Jahren 2016-2018 im Rahmen der Universitätsfinanzierung in Summe 750 Mio. Euro für Hochschulraum-Strukturmittel zur Verfügung stehen⁶³. Die Vergabe der unter diesem Titel gewidmeten Budgetmittel orientiert sich bereits jetzt an den Grundsätzen der Studienplatzfinanzierung, dh die Mittel werden leistungsorientiert und indikatorbezogen vergeben, wobei ein besonders starkes Gewicht auf den Indikator „Anzahl der prüfungsaktiven Studien“ gelegt wird. Ein weiterer Schwerpunkt im tertiären Sektor liegt auf dem Ausbau von geförderten Studienplätzen an den Fachhochschulen. Entsprechend der Zielvorgabe des Fachhochschulentwicklungs- und Finanzierungsplans 2017/2018⁶⁴ sollen mit Bundesmitteln zwischen 2013/14 und 2018/19 rund 5.300 neue Studienplätze geschaffen werden, wodurch sich die Gesamtzahl an FH-Studienplätzen auf 50.000 erhöhen soll. Darüber hinaus erfolgt 2016 auch eine Erhöhung der Fördersätze des Bundes je nach Studienzweig zwischen 7% und

⁶⁰ Lt. Statistik Austria ist der endgültige Mikrozensus-Wert 40,1% für die Tertiärquote 2016

⁶¹ cf. Eurostat, Europa 2020

(http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=de&pcode=t2020_41&plugin=1)

⁶² cf. Für Österreich. Arbeitsprogramm der Bundesregierung 2017/2018, Wien, Jänner 2017, pp. 20

(<http://archiv.bundeskanzleramt.at/DocView.axd?CobId=65201>), p. 15f.

⁶³ cf. BMF, 2016, Bericht der Bundesregierung. Budgetbericht 2017 (https://www.bmf.gv.at/budget/das-budget/Budgetbericht_2017.pdf)

⁶⁴ cf. BMWFW, 2015, Fachhochschulentwicklungs- und Finanzierungsplan 2017/2018 (https://wissenschaft.bmwfw.gv.at/uploads/tx_contentbox/FH-EFPI_bis_17-18.pdf)

11,5%. Durch die genannten Maßnahmen erhöht sich das Bundesbudget für die Fachhochschulen von 281,8 Mio. Euro im Jahr 2016 auf 310,1 Mio. Euro im Jahr 2017. Damit die soziale Durchmischung an den Universitäten auch für die Zukunft sichergestellt werden kann, wurde im aktualisierten Arbeitsprogramm der Bundesregierung auch eine Reform des Studienbeihilfensystems⁶⁵ vereinbart. Damit wird u.a. auch auf die Ergebnisse der Studierenden-Sozialerhebung 2015 und der Arbeitsgruppe „Soziale Absicherung Studierender“⁶⁶ reagiert. Das Wissenschaftsministerium hat hierzu im Februar 2017 eine unter Einbeziehung aller Hochschulen erarbeitete „Nationale Strategie zur sozialen Dimension in der Hochschulbildung präsentiert. Für einen integrativeren Zugang und eine breitere Teilhabe“ veröffentlicht⁶⁷.

4.5. *Armut und soziale Ausgrenzung*

Im Jahr 2015 waren in Österreich nach Definition der Europa 2020-Strategie 1,551.000 Menschen armuts- oder ausgrenzungsgefährdet⁶⁸. Der Trend der vergangenen Jahre zeigt, dass die Armutsgefährdungsquote in Österreich kontinuierlich sinkt, von 20,6% im Jahr 2008 auf 18,3 im Jahr 2015. Die Personengruppe kann drei Merkmalen zugeordnet werden: 13,9% oder insgesamt 1,178.000 Personen sind armutsgefährdet, d.h. das verfügbare monatliche Haushaltseinkommen für einen Einpersonenhaushalt beträgt 1.163 Euro (12-mal im Jahr). 3,6% oder 302.000 Personen sind von erheblicher materieller Deprivation⁶⁹ betroffen und 8,2% oder 526.000 Personen lebten in Haushalten mit keiner oder sehr geringer Erwerbsintensität⁷⁰. Während für drei Viertel (1,167.000 Personen) aller von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen nur eines der drei Kriterien zutrifft, sind insgesamt 385.000 Personen mehrfach ausgrenzungsgefährdet. Laut EU-SILC 2015 Daten leben 239.000 Personen in dauerhaft manifester Armut, d.h. sie waren über mindestens zwei Jahre mehrfach ausgrenzungsgefährdet⁷¹.

⁶⁵ cf. Für Österreich. Arbeitsprogramm der Bundesregierung 2017/2018, Wien, Jänner 2017, pp. 20 (<http://archiv.bundeskanzleramt.at/DocView.axd?CobId=65201>), p. 16

⁶⁶ cf. Studierendensozialerhebung 2015 (<http://www.sozialerhebung.at/index.php/de/zentrale-ergebnisse-2015>)

⁶⁷ cf.

https://www.bmwf.gv.at/Presse/AktuellePresseMeldungen/Documents/2017_Strategien_Book_WEB%20nic ht%20barrierefrei.pdf

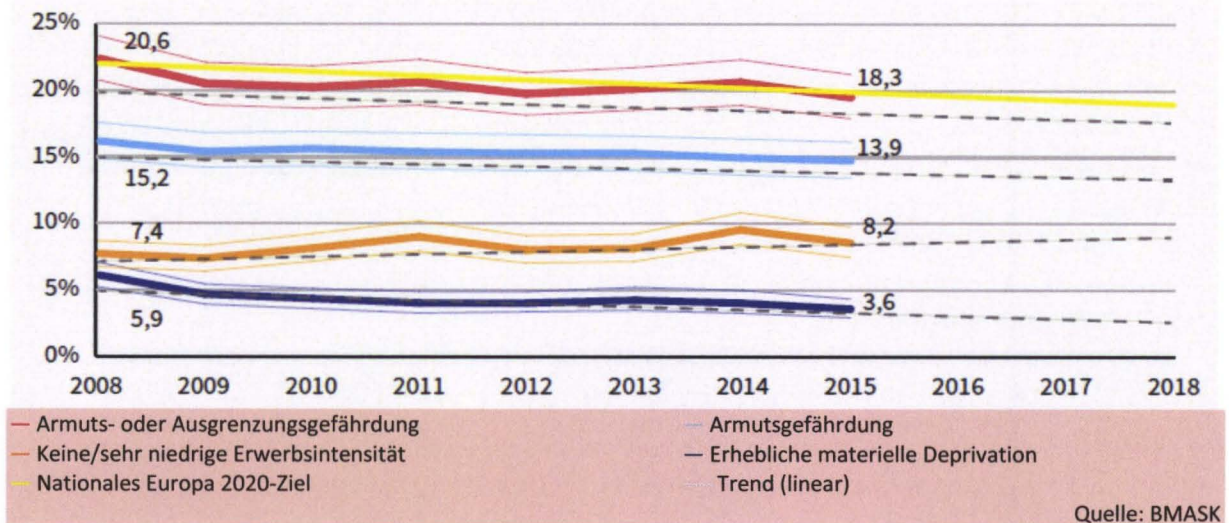
⁶⁸ Gemäß EU-Definition gelten Personen als armuts- oder ausgrenzungsgefährdet, wenn mindestens eines der drei Kriterien zutrifft: (1) das Haushaltseinkommen liegt unter einer Armutsgefährdungsschwelle von 60% des nationalen äquivalisierten Medianeinkommens; (2) erhebliche materielle Deprivation; (3) Leben in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbstätigkeit.

⁶⁹ Erhebliche materielle Deprivation liegt dann vor, wenn mindestens 4 von 9 – auf EU-Ebene festgelegte – Kriterien zutreffen: Im Haushalt bestehen (1) Zahlungsrückstände bei Miete, Betriebskosten oder Krediten; für den Haushalt ist es finanziell nicht möglich (2) unerwartete Ausgaben zu tätigen; (3) einmal im Jahr auf Urlaub zu fahren; (4) die Wohnung angemessen warm zu halten; (5) jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder eine vergleichbare vegetarische Speise zu essen; für den Haushalt ist es nicht leistbar: (6) ein PKW, (7) eine Waschmaschine, (8) ein Farbfernsehgerät, (9) weder Telefon noch Handy.

⁷⁰ Als Haushalte mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität werden jene bezeichnet, in denen die Erwerbsintensität der Haushaltsmitglieder im Erwerbsalter (18-59 Jahre; ausgenommen Studierende) weniger als 20% des gesamten Erwerbspotenzials beträgt. Dieser Indikator wird nur für Personen unter 60 Jahren ausgewiesen.

⁷¹ cf. Sozialministerium 2017, Sozialbericht. Sozialpolitische Entwicklungen und Maßnahmen 2015-2016. Sozialpolitische Analysen, Wien, pp. 186ff. (<https://broschuerenservice.sozialministerium.at/Home/Download?publicationId=372>)

Grafik 5: Europa 2020-Indikatoren in Österreich 2008 bis 2015



Betrachtet man die drei Indikatoren über den Zeitverlauf, ist festzustellen, dass sowohl die Armutsgefährdung als auch die erhebliche materielle Deprivation stetig sinken. Diesem Trend steht die Entwicklung beim Indikator „Haushalte mit keiner/sehr niedriger Erwerbsintensität“ gegenüber. Dieser Indikator spiegelt mit zeitlicher Verzögerung die Arbeitsmarkteffekte der Wirtschafts- und Finanzkrise wider. Vor diesem Hintergrund kommt arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, die darauf abzielen neue bzw. zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen und erwerbslose Personen wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren, eine strategische Bedeutung zu (z.B. die im aktualisierten Regierungsprogramm vereinbarte *Beschäftigungsaktion 20.000*, siehe Kapitel 4.1.).

Armutsbekämpfung in Österreich setzt aufgrund der zahlreichen Wechselwirkungen bei mehreren Risikofaktoren an. Da Frauen in besonderem Maße von Armutsgefährdung betroffen sind, gilt es für diese Risikogruppe gezielte Maßnahmen zu setzen. Gemäß dem EU-Indikator Gender Pay Gap, der die Bruttoverdienststunde der unselbständig Beschäftigten in der Privatwirtschaft misst, hat sich der geschlechtsspezifische Lohnunterschied von 25,5% (2006) auf 21,7% (2015) verringert, liegt aber immer noch markant über dem EU-Durchschnitt von 16,3%. Niedrigere Erwerbseinkommen und Versicherungsverläufe, die vor allem durch Kindererziehung und/oder Pflege von Angehörigen Lücken aufweisen, schlagen sich auch in niedrigeren Pensionen und einem höheren Altersarmutsrisiko nieder. Für pflegende Angehörige, die einen nahen Familienangehörigen unter gänzlicher bzw. erheblicher Beanspruchung ihrer Arbeitskraft pflegen, besteht die Möglichkeit der Selbstversicherung bzw. der Weiterversicherung in der Pensionsversicherung um beitragsfrei Pensionsversicherungszeiten zu erwerben. Die Beiträge werden vom Bund übernommen. Die Armutsgefährdung ist bei alleinlebenden Pensionistinnen mit 18% deutlich höher als bei alleinlebenden Pensionisten (14%)⁷². Dies ist auch ein Grund für die Erhöhung der Mindestpension auf 1.000 Euro bei Vorliegen von 30 Beitragsjahren (siehe Kapitel 3.1. p. 8). Davon werden Großteils Frauen mit langen Teilzeitphasen und Kinderbetreuungszeiten profitieren. Zu den besonders armutsgefährdeten Personen zählen Alleinerziehende: Ein-Eltern-Haushalte – dabei handelt

⁷² cf. Statistik Austria, Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung (Stand: 16.3.2017), https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/gender-statistik/armutsgefaehrdung/index.html

es sich in den meisten Fällen um Frauen mit ihren Kindern – weisen mit 31% das höchste Armutsrisiko aller Haushaltstypen auf. Um dem geschlechtsspezifischen Risiko von Armut und Ausgrenzungsgefährdung gegenzusteuern, wird u.a. verstärkt in den Ausbau von hochwertigen und leistbaren Angeboten für die Kinderbetreuung und Pflege investiert. Die Armutsgefährdung wird auch durch kinderzahlabhängige Transferleistungen reduziert. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass im Rahmen der Erhöhung der Familienbeihilfe für die Zeit von Juli 2014 bis Ende 2018 für die Geschwisterstaffelung ein Betrag von etwa 50 Mio. Euro zusätzlich zur allgemeinen Erhöhung der Familienbeihilfe an die Eltern ausgezahlt wird. Im Rahmen einer geplanten Reform des Kindesunterhaltsrechts soll das Unterhaltssystem effizienter ausgestaltet werden, was den betroffenen Kindern und den Alleinerziehenden zu Gute kommt. Der im November abgeschlossene Finanzausgleich 2017 bis 2021⁷³ schafft zusätzliche Anreize, da im Bereich Elementarbildung eine aufgabenorientierte Mittelverteilung an die Länder und Gemeinden ab Jänner 2018 eingeführt werden soll. Dabei wird ein Teil der Ertragsanteile der Gemeinden nach bestimmten quantitativen und qualitativen Parametern, wie z.B. die Zahl der Betreuungsgruppen, Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen oder Betreuung Unter-3-Jähriger verteilt. Ein Jahr später soll auch die aufgabenorientierte Finanzierung im Bereich Pflichtschule nach diesem Prinzip abgewickelt werden. Mit diesen Maßnahmen wird ganz gezielt an der Verbesserung der Erwerbsbeteiligung der Frauen aber auch an der Verbesserung der Startchancen und Entwicklungsmöglichkeiten – und damit der Prävention von Armutsgefährdung in späteren Lebensphasen - für Kinder gearbeitet. Auch die geplante Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns⁷⁴ soll als zentrale Strategie im Kampf gegen die Armut eingesetzt werden, die über die Bekämpfung von Frauenarmut hinausgeht.

5. ESI-Fonds: Kohärenz zwischen den Finanzierungsprioritäten 2014 bis 2020 und den auf nationaler Ebene gesetzten Europa 2020-Zielen sowie den Länderspezifischen Empfehlungen

Die inhaltliche Ausrichtung der österreichischen ESI-Fondsprogramme orientiert sich an den Zielvorstellungen der EU-Kohäsionspolitik (wirtschaftliche, soziale und territoriale Kohäsion), der Gemeinsamen Agrarpolitik und den Zielsetzungen der EU-2020-Strategie im Rahmen des intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums. Die österreichischen Programme für den EFRE (einschließlich der Programme der Förderschiene „Europäische territoriale Zusammenarbeit“), ESF und ELER leisten einen Beitrag zu allen nationalen EU-2020-Zielen. So setzt das österreichweite **EFRE-Regionalprogramm 2014-2020** seine wesentlichsten Prioritäten auf die Stärkung von Forschung, technologischer Entwicklung und Innovation, auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von KMUs sowie auf die Steigerung der Energieeffizienz und Anwendung erneuerbarer Energien in Unternehmen. Hingegen liegen

⁷³ Unter Einbindung der Länder und des Städte- und Gemeindebundes wird das erste Pilotprojekt zum aufgabenorientierten Finanzausgleich im ersten Halbjahr 2017 umgesetzt; cf. Finanzausgleichsgesetz 2017, BGBl I No. 116/2016

⁷⁴ cf. Für Österreich. Arbeitsprogramm der Bundesregierung 2017/2018, Wien, Jänner 2017, pp. 20 (<http://archiv.bundeskanzleramt.at/DocView.axd?CobId=65201>), p. 10

die Schwerpunkte des **ESF-Programms 2014-2020** auf der Förderung nachhaltiger und hochwertiger Beschäftigung, der Investition in Bildung, Kompetenzen und lebenslanges Lernen sowie auf der Förderung sozialer Eingliederung und Armutsbekämpfung. Unter anderem soll durch den Einsatz von ESF-Mittel eine gleichstellungsorientierte Erwerbsbeteiligung und berufliche Weiterentwicklung von Frauen sowie die formale Höherqualifizierung von gering qualifizierten Personen und Bildungsbenachteiligten sowie die Verringerung der Zahl von SchulabbrecherInnen (insbesondere bei benachteiligten Gruppen von Jugendlichen) gefördert werden (siehe auch Länderspezifische Empfehlung No. 2). Im Rahmen des österreichischen **ELER-Programms 2014-2020** sollen auch Beiträge zur Erreichung des Emissionsreduktionsziels, zur Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien und zur Absicherung von Beschäftigung im ländlichen Raum geleistet werden. Erstmals können mit dem Programm auch soziale Dienstleistungseinrichtungen im ländlichen Raum, u.a. zur Kinderbetreuung und zur Pflege, gefördert werden. Weiters fließen ELER-Mittel in den geförderten Breitbandausbau in besonders förderungswürdige Regionen.

6. Institutionelle Aspekte

Das Nationale Reformprogramm 2016 wurde am 26. April 2016 vom Ministerrat beschlossen und dem Österreichischen Parlament am 2. Mai 2016 zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung übermittelt. Der Budgetausschuss hat das Nationale Reformprogramm in öffentlicher Sitzung in Verhandlung genommen und mit Stimmenmehrheit zur Kenntnis genommen. Am 6. Juli 2016 wurde das Nationale Reformprogramm im Plenum des Nationalrates diskutiert.

Die Länder und Gemeinden tragen in ihren Zuständigkeitsbereichen zur Erreichung der nationalen Europa 2020-Ziele sowie zur Umsetzung der Länderspezifischen Empfehlungen bei. Im Rahmen des Finanzausgleichs 2017 bis 2021 wird zudem ein Systemwechsel zu einer stärkeren Aufgabenorientierung angestrebt. Die Pilotprojekte im Bereich Elementarbildung und Pflichtschulbereich stellen den Einstieg in den Umstieg von einer bisher sehr pauschalen Verteilung der Steueranteile auf die Gemeinden zu einer mehr aufgabenorientierten Verteilung dar. Im Gesundheitsbereich wird die Zusammenarbeit der Gebietskörperschaften im Wege von zwei, sogenannten, Art. 15a B-VG Vereinbarungen neu geregelt, aber auch die Organisations- und Steuerungsmechanismen auf Bundes- und Landesebene werden nach dem Prinzip der Wirkungsorientierung weiterentwickelt (siehe auch Kapitel 3).

Die spezifischen Maßnahmen der Länder zur Umsetzung der Länderspezifischen Empfehlungen sowie zur Erreichung der nationalen Europa 2020-Ziele sind in Annex 2, Tabelle 1 und Annex 2, Tabelle 2 zusammengefasst. Die Dokumentation erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit, aber sie erlaubt einen Einblick in die entsprechenden politischen Strategien und Maßnahmen auf Landesebene, insbesondere in den Bereichen Beschäftigung, Energie und Klima, F&E sowie Armutsbekämpfung.

Die österreichische Bundesregierung ist bemüht, die Europa 2020-Strategie in enger Einbindung der Länder, Regionen und Gemeinde sowie der Sozialpartner und aller relevanten Interessensvertreter umzusetzen. Der gemeinsame Beitrag der Sozialpartner zum Nationalen Reformprogramm findet sich in Annex 2, Tabelle 3.

Die Einbindung der Zivilgesellschaft in den Europa 2020-Prozess findet in Österreich im Verantwortungsbereich der jeweiligen Ressorts statt. Gemäß den österreichischen Standards der Öffentlichkeitsbeteiligung ist man bemüht, Beteiligungsprozesse möglichst frühzeitig anzusetzen, um den bestehenden Gestaltungsspielraum entsprechend zu nutzen.

Hinsichtlich der Maßnahmen im Bereich des Europa 2020-Ziels zur Armutsbekämpfung wird auf die *Österreichische Plattform zur Begleitung der Umsetzung des nationalen Europa 2020-Ziels zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung* verwiesen. In ihr sind alle maßgeblichen Akteurinnen und Akteure eingebunden. Die Plattform trifft sich mindestens zwei Mal pro Jahr und garantiert somit einen dauerhaften Dialog.

Annex 1, Table 1: Reporting table for the assessment of CSRs and key macro-structural reforms

Table 1. Description of the measures taken and information on their qualitative impact											
CSR number (1)	CSR sub-categories (2)	Number and short title of the measure (3)	Information on planned and already enacted measures								Foreseen impacts
			Description of main measures of direct relevance to address the CSRs					Europe 2020 targets	Challenges/ Risks	Budgetary implications	Qualitative elements
			Main policy objectives and relevance for CSR (4)	Description of the measure (5)	Legal/ Administrative instruments (6)	Timetable on progress achieved in the last 12 months (7)	Timetable on upcoming steps (8)	Estimated contribution to Europe 2020 targets (9)	Specific challenges/ risks in implementing the measures (10)	Overall and yearly change in government revenue and expenditure (reported in mln. national currency) Contribution of EU funds (source and amounts) (11)	Qualitative description of foreseen impacts and their timing (12)
www.parlament.gv.at CSR 1 Public finances	a) Ensure that the deviation from the medium-term budgetary objective in 2016 and in 2017 is limited to the allowance linked to the budgetary impact of the exceptional inflow of refugees in 2015, and to that effect achieve an annual fiscal adjustment of 0.3 % of GDP in 2017 unless the medium-	Measure 1 Budget execution reports	Monitoring adherence to budgetary plans	Monthly reports on government revenues and expenditures	Public report: https://service.bmf.gv.at/budget/aktth/2016/	monthly cycle respected	Monthly statement of revenues/expenditure		None	See Stability Programme update	Transparency of fiscal accounts; external budgetary surveillance during the fiscal year - in addition to the annual ex post accounting conducted by the Federal Court of Audit.
		Measure 2 Budget 2017	Maintaining fiscal discipline and ensuring compliance with MTO in the short term	Expenditure ceilings for 2017	Federal Finance Act 2017 Federal Law Gazette I No. 101/2016	Adopted in Parliament on November 24, 2016	Update in autumn 2017		Not significant	See Stability Programme update	
		Measure 3 Budgetary framework 2017-2020	Maintaining fiscal discipline and ensuring compliance with MTO over the medium term	Annual expenditure ceilings for 2017-2020	Fiscal framework Act 2017-2020 Federal Law Gazette I No. 34/2016	Adopted in Parliament on May 20, 2016	[Update probably in autumn 2017]		Not significant	See Stability Programme update	

III-387 der Beilagen XXV. GP - Bericht - 02 Haushaltsdok. Teil I (gesamtes Original)

term budgetary objective is respected with a lower effort.										
	Measure 4 Spending Reviews	Identifying savings potentials, inefficiencies and priorities in public expenditure	The Ministry of Finance is developing a framework for spending reviews and is running two pilot projects, on the Disaster Relief Fund and the Family Burden Equalisation Fund, [to be] completed in February 2017.		working group established pilot projects initiated	Areas identified for additional Spending Reviews: financing of railway infrastructure; primary education		Minor risks	[See Stability Programme update]	
b) Ensure the sustainability of the healthcare system	Measure 1 Provisions in Fiscal Equalisation Act	Stabilizing public health expenditure at around 7 per cent of GDP	Downward adjustment of the cap in annual growth in public expenditure on health care, consistent with projected lower nominal GDP growth.	legally binding agreement	Agreement signed by representatives of the the federal government, the Länder and the municipalities in November 2016.	Reduction of the annual growth rate for public health expenditure stepwise from 3.6% in 2017 to 3.2% in 2021.			See Stability Programme update	
	Measure 2	Continuation of the target-based health governance ("Zielsteuerung- Gesundheit")	The recently implemented target-based health governance approach will be continued and collaboration will be strengthened; According to the legal/ administrative instruments (6) the operationalization of the detailed measures will be defined in the federal target- based governance	Two legal framework agreements (Art. 15a B-VG Vereinbarungen) enacted December 2016; Health Reform Act (including target- based health governance law and numerous amending laws) at federal level, (Federal Legal Gazette [BGBl.] I No. 26/2017, January 2017); Federal Target-	Legal basis on the federal level was enacted before the end of 2016 to ensure timely implementation of the necessary measures.	Finalization of the Federal Target-Based Governance Agreement ("Zielsteuerung svertrag") within the second quarter of 2017; All objectives and measures in the federal target-based governance agreement will include a deadline in the time period from 2017 until			Estimate numbers for 2016 show that the targets not only were reached, but over fulfilled. For the upcoming period it was agreed to revise the expenditure gaps downwards. For the time period until 2021 it was agreed to further decrease the annual growth rate for public health expenditure stepwise from 3.6 to 3.2 %.	

			<p>agreement ("Zielsteuerungsv ertrag") for the period from 2017 until 2020. Based on the agreement on the federal level the implementation of the vast majority of the measures takes place on the regional level jointly by the regional government and the regional sickness funds.</p> <p>Besides strengthening primary health care and preventing avoidable hospitalization to relief pressure from the inpatient sector (measure 2) the main relevant topics were prioritized for the upcoming period. Amongst others these main relevant topics are: Fostering day clinic service provision Increased health promotion and prevention Further strengthening of the public health system (e.g. the principle of benefits in kind)</p>	<p>Based Governance Agreement ("Zielsteuerungsv ertrag") for the years 2017 until 2020 currently in the state of negotiation</p>		<p>the end of 2020.</p> <p>A detailed federal annual work program is set up after the finalization of the agreement and before the beginning of every consecutive year.</p>				
--	--	--	--	--	--	---	--	--	--	--

			Health professionals (skill mix) Joint provision and procurement of pharmaceuticals Measurement of outcome quality e-Health The detailed measures will be defined in the federal target-based governance agreement ("Zielsteuerungsvertrag") and have to include indicators and target values. Timely and transparent presentation of achievements and progress of the agreed measures is ensured through a biannual Monitoring							
	Measure 3	Strengthening primary health care in Austria especially to relief pressure from the inpatient sector	International comparisons show the relatively low primary care orientation and the high hospitalization rates in the Austrian health care system. Considering the growing evidence on the positive impact of a strong primary care system it was agreed to reform	Agreement on the concept for a reformed primary health care in Austria in 2014; Two legal framework agreements (Art. 15a B-VG Vereinbarungen) enacted in December 2016; Federal Target-Based Governance Agreement	Start of pilot projects for primary health care	Primary health care bill in 2017; Implementation of at least 75 primary care institutions until 2021		The main challenges for the implementation of new primary care institutions in Austria are threefold: <ul style="list-style-type: none"> • Funding for primary care needs to be sustainable and it will be crucial that all relevant social health insurance institutions are not hesitating in implementing primary care • New contracting and payment 		

				<p>primary care in Austria and to establish new collaborative and integrated forms for the provision of primary care. Consequently it was agreed to implement at least 75 primary care institutions until 2021 and 200 Mio. Euros were earmarked for this purpose.</p> <p>A strengthened primary care will also play a crucial role in further reducing the high hospitalization rates we are facing in Austria. It is essential to build up capacity in the ambulatory sector to allow for the necessary downsizing of the hospital sector. Other important measures to relief pressure from the inpatient sector are to foster day clinic and ambulatory services within hospitals. To secure positive incentives supporting this measure a new DRG-based payment scheme for the hospital ambulatory area ("LKF-Modell für</p>	<p>("Zielsteuerungsvertrag") for the years 2017 until 2020 currently being negotiated</p>				<p>schemes are urgently needed, especially to improve the working conditions in primary health care. We have to overcome the traditional and largely fee-for-service based payment scheme in favor of a blended payment scheme setting the right incentives and avoiding unwanted disincentives.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Given the fact that approximately 75 per cent of all contracted GPs will be 65 or older by 2030 it will be key to ensure the health professionals that are needed. 	
--	--	--	--	--	---	--	--	--	---	--

			den spitalsambulanten Bereich") was introduced and will be fully implemented latest by 2019.								
d) Simplify, rationalise and streamline fiscal relations and responsibiliti es across the various layers of government	Measure 1 Fiscal Equalisation Act	First steps towards a fundamental reform of intergovernmenta l fiscal relations	Simplification of the allocation of revenue shares between the Federal Government, the Länder and the municipalities as well as within the Länder. Abolishment of a number of federal transfers. Transfer of responsibility with regard to the rate of an existing payroll tax ("contribution to housing subsidies", currently set at 1% of the payroll) to the Länder. Partial allocation of revenue shares to municipalities according to provision of services, e.g. extent and quality of child care (from 2018); primary schooling (from 2019). Additional reform commitments with regard to implementation of spending reviews (starting 2017), benchmarking	Fiscal Equalisation Act 2017 Federal Law Gazette I No. 116/2016	Agreement signed by representatives of the the federal, state and local governments in November 2016. Adopted in Parliament on December 21, 2016					Reduction of complexity; increased transparency; strengthening of the fiscal autonomy of the Länder; fir steps towards a task-oriented allocation of funds; performance incentives through benchmarking	

				(starting 2019) and a reform of the federal system (starting 2018).							
		Measure 2	Increasing result responsibility and efficiency	As part of the educational reform, administration on provincial level will be concentrated in one educational board ("Bildungsdirektionen") and schools will be granted more autonomy.	Agreement by council of ministers, November 17, 2015 Agreement by council of ministers, October 18, 2016	Laws are prepared. Agreement with stakeholders is achieved.	Adoption of the law in the National Council	Enhanced educational outcome in all parts of the Austrian educational System	Not significant		
CSR 2 Labour market; education;	a) Improve the labour market participation of women	Measure 1	Expansion of child day-care	Increase of quantity and quality of child care facilities according to the Family and Job Compatibility Indicator in order to meet the Barcelona targets;	Agreement according to Article 15a of the Federal Constitution concerning the expansion of childcare services;	In 2015 93% children in the age of 3-6 years and 25,5 % of children in the age of 0-2 years were cared for in services. (Data without qualified childminders from childcare home statistics, Statistics Austria 2016)	Focus on improving child day-care for children up to the age of three, promoting qualified childminders offerings, childcare places in companies and on installing a nation-wide quality framework	Increase the participation of women/mothers in education and in (fulltime) employment	Availability of skilled kindergarten teachers	Extra expenditure of the federal government of 305 million € and additional 135 million € of the regional governments between 2014 and 2017	Increasing the quantity and quality of child care facilities according to the Family and Job Compatibility Indicator in order to meet the Barcelona targets; increase the participation of women/mothers education and in (full-time) employment
		Measure 2	The National Action Plan for Gender Equality in the Labour Market (NAP) aims at promoting women's position and gender equality in the labour market. It aims at reducing structural inequalities between women and men and	The NAP contains four strategic targets: 1. Diversify the educational path and the choice of training and career, gender sensitive career guidance. 2. Increase labour force participation and full-time employment of	National Action Plan	38 out of the 55 measures (69 %) have been fully implemented. Further 16 measures (29 %) are partially/currently being implemented. 1 measure (2%) remains to be implemented.	Continuation of the National Action Plan	Increase women's labour market participation.. Reduce poverty and social exclusion among women.			Reduce gender-specific horizontal and vertical segregation on the labour market. Strengthen gender equality on the labour market.

		discrimination against women on the labour market.	women. 3. More women in executive positions. 4. Reduce the gender pay gap. The NAP pools relevant activities to ensure a coordinated approach.							
	Measure 3 “Baby’s Month” (formerly called “Father’s Month”)	Increase father’s participation in child care. Increase (full-time) employment of women/mothers	Male civil servants are entitled to take up to four weeks unpaid leave during the period of mother’s leave (Mutterschutz).	Civil Service Act 1979 and Public Employee Act	From the beginning of 2011 until 31 st December 2016, 1.927 fathers took up this possibility, thereof 487 in 2016.	Permanent measure	Increase women’s labour market participation. Reduce poverty and social exclusion among women.			
	Measure 4 Online-information platform for women	Increase proportion of women in STEM-professions	The online information platform “Meine Technik (My technology) aims at inspiring more women to opt for careers in non-typical professions and to reduce barriers they face in accessing these fields. Existing projects for atypical occupations will simultaneously be continued, and the promotion programmes for apprenticeships for women in atypical professions will be evaluated for their effectiveness	Austrian government programme 2013-2018	The online platform was launched in April 2015 with around 250 projects.	Regular update of the platform with new initiatives and projects. By December 2016 340 projects were available on the website. 67.685 visits had been recorded.	Increase women’s labour market participation.			Reduce vertical gender-segregation on the labour market.

		<p>Measure 5</p> <p>Girls' Day and Girls' Day MINI</p>	<p>Increase proportion of women in STEM-professions</p>	<p>The Girls' Day (since 2006) and Girls' Day MINI (since 2015) in the federal Civil Service were introduced with the objective to encourage girls and young women in choosing STEM-educations and professions.</p>	<p>Council of Minister's resolution for the Girls' Day from 2005</p>	<p>The Girls' Day took place in April 2016 with almost 2.500 participants, Girls' Day MINI with 390 participants.</p>	<p>Preparation of Girls' Day and Girls' Day MINI in April 2017</p>	<p>Increase women's labour market participation.</p>			<p>Reduce vertical gender-segregation on the labour market.</p>
		<p>Measure 6</p> <p>Women's quota in supervisory boards</p>	<p>Raising the share of women on supervisory boards</p>	<p>A quota system in order to raise the percentage of women on the supervisory boards of state-owned companies to 25% by 2013 and to 35 % by 2018.</p>	<p>Council of Minister's resolution 92/23</p>	<p>Annual Progress Report of March 2017: the target of 35% has already been reached, the average quota is 40,3%; in 31 companies out of the relevant 56 companies, women represent 35% of board members or more; in 17 out of them the female share reaches already 25% or more; however, in 8 (companies the representation of women is still below 25%.</p>	<p>The next progress report is due in March 2018.</p>	<p>Increase women's labour market participation.</p>			<p>Reduce horizontal gender-segregation on the labour market</p>
		<p>Measure 7</p> <p>Online household income calculator</p>	<p>As subproject of a joint EU REC-project, the online household income calculator "gleich=berechnet" aims to support a more equal sharing of parental leave, (parental) part-time and paid und unpaid work</p>	<p>The calculator is published at www.gleich-berechnet.gv.at and allows user-friendly intuitive assessments of the joint household income of future and fresh parents depending on their choice of</p>	<p>The calculator was developed as a subproject of the joint EU REC-project to promote father's reconciliation of work and family. The main project includes research and awareness raising among companies,</p>	<p>Gleich=berechnet was developed during the year 2016 and published in November 2016. Within the first two months, more than 190,000 unique users have visited the website.</p>	<p>The calculator will be updated regularly. The main project will run until December 2017; dissemination workshops and events as well as publications and recommendati</p>	<p>By promoting fathers' participation in parental leave, an earlier and better re-entry into the labour market for women is expected. By increasing fathers' participation in (parental) part-time, mothers will be</p>		<p>The total budget for the joint project is about € 466,000; 77% are funded by the European Union and 23% by social and women's ministry. The national funding of the women's ministry is based only on staff costs: Total costs for</p>	

		between parents. Thereby, women's (mothers') earlier re-entry is supported.	childcare allowance and/or working hours. Comparing options is also possible. The online tool also offers additional practical information on parental leave, financial support for families.	workers' councils and parents. It is coordinated by the social ministry and co-funded by the EU, project partners are research institutes and social partner organisations.		ons due in the course of 2017 will further contribute to supporting a more equal share of paid and unpaid work	enabled to increase their working hours and thus, economic independence and labour market participation of women are supported.		government 2015-2017 by National co-financing: 36.150,- EUR (BMGF staff costs) and 69.680,- EUR (BMASK). Total revenue by EU-contribution: app. 360.600,- EUR.	
	Measure 8 Information brochure on pensions	An information brochure on pensions aiming at informing women about the effects of part-time and parental leave on their pension entitlement; and raising women's awareness for this topic.	The brochure provides a comprehensive and understandable overview about the Austrian pension system and consequences of life/career decisions on pension entitlements. The brochure was co-edited by the BMBF and the BMASK in 2015 and distributed Austrian-wide in 2016. Following pension law reforms, the brochure will be updated in 2017.		The brochure was presented in December 2015 and is available online. The updated brochure will be published in the first half of 2017.	The brochure was disseminated to counselling services for women and other multipliers Austrian wide in 2016, and will be updated and distributed in 2017.	Increase women's labour market participation. Reduce poverty and social exclusion among women.		Government expenditure: 240,- EUR in 2017 for editorial update.	The brochure contributes to public awareness and knowledge about pension entitlements among women in working age.
	Measure 9 Income reports	Obligation for companies to draw up income reports creates income transparency, raises awareness of gender pay gaps and is a basic tool to initiate measures to reduce gender	A graduated plan for the implementation of the obligation imposed on companies over a certain size to draw up staff income reports (reports on pay) every two years.	Amendment to the Austrian Equal Treatment Act 2011.	The results of a joint evaluation on the implementation and impact of the legal obligations "income reports" and "job vacancy advertisements" were disseminated.	Permanent measure	Increase women's labour market participation. Reduce poverty and social exclusion among women			Raising awareness for and reducing pay discrimination by enhancing pay transparency. The reduction of the gender pay gap significantly contributes to women's economic independence over the life-cycle and thus helps reducing poverty and risks of poverty among women.

			pay gaps on company level.								
		Measure 10 Minimum wages in job vacancy advertisements	Obligation to indicate the minimum wage in job vacancy advertisements to make pay transparent, improve applicants position in pay negotiations and reduce the gender pay gap.	Legal requirement for employers to state the collective minimum wage in job vacancy advertisements as well as to indicate readiness to overpay.	Amendment to the Austrian Equal Treatment Act 2011.	The results of a joint evaluation on the implementation and impact of the legal obligations "income reports" and "job vacancy advertisements" were disseminated.	Permanent measure	Increase women's labour market participation. Reduce poverty and social exclusion among women		"	Raising awareness for and reduce pay discrimination by enhancing pay transparency. The reduction of the gender pay gap significantly contributes to women's economic independence over the life-cycle and thus helps reducing poverty and risks of poverty among women
	b) Take steps to improve the educational achievements of disadvantaged	Measure 1	Education /Training Till 18 (compulsory education/training)	The Austrian government decided to adopt the Education or Training till 18 programme to improve young peoples' career opportunities in the future. This is to be ensured by better coordination and greater efficiency in using the many existing schemes as well as by closing gaps and between current programmes such as for example: (youth coaching, production schools, training guarantee for young people – supra company training programme (ÜBA) and other relevant programmes for young people in Austria till the age		The compulsory Education or Training Act related to the Education Training till 18 programme was adopted by parliament in July 2016 and entered into force on 1. August 2016 with continuing education or training becoming compulsory as of 1 July 2017.	The implementation is an ongoing process and will be completed (fully fledged) in 2020. Parents or guardians are responsible for compliance with compulsory education/training. As of July 2018, non compliance may result in penalties of between € 100 and € 500 in the first place. (in repeat cases € 200 - € 1.000)	Under the Education Training till 18 programme the federal government intends to provide a wide variety of dovetailing schemes, the necessary assistance and appropriate incentives to make the participation in education training opportunities more binding. Whereas most young people already continue education to take up apprenticeships after completion of compulsory school, a small group of their peers fails to do so (most of them are young people with a migrant background)	There are lot of partners who are working on the implementation of this highly important programme such as the social affairs ministry, the federal ministry of education, the federal ministry of science, research and economy, the federal ministry of families and youth and other relevant stakeholders involved in this process include the public employment service, the social affairs ministry service, the federal states (Bundesländer), social partners, youth representatives at the federal level and the local communities.	From the completion in 2020 on annual funds available for the Education/Training till 18 programme will be € 69.4 Million (Labour Market: € 57.3 Million, Education System: € 12.1 Million).	Education /Training Till 18 (compulsory education/training) Improved basic competences and increased employability. Enhanced educational outcomes. Better transitions.

				of 18).							
	d young people, in particular those from a migrant background	Measure 2	Training Guarantee for young people until the age of 25	The public employment service (AMS) warrants for the target group of unemployed young adults with		This programme was adopted by the federal government in October 2016, it is in force since January 2017.	For the time being this is temporary programme for two years.		The offers under this programme aimed at low qualified young unemployed should be oriented at the completion of a vocational formation	In 2017 additional funds of €37 million will be made available.	Improved basic competences and increased employability. Enhanced educational outcomes. Better transitions.
				h not more than a compulsory education level appropriate additional offers for qualification and grants for qualification at the job. The implementation of the Training Guarantee is carried out within the framework of existing directives and programmes of the PES like The supra-company training programme, close-to-job qualification (AQUA) or Placement labour foundations; e.g. JUST.							
		Measure 3	Improving equality of educational opportunities and compensation for socio-economic disadvantages	Compulsory pre-school education free of charge for all five-year-old children	Agreement according to Article 15a of the Federal Constitution concerning compulsory pre-school-education free of charge; four year-olds: Austrian Government Programme and the education	In 2015 98,4 % children in the age of five years were cared for in services. 29,2 % of the children of five years with non-German language (Data from development of childcare home statistics, Statistic Austria)	Starting with the school year 2016/17 for parents whose 4 year old children are not attending day care counselling is compulsory. The parents will be informed about the positive				

				reform commission.		effects of day care at social, linguistic and cognitive skills of preschool-children and will be encourage to enroll their children in day care.				
		Measure 4 Improvement of elementary pedagogics, school entry-phase, strengthening primary schools, basic competences	Improve the education of kindergarten teachers, transitions from kindergarten to primary school and strengthen basic competences.	The last kindergarten year and the first 2 years of primary school shall be understood as a joint school-entry-phase. In the whole elementary stage, teaching across age groups shall be possible. Provision of language support courses if needed. Changed performance assessment. Competence-oriented curricula. Focus on basis competences and cultural skills.	Education law package 2016 (Federal Law Gazette I No. 56/2016) Decree on implementation of primary school reform Decree on performance appraisal. School Teaching Act. Improved curricula for kindergarten teachers with an obligatory focus on ECEC.	Work on the development of guidelines for school inspection since June 2013. Ongoing work on curriculum development. Conditions for a successful transition were identified and piloted in networks (comprised of kindergartens and schools) at 73 locations in all Austrian provinces until June 2016. Preparation of the appropriate legal instruments. Adoption of legal instruments. Institutions for initial training of ECEC staff transformed into Educational Institutions for Elementary Pedagogy (on	Ongoing work on curriculum development. Nationwide implementation of the new school entry-phase with clear education objectives and evaluation as of school year 2016/17.	Enhanced educational outcomes, in particular of disadvantaged young people.		Improved basic competences and increased employability. Enhanced educational outcomes. Better transitions.

						tertiary short-cycle level). Improved curricula for kindergarten teachers with an obligatory focus on ECEC.					
		Measure 5 Improve reading and language competences, in particular support for pupils whose first language is not German	Improve the language and reading outcomes of children, in particular those with a migrant background and/or from a socially disadvantaged background.	German language support courses for ex-matricular pupils whose first language is not German. First-language teaching (native language teaching). Commissioning an evaluation on language support courses / language start groups conducted by the BIFIE Commissioning a competence centre for a diagnostic instrument USB-DaZ at the University College of Teacher Education Styria in order to improve teachers' competence	Amendment of paragraph 8e of the School Organisation Act (2016) in order to include pupils whose first language is not German in academic secondary school, medium level and higher level commercial school in the right to enrol as ex-matricular pupils and receive German language support courses (in addition to the already existing target groups of primary and lower secondary level) Decree on language support courses and language start groups based on the amendment of the School Organisation Act (2016) including a recommendation for a diagnostic instrument supporting second language learning in	Special resources for education measures for asylum seekers for the extension of language support courses etc. provided by the Federal Ministry of Finances in Nov. 2016 for the school year 2016/17 Extension of the language courses for 'ex-matricular pupils' whose second language is German for 2016. This applies to general and vocational schools (exception: special needs schools). Commissioning the development of an instrument to enable all primary teachers to interpret the language development of their pupils in German (USB Plus, further development of USB DaZ)	Extension of the language courses for 'ex-matricular pupils' whose second language is German until 2018/19 In-service training for teachers for USB DaZ Monitoring the evaluation of the language support courses (until Jan 19) Monitoring the use of diagnostic instruments in language support courses and qualification of teachers who teach such courses Commissioning the second phase of developing an instrument to enable all primary	The measure helps to improve educational outcomes, reduce early school leaving and enhance equal opportunities – especially for disadvantaged young people. It therefore contributes to the achievement of the EU 2020 education targets.	The currently increasing number of refugees requires a high flexibility regarding resources and personnel for language support courses/start groups.		Improved language and reading outcomes of children, in particular those with a migrant background and/or from a socially disadvantaged background. Pupils will acquire language skills they need to follow lessons and towards improved academic performance. This will also make it possible for them to participate actively in lessons and to further their integration into the class.

					German (USB-DaZ)	conducted by the BIFIE	teachers to interpret the language development of their pupils in German (USB Plus, further development of USB DaZ) conducted by the BIFIE				
		Measure 6 Expansion and development of all-day school places	<p>Improving equality of opportunities and compensating for socio-economic disadvantages with regard to educational pathways.</p> <p>Enhances opportunities for full-time employment of parents, especially for one-parent families.</p> <p>Positive effects with regard on female employment can be expected.</p>	Expansion of all-day care places at primary and secondary schools which should bring the number of all-day school places up to 270.000 (excluding the supervised places at care centres outside school) by 2025.	<p>Agreement according to Article 15a of the Federal Constitution Act signed with the provinces (ongoing till 2018/19)</p> <p>Federal Act on further expansion of all day schools (Federal Law Gazette I No. 8/2017), implemented as of Sep. 2017.</p> <p>Legislative package to increase quality of all-day school places (adopted by the government in December 2014)</p>	<p>In school year 2016/17, approx. 159.000 students (approx. 23%) made use of the offers of school-based afternoon care, or attend a combined all-day school.</p> <p>Implementation of legislative package to increase quality of all-day school places (adopted by the government in December 2014) as of school year 2015/16.</p>	<p>From 2014-2018, EUR 800 million go into the expansion of all day care places.</p> <p>From Sep. 2017 till the end of 2025 additional EUR 750 million will be invested on further increasing the number of all-day schools, avoiding double funding in 2017 and 2018/19, when both programmes will be ongoing.</p> <p>Overall, around 270.000 places are to be offered by 2025, representing a rate of approx. 40%.</p>	The measure contributes to the achievement of the EU 2020 education target.	<p>Additional expenditure of EUR 800 million on a federal level from 2014 until 2018 within the Agreement according to Article 15a of the Federal Constitution Act signed with the provinces.</p> <p>Additional EUR 750 million from a bank levy will be made available from 1.Sept. 2017 till Dec. 2025.</p>	Improving equality of opportunities and compensating for socio-economic disadvantages. All-day school types also have a positive effect on pupils with migrant backgrounds, on the atmosphere at the school and on social interaction. All-day school types are also of great importance (and proven effectivity) with regard to social and labour market policy issues (e.g. the compatibility of work and family life, women's employment).	

		<p>Measure 7</p> <p>New secondary school (Neue Mittelschule – NMS)</p>	<p>The NMS is a joint school for 10- to 14-year-olds which aims to avoid early tracking at the age of 10 and is based on modern educational concepts and a performance-based teaching and learning culture. The objective is to create a modern performance-oriented school with a new learning culture. The new culture of learning and teaching is achieved through individualisation and targeted support in cases of weaknesses and strengths as well as a strong emphasis on formative assessment</p>	<p>The pedagogical goal is a modern performance-oriented school which addresses the individual potential of students. Inclusion is one of its key principles.</p>	<p>Amendment of the Schools Organisation Act (April 2012) and a general changeover.</p>	<p>A total of 1,116 schools are being transformed into NMS (100 %).</p> <p>School principals and learning designers attend one national networking conference per year to further foster their role as change agents.</p> <p>More autonomy has been granted to New Secondary Schools as to the use of additional resource for differentiation.</p>	<p>2017: According to the results of the evaluation report, published in March 2015: Focus on securing full implementation of the individual pedagogical aspects of the reform by strict qualitative and quantitative monitoring and reporting</p> <p>The transformation process which will be completed on all levels in 2018/19.</p>	<p>The measure is one of the central structural projects to improve educational outcomes, reduce early school leaving and enhance equal opportunities - especially for disadvantaged young people. It therefore contributes to the achievement of the EU 2020 education target.</p>	<p>Full implementation of the measure depends on the long-term commitment of all stakeholders involved.</p> <p>Since academic secondary schools (Gymnasium) continue to co-exist, the creaming effect they have on new secondary schools is still a fact to be reckoned with.</p>		<p>The current dropout rate will decrease: more pupils will successfully pass the secondary school level (NMS) and more pupils will be entitled to move on to middle or higher level schools.</p>
		<p>Measure 8</p> <p>Initiative for Adult Education: Free second-chance education for the provision of basic educational qualifications for adults</p>	<p>Equal opportunities and increase in the education levels of educationally disadvantaged persons.</p>	<p>Free offers of courses for basic skills and lower secondary education; general quality standards, competence-orientation, adult-appropriate and modern forms of implementation tailored to the target groups.</p>	<p>Agreement according to Section 15a of the Constitution between the Federal Government and the provinces in order to continue the Initiative for Adult Education from 2015-2017, since 29 January 2015 (Federal Law Gazette I No. 30/2015).</p>	<p>Implementation and continuation of measures within the framework of the Initiative for Adult Education since 1 January 2015.</p> <p>Starting the evaluation of the program for the second period 2015 – 2017.</p>	<p>Continuation of measures within the framework of the Initiative for Adult Education</p> <p>Conduct the negotiations for the third program period from 2018 to 2021</p>	<p>Increase of qualification levels, reduction of disadvantages.</p>	<p>Provision of necessary budgetary means, achievement of further target groups.</p>	<p>Within the framework of the Initiative for Adult Education, around EUR 75m are available for the period 2015-2017 (basic education: provinces 25%, Federal Government 25%, ESF funds 50%; completion of compulsory school education: provinces 50%, Federal</p>	<p>Reduction of the number of persons without basic education, increase in the number of persons with basic educational qualifications, increase in the permeability of the education system.</p>

					Federal Act on the acquisition of the compulsory school certificate by young people and adults (Compulsory School Examination Act, since 1 September 2012) (Federal Law Gazette I No. 72/2012).					Government 50%.	
		Measure 9 Combatting dropping-out, including youth and apprentice coaching	<p>Further Reduction of the ESL Rate (prov.2016: 7,0 %).</p> <p>Provision of support and career orientation for students /apprentices at risk of dropping out. Youth coaching is available at 9th grade and further on.</p> <p>Provision of "Übergangsstufe" to avoid drop out of pupils in the first year (9th grade) of a vocational school or college because of a lack of basic competences.</p>	<p>Youth coaching is a measure to keep young people in the education and training system as long as possible or alternatively reintegrate them into the system. It is a cooperative project between the Ministry of Social Affairs and the Ministry of Education.</p> <p>Apprentice coaching supports young people at risk of dropping out of the dual system.</p> <p>Pupils can choose the curriculum of the "Übergangsstufe" as a kind of preparatory form to refresh and upgrade their basic competences which are necessary for the successful completion of the</p>	<p>Act on an education and training obligation (Ausbildungspflichtgesetz) - Federal Law Gazette I No. 62/2016 (see also Measure 1)</p> <p>National Strategy on preventing early school leaving</p> <p>The measure "Übergangsstufe" has been implemented as a pilot programme at various schools in different provinces.</p> <p>The respective curriculum was designed by an expert group.</p>	<p>Adoption of legislation on "Compulsory education and training till 18" (Ausbildungspflicht) (see also Measure 1)</p> <p>Revision of National Strategy on preventing early school leaving</p> <p>During the last 12 months altogether 7 schools across Austria have launched the project Übergangsstufe.</p>	<p>"Compulsory education and training till 18" (Ausbildungspflicht) – implementation 2017 and beyond.</p> <p>Extension of the youth coaching programm is planned</p> <p>It is planned that the project "Übergangsstufe" will continue as requested by the schools, if the competences of the incoming students do not match the required standards.</p>	<p>Further reduction of the rate of early school leavers and dropouts in in all educational/training sectors.</p>	<p>Funding of additional measures for young people at risk.</p> <p>Students with migrant background /refugees are specially jeopardized.</p>	<p>Youth Coaching: Funding from the Ministry of Social Affairs</p> <p>Übergangsstufe co-funded by ESF</p>	<p>Youth coaching is an external measure at school to deal with ESL; this support system will improve the counselling system with a strong focus on disadvantaged students, especially with migrant backgrounds.</p> <p>Youth coaches are social workers or psychologists who support students at risk in a three stage counselling process that is based upon the notion of case management. Youth coaching provides educational and career orientation as well as support for students with special needs. Furthermore the Ministry for Education tries to strengthen communication, cooperation and coordination between the different support systems in and for schools (psychologists, school social worker, pedagogues, youth coaches).</p> <p>Decrease of the current dropout rate: more pupils will successfully pass the first year of a vocational school or college und and more pupils will be entitled to move on to the successful completion of a vocational programme.</p>

				school entry phase in vocational schools and colleges.								
		Measure 10 Educational and professional career guidance	Provision of support and career orientation for students /apprentices at risk of early school leaving.	Anchoring of "career education" (BO) as a subject in lower secondary schools Obligation of schools to create a site-specific implementation concept on lifelong guidance (career information, counselling, career education and orientation – "ibobb"). Training measures for teachers	Curriculum regulations of the new middle school (NMS) and secondary academic school (AHS) Circular (RS) 17 from 2012 Legislation on individual orientation activities of pupils ("Individuelle Berufsbildungsorientierung" §13b Schulunterrichtsgesetz) List of teacher competences relevant for BO included in the handbook for the formulation of curricula in teacher education	NMS: The new curriculum has reached the relevant 7th and 8 th grade in most schools: collecting practical experience with the explicitly designated hour as a separate teaching subject. Definition of quality standards and a rationale for the realisation of "ibobb" was communicated to all school inspectors to be discussed with the headmasters of schools. Expansion of the legislation on individual orientation activities of pupils ("Individuelle Berufsbildungsorientierung" §13b Schulunterrichtsgesetz) on higher grades (from grade 8 to grade 13)	2017: Embedding the relevance and concepts for "ibobb" in quality assurance mechanism on regional and school level. Drafting new regulations for specific functions (co-ordination, counselling) of "ibobb" in schools	Further reduction of the rate of early school-leavers through well-prepared education and career choices.				Pupils make well-prepared education and career choices. This will reduce the number of school changes and school drop-outs.
		Measure 11 Reform of teacher education (PaedagogInne)	The policy goal is to implement an overall concept for initial training for all pedagogic professions (also for pre-school	Implementation of a permeable new teacher training architecture which corresponds to	Federal Framework Law on the introduction of the new teacher education (Bundesrahmengesetz)	Amendment of the Act on the Organisation of University Colleges for Teacher Education 2005	Monitoring and controlling of implementation of new teacher education by the Ministry of	This measure has systemic effects on the entire educational system in Austria and contributes towards the fulfilment of the	Securing a continuous readiness to cooperate nationwide across the concerned training institutions.			Nationwide reform of Austrian teacher training with a systemic impact on the entire education system.

		nbildung NEU)	teaching, social education and other fields of teaching).	the Bologna structure; cooperation between by universities and university colleges of teacher education.	<p>setz zur Einführung einer neue Ausbildung für Pädagoginnen und Pädagogen), Federal Law Gazette I No. 124/2013) - and Federal Law Gazette No. 21/2015</p> <p>Aligning of the Act on the Organisation of University Colleges for Teacher Education 2005 (Hochschulgesetz, HG 2005) and the University Act 2002 (Universitätsgesetz, UG 2002)</p>	<p>(HG 2005) and the University Act 2002 (Universitätsgesetz, UG 2002)</p> <p>Start of the new teacher education for secondary level for general education and vocational schools nationwide.</p> <p>Co-operation agreements between training institutions towards the implementation of the new teacher education for secondary level.</p> <p>Monitoring and controlling of implementation of new teacher education by the Ministry of Education and through the Quality Assurance Board.</p>	<p>Education and through the Quality Assurance Board.</p> <p>Nationwide implementation of new teacher education for master degree programmes in primary level and secondary level.</p>	EU 2020 education targets.			
		Measure 12 Polytechnic School PLUS (Pre-vocational school)	Pre-vocational school (Polytechnische Schule, PTS) as a guidance and transitional school with optional and compulsory modules for catching up on entitlements; Individual support and personality development through modular	Development of competence-oriented curricula in the subject areas with individual priorities according to interest, inclination and abilities of students; development and implementation of	Beginning of the quality initiative with the school experiment "PTS 2020" in the school year 2013/14.	<p>The nationwide school experiment was launched in September 2013.</p> <p>In total, 13 pilot schools from all nine provinces are currently involved in nationwide school experiment.</p>	<p>Next steps are the development and implementation of a competence-oriented curriculum with individual priorities, and the individualization and modularization</p>	<p>Better options for the transition from school to the labour market and an individual preparation for further education or career; a positive effect on the reduction of youth unemployment and the number of early school leavers.</p>	Restructuring and re-orientation of an existing school-type.	Due to the development stage, figures cannot yet be given; as a school experiment cost-neutral	<p>Increased appreciation of the PTS through improved qualification measures and training and enhanced attractiveness of the school type with a particular focus on decisions on the professional and/or educational orientation of students at the end of general compulsory school.</p>

			tuition.	individualization and modularization concept; implementation of a new learning culture based on the NMS and a new form of performance appraisal.			in the area of general education. The pilot measure will run until school year 2016/17.				
		Measure 13 School 4.0 – going digital	Improved digital competences of the pupils at the end of the 8th grade Strengthening the digital competences of teachers Creation of the best possible infrastructure conditions at schools and quality-assured content for effective digital education.	Anchoring of "digital basic education" (including media education) in the curricula of primary school and at secondary level I (Introduction of a compulsory exercise "Digital basic education"). Qualification measures digital competences of pedagogues, including digital didactics. Measures to improve the Internet connection and to provide high-performance WLAN in schools (implemented until the school year 2020/21). Along the broadband/WLAN development at schools, equipping pupils (5th, 9th grade) and teachers with	Work programme of the Austrian Federal Government for the years 2017 to 2018. Strategy and work programme "Schule 4.0 – jetzt wirds digital".	2016/17: Assistance for educational institutions on how to develop their framework conditions in terms of infrastructure. Broadening innovative pedagogical concepts and elearning-initiatives in schools. Using eBooks as textbooks in secondary level (on a voluntary basis). Training modules and eEducation-courses for teachers (VPH).	2017: Definition of the curriculum for the compulsory exercise at lower secondary level I. With school year 2017/18, pilot schools in primary and lower secondary education start with "digital basic education". From the school year 2018/19, digital basic education will be taught at all secondary level I schools. Development of a compulsory portfolio of digital competences / digital subject didactics for new teachers.	Digital media and educational content support individual learning and contribute to the educational motivation and thus to improving educational outcomes.			From 2021 onwards, all pupils have standardized digital competences at the end of the eighth grade. Austrian teachers are digitally fit to provide students with digital competences and to use digital media in their own lessons. The infrastructural framework conditions at the schools were created, quality-assured offers of digital content support the acquisition of competences and effective digital education.

				<p>an adequate digital terminal (tablet, notebook etc.).</p> <p>Providing and bundling digital teaching and learning materials through a central portal.</p> <p>Expanding the use of digital schoolbooks.</p>			<p>Course for in-service training; Expansion of offers via the virtual PH.</p> <p>Establishment of a Future Learning Lab for digital teacher education (together with BMFJ).</p> <p>Focus on the connection of compulsory schools within the context of the broadband initiative (together with BMVIT).</p> <p>Further development of recommendations for IT equipment in schools; Development of a concept for consultation and service for schools for the planning of infrastructural measures.</p> <p>Development of a financing model by summer 2017 to equip students,</p>				
--	--	--	--	---	--	--	--	--	--	--	--

							teachers with mobile devices. Realization of the metadata-based portal for digital teaching/learning materials - Beta-prototype. Use of e-books at secondary level I.				
		Measure 14 Improve and implement an inclusive school system	The policy goal is to develop a detailed concept of inclusive regions for an optimal and needs-based support for all pupils and its nationwide implementation until 2020.	Inclusive regions: Include all schools, have supporting systems and disability access, provide an inclusive training programme for all teachers, offer needs-oriented support and include a scientific monitoring.	This measure is based on the national action plan disability (measure 125) and implements the UN convention on the rights of persons with disabilities in the Austrian educational system. Decree on the development of inclusive regions for the three provinces Styria, Carinthia and Tyrol (September 2015)	Participatory dialogue with the minister of education and relevant stakeholders (Round tables, May and September 2016). Implementation of inclusive regions in Styria, Carinthia and Tyrol according to the decree on the development of inclusive regions. Drafting of the first evaluation report (December 2016)	Continuation of the participatory dialogue Collecting experiences in inclusive regions Publication of the first evaluation report (approximately June 2017) Development of inclusive regions in at least one or two more provinces (approximately December 2017) Establishing the necessary legal framework. Adjustment of the decree on the development	The measure contributes to the implementation of inclusive education in Austria and to avoid the segregation of pupils who have special educational needs.			The aim is to address the educational and development potential of all children and young people in all educational institutions by preventive diagnostics and individual support and to overcome a focus on deficits and assignment to special education classes.

							of inclusive regions for further provinces				
		<p>Measure 15</p> <p>New Upper Secondary Level (NOST)</p>	<p>Improving the holistic pedagogical approach: Individualization and competence-orientation; increased success rates; reduced repetition rates</p>	<p>Condensation of learning activities through shorter grading and exam intervals induced by the new semester arrangement (positive completion of each semester is required).</p> <p>In case a student has to repeat a school year, positive grades remain untouched and only the negative grades need to be corrected. The early warning system will be extended and needs-based support measures shall be established. For students with learning deficiencies, pedagogically trained personnel take on the role of a learning companion/coach</p> <p>New professionalization measures for teachers.</p>	<p>Law adopted in 2012</p>	<p>During the academic year of 2015/16 approx. 200 pilots (Schulversuche) tested the new upper secondary model.</p> <p>2.500 teachers were trained to become learning coaches for students with learning deficits.</p>	<p>Full implementation as of the academic year 2017/18 at all upper secondary school forms commencing at year 10 and offering courses of at least 3 years duration. Opt-out model-schools will take up as of the academic year 2018/19 or 2019/20.</p>	<p>Combatting drop-outs at upper secondary level (age from 15 – 19)</p>			<p>Strengthened individualization, competence- and output-orientation.</p> <p>Reduction of the number of students repeating school years</p> <p>Reduction of the number of drop outs</p> <p>Provision of a sufficient number of trained and qualified learning counsellors for all schools</p>

		<p>Measure 16</p> <p>Integration of refugees in schools</p>	<p>Supporting and accommodating the integration of asylum seekers and refugees into the education system. Better preparing students without any or with low command of German language enter/continue (vocational) education and training.</p>	<p>Language learning courses and language start groups.</p> <p>“Mobile Intercultural teams” to provide targeted support for schools and teachers.</p> <p>Accompanying pedagogic integration measures at primary schools and New Secondary Schools (NMS).</p> <p>School social work to support schools with special social challenges.</p> <p>Provision of „Übergangsstufe“ (transition classes) at intermediate and secondary schools (AHS and BMHS).</p> <p>Offer s of basic education and literacy in the framework of the adult education initiative for 15 to 19-year-old refugee youths.</p>	<p>Special integration funds I and II</p> <p>Circular No. 15/2016</p>	<p>2nd and revised edition of BMB-publication on refugee children and youth in Austrian schools.</p> <p>Implementation of language learning courses and language start groups at compulsory schools (increase in the number of posts from 442 to 850 in school year 2016/2017).</p> <p>Implementation of “Mobile Intercultural teams” to provide targeted support for schools and teachers in the reception and integration of refugee children and adolescents into the school and class community.</p> <p>Accompanying pedagogic integration measures at primary schools and New Secondary Schools (NMS): 250 post distributed to the school places according to an equal opportunities index, derived from the first</p>	<p>Implementation of measures described in column 7, in particular language learning courses and language start groups, “Mobile Intercultural teams”, accompanying pedagogic integration measures; school social work, provision of „Übergangsstufe“ (transition classes) and offer s of basic education and literacy in the framework of the adult education initiative.</p>	<p>Enhanced educational outcomes, in particular of disadvantaged young people.</p>			<p>The package of measures supporting efforts to accommodate the integration of asylum seekers and refugees into the education system.</p> <p>Students without any or with low command of German language are better prepared to enter/continue (vocational) education and training, resulting also in a reduction of the rate of early school leavers and dropouts.</p>
--	--	---	--	---	---	--	---	--	--	--	--

					<p>language of the pupils and the proportion of parents with compulsory education as highest educational level.</p> <p>85 posts for school social work to support schools with special social challenges, especially schools with a high proportion of children with a refugee background.</p> <p>Language support courses and language start groups at academic secondary schools, part-time vocational schools, intermediate vocational schools and colleges for higher vocational education (AHS, BHS, BMHS and BS): 50 new posts from the 2016/17 school year.</p> <p>Provision of „Übergangsstufe“ (transition classes) at AHS and BMHS: 99 courses in schools year 2016/17.</p> <p>Basic education / literacy: 1200</p>				
--	--	--	--	--	---	--	--	--	--

						additional basic training places in 2017 (thus a total of 2,400 places) in the framework of the adult education initiative for 15 to 19-year-old refugee youths who are no longer of school age and who have no links in their previous educational biography to the Austrian secondary school system. A special focus is on increasing the proportion of girls in this training segment.						
www.parlament.gv.at	CSR 3 Services	a) Reduce administrative and regulatory barriers for investments and impediments to setting up interdisciplinary companies	Measure 1	Reform and modernisation of the Trade Act (Gewerbeordnung ; GewO), which will facilitate the pursuit of activities governed by the Trade Act.	The reform will simplify procedures, partly deregulate trades and reduce bureaucracy costs.	Amendment of the Trade Act (Gewerbeordnung 1994 - GewO 1994, BGBl. Nr. 194/1994, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 82/2016) through parliamentary procedure	On 4 November 2016, the government started a public consultation procedure on the draft for a reform and modernisation of the Trade Act, which ended on 6 December 2016.	After consideration of the results of the consultation procedure, the government plans to adopt the draft in the council of ministers in the first quarter of 2017. Immediately afterwards the parliamentary procedure will start. It is expected, that the reform will be adopted by summer or autumn 2017.		Achieving political consensus about the reform, achieving 2/3 majority vote on some legal provisions in parliament	Change in government revenue: appr. 10 Million Euro of administrative fees per year will be waived.	wider application of the simplified procedure for the authorisation of facilities/plants cost of procedures acc. to the Trade Act will be lowered for enterprises more free trade activities (Timing evaluation is foreseen 5 years after the reform comes into force)

Explanatory notes to Reporting Table 1

- (1) Reference should be made to the number of the country-specific recommendation and its content (or a summary thereof).
- (2) To allow for clear linking of the measures to particular elements of each country-specific recommendation, the latter should be broken down into “subcategories”, where relevant.
- (3) This column should only contain “Measure 1”, “Measure 2” etc.
- (4) This column should include for each measure a description of 1-3 sentences about the main objectives in terms of economic, budgetary or labour market policy, and how the measure is relevant to address the country-specific recommendation. If these objectives relate to several measures, it is sufficient to provide references to the corresponding measure where the objective has been spelled out. If the measure addresses a recommendation under the macroeconomic imbalances procedure, it should also be mentioned.
- (5) This column will include for each measure a description of 2-3 sentences synthesizing key elements of the measure as well as its coverage. If a policy-programme addressing a country-specific recommendation contains a significant number of different measures, only those that are likely to have the most significant contribution to the achievement of the objective should be elaborated.
- (6) Whenever possible, this column should provide concrete references to laws and their official name and numbering. For non-legislative acts, the name of the administrative instrument should be reported (e.g. “Operational Programme Administrative Capacity”).
- (7) This column should provide a timetable on the progress achieved since the previous NRP. Each date should be accompanied by key words which explain what has been achieved by these dates. Even if a measure is already in the implementation phase, this column should be completed. Information such as “under implementation since XX.XX.XXXX” is not sufficient. Even if a measure has been fully implemented, relevant information on steps afterwards could be included (e.g. on evaluations of implementation).
- (8) This column should provide a timetable on the progress expected in the future. Each date should be accompanied by key words which explain what is concretely planned by that date. If there are no concrete dates for future steps, months or half years should be indicated when specific progress is planned. Even if a measure has been or will be implemented, relevant information on steps afterwards should be included (e.g. on evaluations of implementation). If possible, Member States could also provide information about the timing of the impact.
- (9) Where relevant, this column should refer to the expected contribution (impact) of the measure to reach the national Europa 2020 headline targets (i.e. in relation to employment rate, R&D investment, climate/energy goals, early school leaving and tertiary education attainment, poverty reduction).
- (10) This column should specify the main challenges / risks pertaining to the implementation of the measures.
- (11) This column should include the budgetary implications of the measure, both on the revenue and expenditure side. When EU funds are involved, the source and amounts should be indicated separately. In case of structural measures on public finance, the expected impact on the public debt should also be reported.
- (12) This column should include a brief qualitative description of the foreseen impacts of the measure and their expected timing.

Annex 1, Table 2: Reporting table on national Europe 2020 targets

Table 2: Description of the measures taken and information on their qualitative impact		
Progress on implementation	List of measures and their state of play that were implemented in response to the commitment	The estimated impacts of the measures (qualitative and/or quantitative) ¹
<i>National 2020 headline targets</i>		
<i>Employment target</i>		
National 2020 employment target [77-78%]	Directed (mainly) at <u>women</u>	
	Encouragement for reentering professional life (“Wiedereinstieg unterstützen”): comprehensive counseling and guidance for women (and men) reentering the job market after a family related career break; 4.500 participants every year	A greater share of women finds employment after a family related career break.
	“Competence with system” (“Kompetenz mit System”) : modular apprenticeship training measure in order to benefit from recurring unemployment periods; 770 women participated in 2016.	Women can achieve more sustainable employment through jobs that require higher skills.
	Vocational centres for women (Frauenberufszentren) : Female job-seekers interested in skills acquisition receive comprehensive and individual support; strong expansion of this measure in the last 3 years; around 12,500 women benefited in 2016.	Women can achieve more sustainable employment through jobs that require higher skills.
	<u>Reaching the employment and poverty-reduction target for women (see the details in table 1):</u> <ul style="list-style-type: none"> • Continuation of the National Action Plan for Gender Equality in the Labour Market • Further expansion of child care facilities • Publication and promotion of the household income calculator • Update and dissemination of the information brochure 	Increase of employment participation and full-time employment rate of women; reduction of gender-specific horizontal and vertical segregation on the labour market, strengthening gender equality on the labour market. (see the details in table 1)

¹ Cross reference with column 9 of Table 1

	<p>“Women and Pensions”</p> <ul style="list-style-type: none"> • Continuation of the “Baby’s month” (formerly called “Father’s month) in the public service • Continuation of the online information platform “My technology” 	
	<u>Directed at older workers</u>	
	Prevention programme “fit2work” (continued, see also Table 3): enhanced individual case management approach (better differentiation acc. to individual support needs); pilot project offering psychological and psycho-therapeutic treatment extended and complemented by group therapy offers.	Total number of cases in 2016: approx. 39,500.
	Employment initiative 50+ (continued with additional funds): € 150 million in 2016, € 175 million from 2017 for wage subsidies, in-work benefits and temporary employment in social enterprises for unemployed persons above the age of 50.	Employment subsidies for approx. 23,000 persons 50+ in 2016; estimate: over 25,000 from 2017.
	“Project 2020” (three pilots started in autumn 2016): medium-/longer-term employment opportunities for long-term unemployed 50+ in cooperation with profit-oriented manufacturing enterprises.	
	Partial pension model (Teilpension, entered into force on 1 st of January 2016): reduction of working hours with partial wage compensation instead of early retirement.	
	New longitudinal panel study (2017-2022) on living and employment situation of older workers started.	
	<u>Directed at young people</u> (see also Tab. 1)	
	Education/training till 18 (AusBildung bis 18). The compulsory education or training law was passed in Austria on 1 July 2016. Every person under the age of 18 must attend another school or do vocational training after compulsory schooling.	Reducing the FABA rate (FABA= early school leavers). There are more than 5.000 youngsters per cohort which do not continue their educational career beyond the compulsory level. Die AusBildung

		bis 18 aims at reducing this number.
	Training Guarantee for young people until the age of 25.	This guarantee addresses young adults in the age group 19 to 25 years with no higher than compulsory education. It aims at accompanying and guiding these young people towards the completion of a higher – in particular VET - qualification level.
	<u>For persons with a migration background, esp. recognised refugees and persons with subsidiary protection status</u>	
	Employment promotion: earmarked funds at the PES dedicated to recognised refugees and persons with a subsidiary protection status (§ 13 Abs.2 AMPFG), implemented 2016	From 2017 budget up to € 80 Mio. per year for supported employment (wage subsidies and project based subsidized jobs) for refugees with access to labour market seeking a job.
	Better use of the potential of people with migration background – enhanced recognition of foreign qualifications: The Recognition Act (BGBl I55/2016,) entered into force on July 12th 2016, incl. legal entitlement to assessment of formal qualifications, regulation of counselling offers and monitoring.	An evaluation of the counselling offered by the contact points since 2013 undertaken in 2016 confirmed the successful implementation and the positive take-up of the measure.
	The pilot project “competence check” which started in autumn 2015 has been extended to all provinces.	In 2016 this measure has been completed by 5.982 recognized refugees.
	Further measures	
	The skilled workers’ grant (Fachkräftestipendium, FKS) introduced by 1st of January 2017 allows for qualification in areas of strong labour demand.	FKS: In 2017 and 2018 in sum 6.500 newly supported.
	Increased capacity in close-to-job qualification (Arbeitsplatznahe Qualifizierung, AQUA).	AQUA: In 2017 and 2018 in sum 6.500 newly supported.
	Employment promotion: earmarked funds at the PES dedicated to long-term unemployed according to administrativ definition	From 2017 yearly budget up to € 120 Mio. for supported employment (wage subsidies and project

	(Langzeitbeschäftigungslose mit Arbeitslosigkeit im Geschäftsfall 365 Tage) (§ 13 Abs.2 AMPFG), implemented 2016.	based subsidized jobs) for long term unemployed jobseekers.
	<u>Pensions</u>	
	<p>Implemented measures should contribute to keep people in gainful employment. Disabled people should be rehabilitated and reintegrated into the labour market.</p> <p>Important measures of the previous year are:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ “Disability pension new” (principle: rehabilitation before pension.) Working groups are discussing improvements of the organisational procedure. ➤ Phasing out of pensions to very long insurance periods, ➤ Amandement of the corridor pension, ➤ Implementation of the pension account system for all born 1955 and downwards and increase the information content. A respective pension information sheet will be sent to persons, who can draw a pension in the near future. This pension sheet will illustrate the estimated amount of the pension payment at different assumed retirement ages. Financial implications of a longer working career will be communicated in a better way and work as an incentive to stay longer in work. 	<p>Positive impacts of the implemented measures had been and will further proceed during the next years.</p> <p>The measure contribute to a relief of the state budget and affect the effective retirement age positively: An increase of the effective retirement age from 59.6 years (2014) to 60.3 years (2016) old and disability pension together) has been registered.</p>
	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Improvement of the Bonfication (“Bonus”) A bonification is an incentive to stay longer in work. If a person works longer than the statutory retirement age (women: 60 years; men: 65 years) without drawing a pension, the pension is increasing for the months of later application as a rule 4.2% per year. This “Bonusphase” remains maximum 3 years. 	<p>Additional to this existing measure of the “Bonus” the introduction of cutting into halve the pension insurance contributions, whereby the monthly net income increases will give incentives to work longer than the statutory retirement age.</p>

	<p>As additional promotion of keeping people longer in work, during the “Bonusphase”, the pension security contribution of the employees and employers are reduced to half, whereby the monthly net income increases. For the later pension calculation of the pension account, the originally contributions are used.</p>	
R&D target		
National 2020 R&D target [3,76%]		
<p>National 2020 R&D target [3.76%] Following the objectives of the Austrian RTDI strategy, Austria continues to aim at the overall target of an R&D intensity of 3.76% of GDP until 2020, of which at least two thirds, preferably 70%, shall come from the private sector. In 2016 Austria had an estimated R&D intensity of 3.07%. The efforts to reach this goal have to be considered within the context of the general economic situation and the need for fiscal consolidation. Emphasis shall therefore be laid on measures with a strong leverage effect on R&D investments by the private sector</p>	<p>RTI Strategy: In order to implement the RTI Strategy “Becoming an Innovation Leader: Realising Potentials, Increasing Dynamics, Creating the Future” adopted by the Austrian Federal Government in March 2011, working groups were established, each aimed at addressing specific topics identified in this strategy.</p>	
	<p>Direct research funding (examples):</p> <ul style="list-style-type: none"> – The COMET program promotes the development of centers of excellence, whose centerpiece is a business and science jointly defined research program at a high level. – The Christian Doppler Research Association (CDG) is promoting long-term oriented, high level research cooperation (in application oriented basic research) between science and industry via its funding programmes for Christian Doppler Laboratories (CD-Labs) and Josef Ressel Centres (JR- 	

	<p>Centres). CD-Labs and JR-Centres are embedded within the hosting scientific institution and co- funded by public and private partners.</p> <ul style="list-style-type: none"> – The Research Studios Austria (RSA) program promotes the economic exploitation of basic knowledge that is generated in research institutions. By forming small and flexible research units (RSA Studios) the generation of prototype developments and the formation of academic spin-offs are supported. – Service innovations are a tremendous competitive factor. The goal of the service initiative is to raise awareness for R&D in the service industry and for services as added value for the traditional industries. <p>With the program Research Capacity in Industry the Federal Ministry of Science, Research and Economy (BMWFW) supports companies (primarily SMEs) in the systematic development and upgrading of the skills of their existing research and innovation staff. A second focus is to promote the anchoring of business-relevant research areas at Austrian universities and colleges as well as the impetus for a higher sectoral mobility. Since 2014 the main focus has been laid on smart production and since 2016 additionally on EdTech (education & technology)</p>	
	<p>The Grand Research Challenges “Climate Change and Resources Efficiency” are embedded as foci in the Austrian RTI Strategy. A number of activities support this strategy, e.g.</p> <ul style="list-style-type: none"> -The development of the Climate Change Center Austria (CCCA), a platform bringing together all Austrian university and non-university research institutions in regard to Climate Change, including the Climate Service Center (CS) in Graz and the newly established Climate Data Center at the Austrian Meteorological Institute (ZAMG). -The Earth System Science Research Programme (ESS), an inter- and transdisciplinary research programme which is jointly run by the BMWFW and the Austrian Academy of Sciences 	<p>Enhancement and improvement of research networks, research infrastructure and its use. Focus on societal challenges, establishment of networks, strengthening the research-policy dialogue.</p>

	The initiative “Austrian Geological Survey Research (GBA) Partnerships on Mineral Raw Materials” started in 2015. It combines resource policy with research policy	The initiative aims at establishing new research networks of the relevant research institutions in order to strengthen the expertise which can be used to secure sustainable supply of mineral raw materials.
	Development of the Austrian research area, e.g. the Joint Programme Initiative and Project JPI CLIMATE, with the ERANET and Call on Climate Services (ERA4CS).	
	Support of the “Austrian Barcode of Life”-Initiative (ABOL) , a biodiversity initiative which aims to generate and provide DNA-Barcodes of all species of animals, plants, and fungi recorded from Austria. ABOL is a national collaboration among numerous, renowned scientific institutions and experts, engaged in biodiversity research of Austria. It is supported by the BMWFW. The pilot phase (2014–2017) serves to set up structures for the overall project, and the conduction of four pilot projects.	Establishing the infrastructure of the barcodes and making them accessible for all applications in an open-access database.
	Launch of 6 th call of proposals for the programme Sparkling Science, funding citizen science projects that are to be carried out together with schools.	Very high resonance to the call, 295 proposals received; 161 research institutions (amongst these 24 Austrian universities and 40 universities from other countries), 219 partner institutions from society and eco-nomy and 467 schools involved.
	Further Consolidation and expansion of the Young Science Center for the Co-operation of Science and Education	Networking impacts: 1 042 single users of website, 3 217 recipients of newsletter, more than 7 000 persons reached though workshops, meetings events and presentations
	(1) Expansion of the “Alliance for Responsible Science” , (http://www.responsiblescience.at/); (2) Consolidation of the Austrian Center for Citizen Science as a measure to promote citizen science and open innovation in science (https://www.zentrumfuercitizenscience.at/); (3) Second launch of the Austrian Citizen Science Award in summer 2016 (https://www.zentrumfuercitizenscience.at/en/citizen-science-award.html);	(1) By December 2016 the Austrian Alliance for Responsible assembled 37 members. (2) Support for the development and realization of citizen science projects in which nearly 10 000 persons participated or where actively interested (3) Inspired by the Austrian Citizen Science Award 2016 around 3 500 students from all over Austria and 7 other European countries took part in 10 Austrian Citizen Science projects.

	(4) Second call for proposals of the funding initiative “Top Citizen Science” successfully launched in autumn 2016 (https://www.zentrumfuercitizenscience.at/en/top-citizen-science.html)	(4) Clear commitment of the Austrian Science Foundation confirmed to support citizen science in future due to the high quality of the received projects
	Start of the Austrian Social Science Data Archive (AuSSDA) as partner in the ESFRI-Research Infrastructure Consortium of European Social Science Data Archives (CESSDA)	Strengthen the Austrian research community in social science through the creation of AuSSDA as an inter-university cooperation project (Universities of Vienna, Linz and Graz) with the aim of archiving social science research data, training and research in the field of archiving and methods research.
	National contact point (NCP) for IP matters and IPAG Intellectual Property Agreement Guide of the Austrian universities Strengthening academic transfer and recovery structures as laid down in the IP recommendation of the European Commission	Co-ordination of national knowledge transfer activities, and harmonisation with institutions of other Member States as well as standardise intellectual property management (IPAG). E.g. a set of (online) model contracts is made available helping the most appropriate model contracts to be selected. The use of these contracts is voluntary. Since the start of IPAG in October 2013 there have been about 17 000 free downloads of model agreements from the IPAG tool (www.ipag.at).
	Further Development of the Institute of Science and Technology Austria (2017-2026): Fostering Basic Research – Increasing Excellence. In 2015, the first performance agreement was established for a 3-year period. In 2017 the next performance agreement will be negotiated.	Institutional augmentation and the enhancement of research excellence in the field of interdisciplinary research activities at the interface of physical sciences, formal sciences and life sciences.
	Development of a Stem Cell Research Center at the IMBA – in the Austrian Academy of Sciences (ÖAW)	Strengthen the already existing know-how of the institute and setting up a stem cell biobank as research infrastructure facility for the Austrian Life Sciences community and beyond. Boosting biomedical research, addressing big societal challenges and continuing the successful cluster policy in the area of life sciences.
	Enhancement of the “Erwin Schrödinger Center for Quantum Science and Technology” (ESQ) (2016-2021): Building up a network of Excellence between the hot spots of Quantum	The ESQ will set new impulses for research and teaching through its unique spectrum of research topics - from fundamental quantum physics to novel

	Research in Austria; duration of the initiative: for the next 5 years.	quantum technology; 26 research groups, 19 START and Wittgenstein Awards, 18 ERC Grants
	Enhancement of the professional Network of the Competence Centre for the Austrian Centre for Digital Humanities (ACDH) in the Austrian Academy of Sciences (ÖAW) as part of the ESFRI-European Research Infrastructures CLARIN and DARIAHand fostering the exchange between the universities which operate in the same field.	Strengthen the already existing know-how of the institute and organising with other organisations the digital humanities in Austria: establishing and coordinating a professional network for digital humanities in Austria, financing outstanding projects, organising a special training for DH, etc. http://www.oeaw.ac.at/acdh/de
	Strengthening Vienna Biocenter – Vision 2020 (2011 – 2020) and Vienna Biocenter Core Facilities (VBCF): Strengthening Research Infrastructure – Increase post gradual life science	Enhancement and improvement of research infrastructure and its use - addressing big societal challenges and continuing the successful cluster policy in the area of life sciences in Austria.
	<p>Program "Beyond Europe": Funding program established in 2015 specifically targeted at promoting RTI cooperation of Austrian companies (and research institutions) with partners (companies, universities, research facilities) from countries outside of Europe; in 2016 the first call was successfully carried out (14 projects funded, broad variety of topics, partners from countries worldwide)</p> <p>"Global Incubator Network": Initiative launched in 2015 aimed at promoting the internationalisation of start-ups; measures are targeted at supporting Austrian start-ups to go global (outgoing), as well as at creating incentives for international start-ups (and investors) to come to Austria (incoming); in 2016 the first two batches of the incoming program ("go Austria") were carried out, as well as the first batch of the outgoing program ["go Tel Aviv" (4 week accelerator program), and "aws First go Tel Aviv" (3 week incubator program)]</p>	
GHG emission reduction target for the sectors outside the European Emissions Trading Scheme		
GHG emission reduction target [-16%]	Subsidies program for thermal renovation	Annually ~ 53.000 t CO2 or ~ 1.6 million t CO2 over the lifetime of the projects.

	<p>Continuation of the subsidies program for thermal renovation of buildings (residential and business) started in 2009; This program pushes at the same time investments, jobs and saves energy. Continuation until 2020 is intended. The annual call to start in March 2017.</p> <p>(Contributes also to energy efficiency target see below).</p>	<p>Austria's Non-ETS emissions are well below the reduction pathway in recent years.</p>
	<p>Climate Policy Package</p> <p>Pursuant to the Austrian National Climate Act ("KSG-Maßnahmenprogramm 2015-2018"). This package comprises a full set of measures in the following sectors:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Agriculture • Buildings • Energy and Industry (Non-ETS) • Fluorinated Gases • Transport • Waste Management 	<p>Approx. -1.7 million t CO₂e calculated for 2020</p>
	<p>Climate Protection Initiative klimaaktiv</p>	<p>klimaaktiv brings together players from politics, government, finance and society, disseminates and connects ideas and projects which get applied across Austria. The objective of the innovative multi-level governance initiative is: distribution of information, awareness-raising, training offers and furthermore quality standards for the key areas of the energy transition: (1) energy (saving), (2) construction and renovation, (3) renewable energy and (4) mobility. The relevant target groups are companies, municipalities and households.</p> <p>This approach has resulted in greater opportunities for the state to be actively involved in the management of solutions to complex collective</p>

		<p>problems by enhancing and strengthening the traditional instruments of regulation, taxes and subsidies.</p> <p>The annual business report presents the progress made in the distribution of and the establishment of climate friendly technologies and services in the market. It evaluates and informs on the success of implementation.</p> <p>In the year 2012 the project period 2004 to 2012 has been evaluated by the Wuppertal Institute in Germany. The innovative character has been attested and klimaaktiv was complimented for its exemplary comprehensive approach and unique design for innovative governance.</p> <p>In 2008 the "klimaaktiv pakt 2020" for large companies who commit themselves voluntarily to the compliance with the Austrian climate and energy goals until 2020 has been introduced as a new instrument. By the end of 2016 11 companies have joined the "klimaaktiv pakt 2020" and have already reduced 720.000 t CO2.</p> <p>Additionally klimaaktiv awarded energy efficiency projects in companies saved 255.000 t of CO2.</p> <p>The project time of klimaaktiv has been extended until 2020.</p>
	<p>Climate Protection Initiative klimaaktiv mobil</p> <p>Implementation of the 2nd phase of the klimaaktiv mobil technical and financial support program from 2013-2020 to promote mobility management, alternative fuels and vehicles, e-mobility, eco-driving and cycling with a focus on companies and municipalities.</p>	<p>klimaaktiv mobil provides a national supportive framework to motivate and support companies, cities, municipalities and regions, leisure and tourism operators, schools and youth groups to develop and implement measures to reduce CO2 emissions from transport related activities. klimaaktiv mobil offers five pillars of support: consulting, financial support, education & certification, information & motivation and</p>

		<p>awareness raising as well as awarding of partners committed to CO2 reduction projects.</p> <p>klimaaktiv mobil contributes to EU and Austrian environmental and climate protection objectives, particularly to the national Climate Act.</p> <p>Achievements 2004-2016:</p> <p>8400 climate friendly mobility projects were supported and implemented (e.g. in-companies, communities, tourism, schools)</p> <p>objective 2020:</p> <p>continuation klimaaktiv mobil: -0.5 million t CO2 in 2020</p> <p>extension klimaaktiv mobil: -0.7 million t CO2 in 2020</p>
	<p>Electromobility</p> <p>Implementation of 65 measures in order to foster the introduction of e-mobility in Austria, as set-out in the national "Implementation plan for Electromobility in and from Austria" adopted by the federal government in July 2012. In November 2016 the BMLFUW (Ministry of Agriculture, Forestry, Environment and Water Management) together with the BMVIT (Ministry of Transport, Innovation and Technology) in closely collaboration with the economy (association of the Austrian car importers) commenced a new package to promote e-mobility with renewable energy in Austria:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Extension and continuation of national klimaaktiv mobil financial support programs to individuals and companies, authorities and associations for e-vehicles and charging infrastructure for slow and fast charging of 	<p>Contribution to the EU 2020 climate and energy targets as well as the 10% target for applying renewable energy in transport by increasing the number of electric vehicles and charging stations operated with renewable energy.</p> <p>The number of e-vehicles (including e-bikes, e-scooters, light-weight e-vehicles, e-cars and light-duty e-vehicles, using electricity from renewable energy sources will increase further by these measures; the number of e-cars and electric LDV will continue to rise due to the support programs in company and municipality fleets as well as in the pilot regions.</p>

	<p>EV's, in particular for publicly accessible charging stations and investments in e-mobility management, e-logistics and electric public transport</p> <ul style="list-style-type: none"> • consolidation and further development of the seven pilot regions for e-mobility, the energy and climate pilot regions with a view to foster interoperability as well as linking with demonstration and lighthouse projects • enhanced provision of information and data and development of awareness raising campaigns on e-mobility, its efficient use and advantages for consumers by further developing existing information systems and platforms (e.g. www.autoverbrauch.at) • compilation of data for assessing the environmental, climate and energy impacts from e-mobility and development of eco-balance assessments of different propulsion systems • Implementation of the EU Directive 94/2014 regarding infrastructure for alternative fuels and electricity by Federal Law and regulations in November 2016 as well as preparation of the national strategic framework for setting-up alternative fuels infrastructure and charging stations for the coming years. 	<p>Public charging infrastructure for electric vehicles, objective 2020:</p> <ul style="list-style-type: none"> • 3000-4000 standard charging points up to a maximum of 22 kW • 500-700 quick-charging points with more than 22kW power
	<p>Masterplan Cycling</p> <ul style="list-style-type: none"> • Implementation of the national cycling strategy Masterplan Cycling 2015-2025 with joint investment focus (Bund and Länder) on extension of national and regional cycling infrastructure and cooperation in klimaaktiv mobil financial support program. 	<p>Contribution to the EU 2020 target of greenhouse gas emission reduction in transport by increasing every-day cycling. Contribution to National Climate Act, National Action Plan Physical Activity and National Health Targets.</p>
	<p>Masterplan Walking</p> <ul style="list-style-type: none"> • The Austrian Masterplan Walking was presented as a 	<p>Contribution to the EU 2020 target of greenhouse gas emission reduction in transport by increasing</p>

	<p>national strategy to an international public within the “Walk21 Vienna” conference in October 2015. Next step is the nationwide implementation of the masterplan together with all stakeholders.</p>	<p>walking. Contribution to National Climate Act, National Action Plan Physical Activity and National Health Targets.</p>
	<p>Climate and Energy Fund (Klima- und Energiefonds KLIEN)</p>	<p>The tasks of the fund are the support of research and development in the field of sustainable energy technologies and climate research, the promotion of projects in the fields of public short distance and regional transport, environmentally-friendly freight transport, as well as mobility management projects, and the promotion of projects supporting the market penetration of climate-relevant and sustainable energy technologies.</p> <p>In the period 2007-2016 the climate and energy fund awarded research contracts and made subsidy commitments to the amount of about 1.1 billion € Euro. The success of these measures is to be presented and published annually in the annual business report. The annual business reports presents the progress made in the research on and the establishment and launching on the market of climate friendly technologies and measures and informs which important priorities are just being implemented.</p>
	<p>Federal Environment Fund (Umweltförderung im Inland)</p>	<p>The Federal Environment Fund supports GHG emission reduction measures (including renewable energy or energy efficiency) in the industrial sector with a total annual budget of EUR 70 million €.</p> <p>In 2015 the leveraged climate-related investments in the private sector amounted approximately 431 Million EUR, and in corresponding CO2- emission reductions totalling at about 298.000 t annually or 5.6 million tons over the lifetime resp.</p>

	CO2 emission target in the Austrian Fuel Act 2012 (Kraftstoffverordnung 2012)	According to the Austrian Fuel act (Kraftstoffverordnung 2012) as the national transposition of the Fuel Quality Directive 2009/30/EC suppliers of fuels have to reduce life cycle greenhouse gas emissions per unit of energy from fuel and energy supplied 2020 by 6 %.
	Biofuel target in Austrian Fuel Act 2012 (Kraftstoffverordnung 2012)	The use of biofuels counts towards the 10% renewable target in transport of the Renewable Energy Directive 2009/28/EC. Since 2009 5, 75% of the fossil fuels have to be substituted with biofuels. 2015 the share of renewable energy in transport has reached 10,1%, with a contribution of 8,2% of biofuels. The current 2020 target in the Austrian Fuel Act (Kraftstoffverordnung 2012) of a 8.45% substitution requirement will have to be adopted according to the requirements of the new "ILUC" directive 2015/1513/EC.
Renewable energy target		
Renewable energy target [34%]		
	The measures implemented by the Republic of Austria in order to achieve the national renewable energy target consist of the Federal Act on Supporting Electricity Produced from Renewable Energy Sources (Green Electricity Act 2012) and various support schemes for electricity from renewable sources including those of the provinces and of the Austrian Federal Ministry of Agriculture, Forestry, Environment and Water Management.	In 2015, the share of energy from renewable sources in the Austrian gross final consumption of energy was 32,8% (Source: Statistics Austria). Thus, the Republic of Austria is on track to achieve the national 2020-target of 34%.
	Federal Environment Fund (Umweltförderung im Inland)	The Federal Environment Fund supports renewable energy in the industrial sector with a total annual budget of more than EUR 35 million €. In 2015 the leveraged renewable energy investments in the private sector amounted

		approximately to 208 Million EUR, and in corresponding CO ₂ - emission reductions totalling at about 188.000 t annually or 4.6 million tons over the lifetime resp.
Energy efficiency target		
National energy efficiency target [25,1 Mtoe final energy consumption]		
	The national headline target is set out in the Austrian Energy Efficiency Law, which is in force since 2014.	<p><i>Austria will reach the target, which is set out in the Energy Efficiency Law of Austria by</i></p> <ul style="list-style-type: none"> – <i>a bundle of measures which can be divided into the categories residential and service buildings, production and services as well as trade and small-scale consumption, mobility, energy provision, security of energy supply and general as well as by</i> – <i>an energy efficiency obligation system</i> <p><i>The minimum impact of these measures shall be by law 11,07PJ/a final energy savings in the time frame 2014 -2020. Monitoring in 2014 and 2015 shows that these savings can be achieved.</i></p>
	Federal Environment Fund (Umweltförderung im Inland)	<p>The Federal Environment Fund supports energy efficiency projects in the industrial sector with a total annual budget of more than EUR 30 million €.</p> <p>In 2015 the leveraged renewable energy investments in the private sector amounted approximately 233 Million EUR, and in corresponding CO₂- emission reductions totalling at about 109.000 t annually or 436.000 MWh annually resp.</p>
	Action Plan Sustainable Public Procurement The Austrian Action Plan on Sustainable Public Procurement (SPP-	Four years later, the results of the first evaluation of the SPP-AP are available. The evaluation examined among other issues if and how the key objective of

	<p>AP), which was adopted by the Council of Ministers in 2010, pursues the long-term goal that the public sector buys more and more sustainable products and services. Given the major purchasing power of the public sector, the Action Plan contributes to the development of a green and sustainable economy. It addresses all public authorities in Austria and is compulsory for the federal level. The Public Procurement Agency is consequently implementing the requirements of the Action Plan. Currently, there are criteria sets for 15 product groups available which are revised on a regular basis. Social criteria were developed by an expert group and are currently coordinated at political level. The process of implementation, evaluation and improvement of the Action Plan is coordinated by the Federal Ministry of the Environment and supervised by a group where all relevant stakeholders (Ministries, provinces and municipalities, social partners and business representatives) are represented. The Procurement Service Austria (BeschaffungService Austria) is the central think tank for sustainable procurement in Austria and offers a free counselling service for sustainable public procurement (www.nachhaltigebeschaffung.at).</p>	<p>the SPP-AP, to establish the criteria of sustainable procurement all over Austria, has been achieved: minimum ecological requirements in 15 product groups which are, among others, based on the criteria of the Green Public Procurement (GPP) toolkit of the European Commission. The evaluation produced the following central results:</p> <p>A comparison between the results of the present evaluation and a comparable study of 2008 shows that the percentage of public purchasers considering environmental requirements could be significantly risen. Green Public Procurement has become particularly well established on federal and provincial level as well as at universities.</p> <p>The SPP-AP is supposed to be both an important instrument to strengthen political support for GPP in organizations of all levels and an important source - but not the only one - to define concrete ecological criteria. Most procurers that consider environmental requirements in purchasing use also other sources for ecological criteria, for example their own knowledge and information from other sources.</p> <p>Based on these results the SPP-AP will be adapted. Harmonization of SPP criteria on federal and provincial level is targeted 2017.</p>
	<p>Master Plan Environmental Technology</p> <p>The Austrian environmental and energy technology industry makes a considerable contribution to sustainable growth and an improvement of the environmental situation in Austria and abroad. With the Master Plan Environmental Technology a tool providing orientation has been created in order to be able to use the existing opportunities for the economy and the environment even more efficiently. The vision of the Master Plan is <i>“Within the</i></p>	<p>Promotion of exports of environmental technologies will focus on the markets of Asia and America.</p>

European Union Austria has the leading position in the fields of environmental technology and environmental services.”

By means of strengthening the Austrian environmental and energy technology an important contribution will be made to reaching economic and environmental policy goals such as doubling the number of persons employed in the environmental and energy technology industries and reaching the climate protection goals and complying with other environmental protection goals at the same time. In the course of the next few years the enterprises in the environmental and energy technology sectors will be confronted with major challenges and opportunities. Whereas above-average growth opportunities can be expected on the environmental and technology markets, the competition on the one hand by new suppliers from low-wage countries and on the other hand by suppliers of high-tech products is rising. The high competitiveness and the good technological position of Austrian enterprises of the environmental and energy technology sectors as well as the fact that they are excellently embedded in the European markets are the major strong points, whereas the weaknesses are the small-scaled supplier structure and the low presence on dynamic markets such as Asia. New thematic challenges, such as in particular in the fields of energy and climate protection lead in the medium-term to a further shift of the shares within this branch of industry.

In the course of a comprehensive discussion process representatives of domestic enterprises and research institutions as well as of the administration have defined four strategic fields of action, which make a considerable contribution to the goals of the Master Plan.

- *Promotion of exports*
- *Research and qualification*
- *Financing*

	<p><i>Making the domestic market more dynamic</i></p> <p>Master Plan Green Jobs</p> <p>Green jobs are jobs in the environment sector. The EU definition describes green jobs as work in the manufacturing of products, technologies and service activities by means of which environmental damage is avoided and natural resources are preserved. Green jobs exist in different branches, for example in renewable energies, sustainable construction and renovation as well as in water and waste water management. They include jobs requiring a high level of qualification just as much as apprenticeships vocations or simple, unskilled labour.</p> <p>The main purpose of green jobs is to make a contribution to environmental protection. This is why there are green jobs in all economic and social areas and why also existing job types can become green jobs.</p> <p>In 2010, the Austrian Ministry for Agriculture, Forestry, Environment and Water Management developed a „Masterplan green jobs“ in order to establish a strategy to increase employment in the „Environmental Goods and Services Sector“ (i.e. „green jobs“).</p>	<p>The objective of the „Masterplan green jobs“ is to achieve 200.000 green jobs until 2018. The Austrian Green Jobs Masterplan defines 6 key areas of action to increase employment in the environmental goods and service sector:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Fostering the export of environmental goods and services, focusing on environmental technologies • Strengthening sustainable tourism in Austria • Increasing the material use of biomass • Thermal retrofitting and optimizing energy systems of buildings • Fostering public transport • Increasing the share of renewable energy <p>There are currently about 182.000 green jobs in Austria with rising tendency. This means that almost every 20th job is a green job; 10.7 percent of the GDP are yielded in this sector.</p>
Early school leaving target		
National early school leaving target [9,5%]	<p><u>Revision of the Early School Leaving Strategy</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • 2016 Revision of Austria’s National Strategy on prevention of early school leaving from 2012. The strategy is intended to combine current measures and activities in the field of ESL in the three strategic pillars of prevention, intervention and compensation. This common roof combines structural – i.e. system-changing – and school-specific measures with student-centered counselling approaches to form a whole 	<p>Promotion of networking and cooperation between the relevant institutions and stakeholders. Improved educational outcomes, reduced early school leaving and enhanced equal opportunities – especially for disadvantaged young people.</p>

	(see below).	
	<p><u>“AusBildung bis 18” (see also above „Employment target“</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • With the “AusBildung bis 18” program the federal government offers a variety of choices as well as the necessary assistance and appropriate incentives to make the participation in education and training opportunities more binding. Every young person should attend an education or training up to the age of 18. • Within the framework of the program, the BMB contributes to the further reduction of ESL rates through numerous reform measures and specific activities along the three pillars of prevention, intervention and compensation (see below). 	
	<p><u>Prevention measures within school system include i.a.:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • School quality initiatives SQA and QIBB: These contribute to the best possible learning conditions in schools with the aim of further raising the educational level. • All-day school forms: by 2025, EUR 750 million will be invested in their expansion; All-day school forms improve the chances of success and provide quality learning and care. • IBOBB: Measures in the field of information, counselling and orientation (e.g. in vocational orientation teaching) support the establishment of basic competences for the organization of self-responsible decisions regarding education and occupation. • New upper level (NOST) at secondary schools: The semester-wise distribution of teaching materials in competence modules promotes continuous performance. The individual learning support (ILB) also aims to support pupils with performance deficits in their learning and to increase their performance. • Standardisation of the school-leaving and diploma examination (Matura) at AHS or BHS: competence orientation is the focus of teaching and learning. The matura and diploma examination is based on the 3-pillar model and is composed of written "pre-scientific work" (AHS) or diploma thesis (BHS), written examinations as well as oral 	

	<p>examinations.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Expansion of language support: In the course of the new school legislative package (June 2016), the language training courses / language start groups, which aim at acquiring the German language competences of ex-matricular pupils, were extended to all intermediate and secondary schools. • New Secondary School (Neue Mittelschule – NMS): An important feature of this reform is to strengthen individualised teaching and learning and to supplement class teachers in key subjects (German, foreign languages and mathematics) with an additional teacher in the classroom ('team teaching'). • School pilot »PTS 2020«: Nationwide framework model with the focus on individualization and modularization; Measure "Polytechnic School PLUS": Modularization and permeability in the disciplines offer more flexibility for all pupils in this particular orientation and decision-making phase. • Reform of intermediate vocational schools: Intermediate vocational schools of new format should address in particular also young people whose interests are more in the application and in action orientation. An important feature is an even stronger practical relevance by the implementation of compulsory internships for all vocational intermediate schools. • Handelsschule New: Competence orientation and a stronger practical reference support the successful completion of the commercial school. The basis is the comprehensive introduction of the new framework curriculum with the school year 2014/15. • Diagnostic tools in the area of general compulsory schools: In order to better assess the respective state of competence development of pupils and to be able to coordinate the teaching on this subject, diagnostic tools for German, mathematics and English (IKM - Informal competence measurement) are being developed. • "Diagnostic Checks" (ESF-supported projects at vocational 	
--	---	--

	<p>schools): Targeted diagnostics and support in the main subjects help to reduce school drop-out at vocational schools.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Übergangsstufen - Preparatory/transitional levels at the AHS and BHS for pupils: Learning deficits can be systematically taken up at “Übergangsstufen” and competencies can be developed. • Provision of offers of “Übergangsstufe” for newly arrived migrants and refugees to acquire German und to prepare for further vocational training 	
	<p><u>Intervention measures include:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Measure Youth Coaching: The BMB and schools support the work of youth coaches at the school level. The aim is to increase the effectiveness of psychosocial support by improving the coordination of all psychosocial counseling systems. • Psychosocial counselling: Counselling teachers, psychagogues and student/educational advisors advise individual pupils in their individual concerns as well as in the case of specific learning, orientation and behavioral problems. School psychologists help in acute crisis situations and support schools in the solution of (development-)psychological problems. • School social workers support schools with a high proportion of socially disadvantaged pupils and reduce school absenteeism. • Measures for beginners (Seiteneinsteiger): All school-age students - regardless of their legal status - have the right and the obligation to attend (compulsory) school. Ex-matricular pupils are offered language support. 	
	<p><u>Compensation measures include i.a.:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Basic education: This supports people to make up for missing or lacking competences in the fields of reading and writing, everyday mathematics, information and communication technologies, and independent learning in order to promote 	

	<p>their social, political and professional participation.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Completion of compulsory education: The Adult Education Initiative is providing around € 75 million by 2017 to provide young people without compulsory education or low-qualified adults with possibilities to complete compulsory education and to participate in basic education programs free of charge. 	
Tertiary education target		
National target for tertiary education [38%]		
	<p>Broadening the financial base for the funding of higher education by:</p> <ul style="list-style-type: none"> Raising the public budget for the basic funding of universities Thereon adding public funds in the form of Higher Education Area Structural Funds (“Hochschulraum-Strukturmittel”) Providing incentives for raising private funding of universities, science and research through basic or structural funding 	The measures have positive effects on the quality of teaching and learning as well as on the study and research conditions at universities.
	Austrian University Development plan for strategic development of the Austrian university area. Revision due to preparation of the performance agreements 2019-2021.	The measure contributes to the improvement of strategic planning in higher education.
	<p>New model for university financing – implementation of a capacity-oriented, student-based funding of universities preparatory measures are deepened by the performance agreements 2016-2018.</p> <p>Government-wide discussion process has been started in order to develop further measures on student-base funding for 2019-2021.</p> <p>Essential elements of the new funding model are already used in the allocation of Higher Education Area Structural Funds</p>	The measure has positive effects on the quality of teaching and learning as well as the study and research conditions at universities.
	<p>Improving the quality of teaching, learning and the study conditions at universities by:</p> <ul style="list-style-type: none"> • allowing access restrictions in fields of studies which are in especially high demand. The access restrictions were prolonged until 2021 (amendment to the University Act, November 2015). Improving the STEOP at universities (amendment to the University Act, November 2015) 	<p>Positive impact on the quality of teaching and learning and the study conditions.</p> <p>Impact on increasing the number of students who actively take examinations as well as the number of degrees awarded, on reducing the drop-out rate, on increasing the share of higher education graduates.</p>

	Improving the quality of teaching, learning and the study conditions at universities by further measures agreed on in performance agreements, such as: increase of teaching staff, improvement of teacher-student ratios, expansion of e-learning etc.	Impact on reducing the drop-out rate in higher education, on increasing the quality of teaching and learning, on increasing the share of higher education graduates.
	<p>Reform of teacher education (PaedagogInnenbildung NEU) with a view to improving the scientific, didactic and practical orientation of teacher education. The reform is jointly implemented by universities and university colleges of teacher education in four cluster regions.</p> <p>Federal Framework Law on the introduction of the new teacher education; in force since 11 July 2013, amended on 13 January 2015</p> <p>Start of the new teacher education for secondary level for general education and vocational schools nationwide.</p> <p>Co-operation agreements between training institutions towards the implementation of the new teacher education for secondary level.</p> <p>Monitoring and controlling of implementation of new teacher education by the Ministry of Education and through the Quality Assurance Board.</p>	The measure has systemic effects on the entire education system in Austria.
	Improve the quality of study choice guidance in order to promote well-considered study decisions.	
	Improve the social dimension in higher education by developing a coherent strategy.	
	<p>Qualitative and quantitative development and consolidation of the Universities of Applied Sciences (UAS):</p> <ul style="list-style-type: none"> • 508 new study places in 2015-2016 • 315 new study places in 2016-2017 • 200 new study places in 2017-2018 	A total of 5 309 new study places should be achieved in 2018-2019. Further increase in the overall number of study places. In consequence the number of HE graduates is also increasing (important contribution to achieving the EU 2020 target). The government's aim to offer 50 000 study places in the UAS-sector by 2018 has already been achieved in 2016-2017.
	<p>The aim of the Project "Shaping HEIs for the Future" is to turn a prioritised goal of the university development plan into action.</p> <p>Main objectives: Definition of educational profiles of universities</p>	The measure has systemic effects on the education system in Austria.

	and Universities of Applied Sciences (UAS); foster complementary design of range of subjects; foster permeability within the higher education sector. Implementation of results will be carried out via performance agreements and other steering instruments concerning the higher education sector.	
Poverty target		
National poverty target [-235.000 persons]	<p><u>Directed mainly at women</u></p> <p>Minimum Pension in the amount of € 1000,--.</p> <p>To avoid poverty in old age, it is the main target of our government to keep people as long as possible in work. Single persons who have 30 contribution years will receive a minimum pension in the amount of € 1.000,--.</p>	
	Labour market initiatives according to specific target groups	See employment target for details.
	<ul style="list-style-type: none"> • Increase of the monthly means-tested equalisation supplement in the pension system for single persons to a top-up benefit threshold of 1000 € (at least 360 months with contributions to the pension insurance system based on employment) • The amount of the yearly “negative (income) tax” paid out to people with low incomes has been increased to 400 € at most (500 € for commuters) and extension of the “negative tax” to pensioners with a maximum amount of 110 € a year • Introduction of a lower rate for the lowest tax bracket (25% instead of 36,5%) 	Improved income situation of households (esp. “working-poor”) and single pensioners at risk of poverty or social exclusion.
	<ul style="list-style-type: none"> • FEAD programme for Austria: Families living on means-tested minimum income benefit (BMS) with children at primary and secondary school level receive basic educational materials (e.g. school bag, stationery, painting material, etc.), according to their age and school type. Accompanying measures will provide beneficiaries with relevant information to improve their social inclusion 	Addresses the material deprivation of those with difficulties to buy school materials at the beginning of the school year (improving access to quality education). Altogether, 41.000 school starter kits were provided to pupils in 2016. According to data supplied by the Länder about 54.000 pupils were eligible for a school starter kit. The goal to reach a

		minimum of 50% of the eligible pupils has therefore been reached and even exceeded to 76%.
	<ul style="list-style-type: none"> • Financial resources of the relevant structural funds (esp. ESF) will be used to set up measures for specific target groups. 	Labour market integration of people in low work intensity households; improved social inclusion.
	<ul style="list-style-type: none"> • Measures for health preservation: low-threshold information, counselling and support offers, case management (e.g. prevention programme "fit2work") 	See employment target
	<ul style="list-style-type: none"> • Improved employment possibilities for recipients of the means-tested minimum income benefit (BMS). 	Sustainable inclusion in the labour market of long-term unemployed people through activating initiatives and their integration into active labour market programmes of the PES. The current number of jobs filled since the means-tested minimum income benefit entered into force in 2010 is about 133.103 (January 2017)
	<ul style="list-style-type: none"> • Increase of family benefits (for 2016) and 2018 (+1,9% at a time). 	Improved income situation of households with children at risk of poverty (reduction of child-poverty)
	<ul style="list-style-type: none"> • Expansion/improvement of child care facilities; before entry into school obligatory free of charge year in the "kindergarten"; early linguistic assistance of children with migrational background, measures to reduce school drop-out rates; expansion of all-day schools 	Improved access to education for children from families labelled "remote from education and culture". Breaking the cycle of intergenerational transmission of poverty.
	<ul style="list-style-type: none"> • Entitlement to a basic account: consumers are entitled to a basic account at the cost of 80 € per year, in the case of people in need costs amount to 40 € 	Implementation of the relevant EU directive; ensures that everyone, including those at risk of poverty or social exclusion, has access to a basic bank account ("financial inclusion")
	<ul style="list-style-type: none"> • Planned initiatives on housing aiming at providing affordable housing ("Wohnbauoffensive"); 30,000 new social and affordable housing units to be constructed by 2022. 	Initiative (in collaboration with the EIB) contributes to the urban environment by accelerating the needed supply of additional social and affordable housing, in particular in large cities.
	<ul style="list-style-type: none"> • Raise of long-term care benefits in cash (Increase by 2% in all levels by 1st January 2016) 	Improvement of the financial situation of people in need of care
	<ul style="list-style-type: none"> • New part-time employment opportunities for people within 	Better reconciliation between work and family

	the framework of educational leave ("Bildungsteilzeit")	responsibilities and improved educational opportunities.
	<ul style="list-style-type: none"> • Care leave benefits for caring and nursing family members, who make use of care leave or part-time care leave or family hospice leave or part-time family hospice leave ("Pflegekarenzgeld") 	Greater compatibility between work and care responsibilities
	<ul style="list-style-type: none"> • Prolongation of the long-term care fund and 24-hour care until the year 2021. The purpose of grants from the fund is the availability and sustainability of long-term care services, which are provided by federal states and municipalities in cooperation with non-profit organizations. The long-term care-fund sets priorities for nationwide expansion of mobile services and is primarily used for non-stationary services. 2/3 of the long-term care-fund is financed by the federal state and 1/3 by the federal provinces and the municipalities. Between 2017 and 2021 a total amount of € 1.914 Mio will be transferred to this purpose. Additional € 18 Mio will be made available per year for hospice and palliative care for the duration of the financial compensation period 2017-2021. 	Needs-based development and expansion of social services.
Flagship Initiative Resource Efficiency	<p>RESET2020 – Resources.Efficiency.Technologies</p> <p>Continuation of the implementation of the initiative RESET2020.</p> <p>RESET2020 is implemented by a programme of measures in the Ministry's different fields of responsibility and will implement existing European and National initiatives und strategies.</p> <p>The programme of measures comprises a full set of measures in the following sectors:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Environmental technology and services • Sustainable production • Sustainable consumption 	<p>The initiative RESET2020, aims to integrate and promote the ecological, economic and technological resource efficiency objectives of the Ministry of Environment.</p> <p>RESET2020 is oriented until the year 2020 and links resource efficiency with key issues and challenges identified within the programme of measures and through the thematic priorities.</p> <p>Overall, RESET2020 contributes to the Flagship Initiative on Resource Efficiency and the Circular Economy Package by strengthening cooperation across stakeholder groups in a networking approach, stimulating sustainable utilisation of material resources within the field of consumption</p>

	<ul style="list-style-type: none"> • Raw material management • Sustainable public procurement • Renewable raw materials <p>Two thematic priorities will be rolled out for 2017 and 2018:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Resource efficient production for SME • Resource efficient communities and regions 	and production and the development of innovative technologies.
--	---	--

Explanatory notes to Reporting Table 2

Apart from measures relevant for the achievement of the national Europe 2020 targets, key reform commitments for the next 12 months should be included as well. The reporting table should cover in more detail measures not yet reported in Table 1 or cross references to Table 1 otherwise. Information on impacts should be provided to the extent available.

Annex 1, Table 3: Reporting on main reform plans for the next 12 months

Table 3: Overview of main reform commitments for the next 12 months			
Main (new or updated) commitments in the NRP for the next 12 months	Foreseen main measures and indication on whether they are CSR relevant	Timetable or other details on implementation	The estimated impacts of the measures (qualitative and/or quantitative)
<i>Labour Market</i>			
	For older workers		
	New legislation on part-time work for professional reintegration (return to work after sickness absence of at least 6 weeks, Wiedereingliederungsteilzeitgesetz, WIETZ).	Entering into force on 1 July 2017.	The impact assessment accompanying the draft law anticipates 200 cases per year.
	Prevention programme fit2work (see also Table 2): new resp. offer – counselling of employees and employers for preparing a reintegration plan (after sickness absence of at least 6 weeks), enhanced early intervention and publicity, update of impact evaluation.		
	According to the national target values laid down in the Government’s work programme 2013-2018, employment rates for older workers as of 30 June 2017 are to be published by the Labour Minister.	Publication by 31 October 2017.	Depending on the result, further action is envisaged (e.g. Bonus Malus system).
	For women		
Increase the participation rate and full-time employment of women; reduce poverty and risks of poverty among women.	Further expanding child care facilities for children under 3 years, promoting qualified child-minder offerings, childcare places in companies.		Increasing quantity and quality of child care facilities according to the Family and Job Compatibility Indicator by regions and the Barcelona targets; increase the participation of women/mothers in education and in (full-time) employment.
Update of the Government’s work programme 2017/18	“Employment campaign 20,000” for older long-term unemployed: pilot projects in all	Pilot projects to start from July 2017, evaluation in autumn 2018.	EUR 200 million additional funds for two years, halving LTU in the 50+ group. In a

	provinces, with the aim of providing 20,000 jobs per year in municipalities, non-profit associations and enterprises.		mid-term perspective, 20.000 new jobs.
	Modification of dismissal protection in order to facilitate new employment 50+ New intensified counselling and support services (case management) for individuals with multiple placement challenges	To be implemented as of January 2018.	Potential target group of approx. 38,000 persons registered with PES.
	<u>For persons with a migration background, esp. recognised refugees and persons with subsidiary protection status</u>		
	Labour Market Integration Law (obligatory year of integration, submitted for appraisal); envisaged entry into force 1 st September 2017		
	Integration Law (submitted for appraisal)		
R&D			
Public Procurement Promoting Innovation (PPPI)	Ongoing implementation of the Austrian Action Plan on Public Procurement Promoting Innovation (PPPI), particularly via the PPPI Service Center that has been established within the Federal Procurement Agency (BBG). The PPPI Service Center will conduct a variety of measures, e.g. instalment of a PPPI online platform for both demand-side and supply-side; community building events; initiation and implementation of pilot projects via PPPI challenges; trainings for public procurers etc. Not CSR relevant	Evaluation of the PPPI initiative by the end of 2017.	Through PPPI, industry is encouraged to deliver innovative goods and services, i.e. to invest in R&D. Furthermore, the public sector is being modernized and thus able to provide advanced and (eco)efficient goods and services to the Austrian citizens.
R&D concerning the "Great Social Challenges" energy, environment, health	e.g. Energy and environmental Technologies, innovations in Transport/Mobility, Safety and Security, Services Innovations	Enhance quality of life as well as economic and job growth to increase wealth	Impact for society: tailor-made solutions for societal challenges Impact for economy: marketable solutions and products, creation of jobs and growth

Excellent R&D, basic and applied research and innovation	e.g. Competence Centers for Excellent Technologies (COMET), Christian Doppler Laboratories (CD-Labs), Josef Ressel Centres (JR-Centres), Research Studios Austria (RSA), Services Innovations, Program Research Capacity in Industry.	Increase the quality of corporate research to level up the strength in innovation.	Better exploitation of R&D-knowledge Competitive industry, growth and jobs
Alignment of R&D policies, funding and programs	A position on Alignment has been agreed on by the major R&D stakeholders in Austria in 2016. The implementation will be coordinated by a dedicated working group of the FTI task Force (WG Alignment)	Start of the WG Alignment September 2017	More effective use of R&D Funds Better coordination of R&D at national and international levels
Promoting the next generation of highly qualified young researchers	In 2017, the projects of the 6 th and final call for proposals of the Programme Sparkling Science will be started: research institutions will involve hundreds of partner institutions from society and industry as well as thousands of young citizen scientists	Projects will start in summer 2017 and finish by the end of 2019.	The estimated budget of the call will allow funding for around 40 projects, involving around 6 000 students from around 100 schools.
Promoting the application of modern crowd sourcing methods R&D	The Austrian Center for Citizen Science, which was founded in 2015, will launch the 3 rd call for proposals of the funding initiative "Top Citizen Science". This initiative invites project leaders of ongoing research projects funded by the Program Sparkling Science or by the Austrian Science Fund to apply for additional funding, if they are interested in opening up to the public and generate additional results through citizen science methods. The quality of the applications will be evaluated by a peer review procedure, involving citizen science specialists from Europe and from the U.S.A.	The call shall be launched in autumn 2017, the resulting projects starting in 2018 and finishing 2020.	The estimated budget of the call will allow funding for around 10 projects. We expect more than 5 000 citizen scientists to participate in these projects through web-based crowd sourcing techniques.
Further development of the Joint Programming Initiative, esp. the Project JPI CLIMATE	In 2017, evaluation and selection of projects of the ERANET Climate Services (ERA4CS) call (Horizon 2020); partner in 2017 newly developed 2.ERANET of Horizon 2020 in the	Budget for Call ERA4CS is € 450 000 from the BMFWF plus "in-kind Funds" and potential EU-Top up Funds (up to 100%) depending on the results of the evaluation	Promotion of the interdisciplinary field "Climate Services", which connects scientists, society and industry.

	field of Climate Services; support of the development of a CSA on Internationalisation of Climate Change Research in Horizon 2020	Horizon 2020 Calls for the new ERANET and the CSA will be in spring 2017 (foreseen budget € 400 000)	
Strengthening of basic research and research infrastructure in Environmental Sciences in order to enable Austrian scientists to collaborate internationally and to provide solutions to existing and emerging societal needs.	ABOL (“Austrian Barcode of Life”-Initiative) is a national collaboration among numerous, renowned scientific institutions and experts, engaged in biodiversity research of Austria. The pilot phase (2014–2017) serves to set up structures for the overall project, and the conduction of four pilot projects.	In 2017 the overall project of ABOL should start.	The infrastructure of the barcodes will allow access an open-access database.
	The Earth System Science Research Programme (ESS) , an inter- and transdisciplinary research programme is jointly run by the BMWFV and the Austrian Academy of Sciences.	In 2017 the ESS programme will start new projects and undertake an interim evaluation.	The ESS programme will support interdisciplinary and long-term environmental research.
	The initiative “Austrian Geological Survey Research (GBA) Partnerships on Mineral Raw Materials” which started in 2015 combines resource policy with research policy.	In 2017 the “Austrian Geological Survey Research (GBA) Partnerships on Mineral Raw Materials” will start new projects and undertake an interim evaluation.	The initiative aims at establishing new research networks of the relevant research institutions in order to strengthen the expertise which is supposed to support the sustainable supply of mineral raw materials.
Implementation of the “Open Innovation Strategy for Austria”	Implementation of the measures listed in the strategy and monitoring of the implementation.	<ul style="list-style-type: none"> Monitoring-report concerning the current implementation of the Open Innovation Strategy for Austria in the Austrian Research and Technology Report (June 2017) Stakeholder-roundtable by the end of 2017 to assess the implementation of the Open Innovation Strategy for Austria 	<p>Involvement of wider public in innovation activities</p> <p>Increase the innovation potential of Austria by using Open Innovation</p>
Promotion of gender equality and gender mainstreaming in research	Ongoing implementation of the 50% female quota in university boards and annually	Annually reporting about progress	Gender equality in decision making positions as well as among young

	reporting about progress; reduction of the gender pay gap at universities;		scientists;
	Development and adoption of Equal Opportunity Plans by universities (compatibility of study/work with family obligations and 6 non-discrimination areas).	In the course of 2017 more universities will be adopted their Gender Equality Plan	22 universities submitted their Gender Equality Plan to the rectorate for adoption.
	Follow up study on cultural change in research and science landscape in 2017: development of key parameters for a gender-based model for HEI and Research Funding Institutions.	Results on cultural change study are expected in September 2017	Implementation of selected recommendations of the action orientated study to cultural change in research and science landscape (follow up study 2017, Working group within the Austrian Higher Education Conference on "gender competence");
	First-time presentation of the "Diversitas Award" for HEI and Research Institutions for services in the field of diversity management in 2016.	Next presentation of Diversitas 2018	"Diversitas" will be awarded every two years and will be published in a brochure in order to make visible the achievements of the universities and research organisations in the field of diversity management.
Implementation of the national strategy on intellectual property (IP strategy)	According to the government programme 2013-2018 the Council of Ministers decided to develop a national IP strategy involving the relevant stakeholders. The strategy, lead-managed by the Ministry of Science, Research and Economy and the Ministry for Transport, Innovation and Technology, has been finalised in Q1 2017.	Approval of the IP strategy in a ministerial council application from 14 February 2017. Implementation of specific measures has already been started and will be continued in 2017. Implementation will be monitored and assessed by an IP-Monitoring Committee.	The main goal of the strategy is the increase of the innovative capacity of the innovation system and the deployment of the potential in the field of IP.
Promotion of Knowledge Transfer between universities, other research organisations and the private sector	Programme "Knowledge Transfer Centres and IPR Commercialisation" 2014-2018 Knowledge Transfer between universities, other research organisations and the private sector shall be promoted within three virtual regional Knowledge Transfer Centres and within a virtual thematic Knowledge Transfer Centre in the field of life sciences.	2014-2018	Strengthening collaboration in R&D between academia and industry has been a major point in Austria's STI policy for decades. The Austrian RTI strategy aims at improving and stimulating the level of collaboration between universities, public research organisations and the economic sector. For this purpose the Austrian RTI

	Planned: Founding programme fellowships for academic spin-offs.	2017-2020	strategy promotes the establishment of knowledge transfer centres. The programme provides incentives for universities to collaborate with other universities and Public Research Organisations in the region and also the pooling of resources between universities at a regional level shall be promoted. Fellowships programme: Scientists and students with innovative ideas should be supported in their efforts to establish their own companies. The fellowship can ensure the financing of salary costs and access to the academic infrastructure. The fellowships will be granted within the context of a competition via the knowledge transfer centers. This measure is funded to the amount of € 5 million per year.
Development of a strategic process of further advancing the Social Sciences, Arts and Humanities		Delivery of recommendations in April 2017	Strengthen research in the Social Sciences, Arts and Humanities. Optimise research conditions using instruments more efficiently.
Implementation of the Strategy for Life Sciences and the Pharmaceutical Sector	In November 2016, the Federal Ministry of Science, Research and Economy (BMWFV) presented a Strategy for life sciences and the pharmaceutical sector. The strategy focuses on research, development, production and application in medical and molecular biology and biotechnology (red biotechnology), (bio-) medicine, veterinary medicine, pharmacy and medical technology. 27 measures have been identified.	Implementation of 27 measures until 2021.	Strengthening the competitiveness of the Austrian Life Sciences and Pharma Sector
Impact Innovation Programme	Widening participation and enabling new forms	Pilot programme started at the beginning	Have new stakeholders been reached?

	of innovation processes. Three components: <ul style="list-style-type: none"> • impact innovation • social crowdfunding customization in R&D projects	of February 2017. 2018-2021	Have new forms of innovation processes been enabled?
Quantum Computing	Supporting the development of a quantum computing demonstrator.	2017-19	
KMU-digital	Support for SMEs in digital change	2017-18	Consulting, concept development and qualification
Digital Innovation Hub	Installation of a DIH in Austria	2017-18	
Foundation for Innovation in Education (“Innovationsstiftung für Bildung”)	€ 50 million for supporting innovation in the educational system (ISCD 0-8 and LLL)	Starting autumn 2017	Positive effects on the quality of teaching and learning; fostering innovation in the education system
Higher Education			
Raising the public budget for the basic funding of universities 2016-2018	Additional € 315 million, 2016-2018	Distributed among 22 universities with the signing of performance agreements in December 2015	Positive effects on the quality of teaching and learning as well as on the study and research conditions at universities.
Higher education area funds 2016-2018	€ 750 million 2016-2018 (i.e. additional € 300 million or + 67% compared to 2013-2015)	The main part of the funds allocation will be based on indicator-reporting throughout the period 2016-2018, a smaller part is competitively allocated depending on the quality of projects	Positive effects on the quality of teaching and learning as well as on the study and research conditions at universities.
Revision of the Austrian University Development Plan	Prioritises strategic measures for the development of Austrian public universities.	Due to preparation of the performance agreements 2019-2021.	The development plan contributes to the improvement of strategic planning in higher education
New model for financing universities – implementation of a capacity-oriented, student-based funding of universities	<ul style="list-style-type: none"> • preparatory measures are deepened by the performance agreements 2016-2018 • essential elements of the new funding model are already used in the allocation of Higher Education Area Structural Funds • Government-wide discussion process is continued in order to develop further measures related to student-based funding for 2019-2021, until the end of 2017. 		The measure has positive effects on the quality of teaching and learning and the study and research conditions at universities.

Improving the quality of teaching, learning and the study conditions at universities	<ul style="list-style-type: none"> allowing access restrictions in fields of studies which are in especially high demand. starting discussions with the aim of widening access restrictions for fields of studies in high demand. increase of teaching staff, improvement of teacher-student-ratios, expansion of e-learning etc. 		Positive impact on the quality of teaching and learning and the study conditions. Impact on increasing the number of students who actively take examinations as well as the number of degrees awarded, on reducing the drop-out rate, on increasing the share of higher education graduates.
Reform of teacher education (PaedagogInnenbildung NEU)	<p>Implementation of further measures:</p> <ul style="list-style-type: none"> development of joint curricula in line with the Bologna architecture and the national curricular framework cooperation of universities and universities of teacher education in four regional clusters supplementary funding of scientific staff, esp. in didactics 		The measure has systemic effects on the entire education system in Austria.
Improve the quality of study choice guidance in order to promote well-considered study decisions	Further increase the number of schools participating in the "18plus Berufs- und Studienchecker"		Contribution to reducing drop-out rate in higher education
Improve the social dimension in higher education	Developing a coherent strategy for the improvement of social dimension in higher education		
Qualitative and quantitative development of the Universities of Applied Sciences (UAS)	<p>315 new study places will be financed in 2016-2017</p> <p>200 new study places will be financed in 2017-2018</p>		Further increase in the overall number of study places. A total of 5 309 new study places should be achieved in 2018-2019. In consequence the number of HE graduates is also increasing (important contribution to achieving the EU 2020 target).
Project "Shaping HEIs for the Future" in order to turn a prioritised goal of the university development plan into action.	Main objectives: Pronunciation of educational profiles of universities and Universities of Applied Sciences (UAS); foster complementary design of range of subjects; foster permeability within the higher education sector.	Implementation of results are expected in June 2017 and will be carried out via performance agreements and other steering instruments concerning the higher education sector	The measure has systemic effect on the education system in Austria.

Reform of the student support system	Planned amendment of the Student Support Act with following measures: <ul style="list-style-type: none"> • increase of the study grants • increase of the income limits concerning the calculation of study grants • special support for mature students (over 27 years) 	The measures should come into effect by beginning of the winter semester 2017/18.	Contribution to the national strategy for the social dimension, especially for students with low socio-economic background.
Education			
School autonomy measures	<ul style="list-style-type: none"> • Schools can be organized in so called “clusters” comprising different types of schools • Head teachers may select new personnel and decide on staff in service training • Enhanced flexibility of opening hours, duration of class hours as well as class sizes and sizes of learning groups 	<ul style="list-style-type: none"> • 2nd Quarter 2017: Adoption of the law in the National Council • Preparation of the implementation. 	More effectivity and efficiency in school administration. Strengthening pedagogic collaboration between schools.
School organisation measures, Departments of Education	<ul style="list-style-type: none"> • As part of the educational reform, administration on provincial level will be organised within one educational board (“Bildungsdirektionen”) 	<ul style="list-style-type: none"> • 2nd Quarter 2017: Adoption of the law in the National Council 	More efficiency in school administration.
“Chancenindex” (Opportunity index)	<ul style="list-style-type: none"> • Allocation of educational resources (teaching-hours) to schools shall partly depend on the socio-economic backgrounds of their pupils 	<ul style="list-style-type: none"> • In school-year 2016/17, resources dedicated to the integration of refugees are allocated to schools on the basis of an index scientifically derived from social and economic data of their pupils 	Improved equality of opportunities for all pupils without distinction of their social and economic backgrounds
Neue Oberstufe (NOST) – New upper secondary level	<ul style="list-style-type: none"> • Condensation of learning activities through shorter grading and exam intervals induced by the new semester • The early warning system will be extended • Needs-based support measures learning will be established, e.g. “Individual Learning Coaches” for students with learning deficits (“Individuelle Lernbegleitung”) • Promotion of talents and support for 	<ul style="list-style-type: none"> • NOST-pilots since the academic year of 2013/14 • Full implementation as of the academic year of 2017/2018 at all upper secondary school forms commencing at year 10 and offering courses of at least 3 years duration. Opt-out model-schools will take up as of the academic year 2018/19 or 	Strengthened individualization, competence- and output-orientation. Reduction of the number of students repeating school years Reduction of the number of drop-outs Provision of a sufficient number of trained and qualified learning counsellors for all schools

	<p>particularly gifted students</p> <ul style="list-style-type: none"> • New professionalization measures for teachers 	2019/20	
School 4.0 –going digital	<ul style="list-style-type: none"> • Digital basic education (including media education) is anchored in the curricula of primary and lower secondary schools. • The digital competences of the teachers are strengthened by means of continuing education at the university colleges of teacher education (PH). • By the end of the school year 2020/21 all schools should have an internet connection and a high-speed WLAN. • As of 2017, all pupils in the 5th grade and 9th grade as well as the teachers will be equipped with an adequate digital terminal (tablet, notebook, etc.) along with the broadband/WLAN development. A financing model will be drawn up by summer 2017. • Digital teaching and learning materials are made available via a central portal. 		<p>Improved digital competences of the pupils at the end of the 8th grade Strengthened digital competences of teachers. Creation of the best possible infrastructure conditions at schools and quality-assured content for effective digital education.</p>
Improvement of school entry-phase, strengthening primary schools, basic competences	<ul style="list-style-type: none"> • Improve the education of kindergarten teachers, transitions from kindergarten to primary school and strengthen basic competences. • The last kindergarten year and the first 2 years of primary school shall be understood as a joint school-entry-phase. In the entire elementary stage, teaching across age groups shall be possible. • Provision of language support courses if needed. Change of modus of performance assessment. Competence-oriented curricula. Focus on basic competences and cultural skills. 	<p>Ongoing work on curriculum development. Nationwide implementation of the new school entry-phase with clear education objectives and evaluation as of school year 2016/17.</p>	<p>Improved basic competences and increased employability. Enhanced educational outcomes. Better transitions.</p>